

3. ›Natürliche‹ Geschlechterrollen als Minimalkonsens in der Krise von 1980/81

Die 1970er Jahre stellten in Polen – wie in den meisten sozialistischen und marktwirtschaftlichen Ländern Europas – eine Phase des Wandels dar. Mit der Schlussakte von Helsinki, die am 1. August 1975 verabschiedet wurde, erkannten die Staaten des Warschauer Pakts, alle Mitglieder der NATO sowie einige ›neutrale Staaten‹ den politischen und territorialen Status Quo in Europa an.¹ Auf außenpolitischer Ebene gelang der Volksrepublik ein Ausgleich mit ›dem Westen‹, insbesondere mit der Bundesrepublik. Konkret bedeutete dies, dass die Bundesrepublik die nach dem Zweiten Weltkrieg gezogenen Grenzen zwischen den beiden deutschen Staaten und dem polnischen Staat erstmals offiziell anerkannte. Darüber hinaus erhielt die Volksrepublik so die Möglichkeit zum direkten Import von Investitionsgütern und Krediten aus ›dem Westen‹.²

Auch im ökonomischen Bereich gelten die 1970er Jahre als Beginn des Übergangs von der klassischen und industriell geprägten Moderne in die Dienstleistungsgesellschaft; sowohl in den marktwirtschaftlichen als auch in den sozialistischen Staaten. Dies bedeutete zugleich eine Schwerpunktverlagerung von einer quantitativen zu einer qualitativen (und kapitalintensiveren) Ausweitung der Produktion. Dieser Prozess verstärkte sich ab Oktober 1973 wiederum durch die erste Ölpreiskrise, da die marktwirtschaftlich orientierten Staaten zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg mit einem Konjunkturrückgang derartigen Ausmaßes konfrontiert waren.³

Generell waren die 1970er Jahre in der Volksrepublik vom Ziel einer besseren Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern geprägt. Diese Politik führte allerdings zu einer zunehmenden Verschuldung des Staates, die ab Mitte des Jahrzehnts zum Problem für den Staatshaushalt wurde. 1976 reagierte die Regierung mit einer Erhöhung der stark

1 OSZE: Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Schlussakte. Helsinki 1975. URL: <https://www.osce.org/de/mc/39503> (Abgerufen: 07.03.2023).

2 Zu den Hintergründen sowie aus einer ostmitteleuropäischen Perspektive auf die neue Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland vgl. Ruchniewicz, Krzysztof: Die Neue Ostpolitik. Die Bonner Republik und der Ostblock 1949–1990. Stuttgart 2012.

3 Vgl. dazu: Painter, David S.: Oil and Geopolitics: The Oil Crises of the 1970s and the Cold War, in: *Historical Social Research* Vol. 39 (4/2014), S. 186–208.

subventionierten Preise für viele Grundnahrungsmittel, was landesweite Streiks zur Folge hatte, die blutig niedergeschlagen wurden. Von da an gelang es der Regierung nur noch mit Gewalt, die politische Deutungshoheit wiederzuerlangen. In der Folge war das Land seit Ende der 1970er Jahre vom Kampf um die politische Macht zwischen der PZPR und der Opposition im Umfeld der im Entstehen begriffenen, unabhängigen Gewerkschaftsbewegung geprägt. Insbesondere die Wahl des Krakauer Kardinals Karol Wojtyła zum Papst am 16. Oktober 1978 verlieh der Opposition in dem tief katholischen Land enormen Auftrieb.⁴ Hinzu kam das endgültige Scheitern der Wirtschaftspolitik Giereks, was Ende der 1970er Jahre zu einem starken Rückgang der Wirtschaftsleistung führte. Dies äußerte sich nicht zuletzt in zunehmenden Schwierigkeiten bei der Bedienung von Auslandskrediten, worauf die Regierung im August 1980 unter anderem mit dem erneuten Versuch reagierte, die enormen Ausgaben für Lebensmittelsubventionen durch Preiserhöhungen zu senken – eine Maßnahme, welche die Gläubiger für die Gewährung neuer Kredite explizit gefordert hatten.⁵ Diese Preiserhöhungen sowie – als akuter Anlass – die Entlassung von Anna Walentynowicz, einer Arbeiterin der Lenin-Werft in Gdańsk, am 7. August führten ab dem 14. August zu landesweiten Streiks.⁶

Walentynowicz, die zu *der* Repräsentantin der *Solidarność* wurde (noch bevor Lech Wałęsa nach den Streiks begann, alle anderen zu überstrahlen), repräsentiert dabei symptomatisch eine Generation von Frauen, die in der stalinistischen Periode als Arbeiterinnen sozialisiert worden waren. Sie stammte aus einer armen Bauernfamilie, wurde vielfach für ihre Arbeitsmoral (es gelang ihr zweimal die Arbeitsnorm zu 270 % zu erfüllen) ausgezeichnet und war in der *Liga Kobiet* aktiv.⁷ Zugleich war sie alleinerziehende Mutter, war also produktive und reproduktive Arbeiterin. In ihrem Betrieb kritisierte sie wiederholt die weitverbreitete Korruption des Parteiapparats und beschwerte sich über die ungleiche Bezahlung von Frauen in den Fabriken, was bereits 1953 ein erstes Verhör nach sich zog.⁸ Schließlich wurde sie am 7. August 1980 entlassen, weil sie Kerzen zum Gedenken an die Opfer des Gdańsker Aufstands vom Dezember 1970 hatte aufstellen wollen. Ihr Leben steht damit sinnbildlich für die Möglichkeiten, die Frauen in der Volksrepublik offen standen, und zugleich für einen Staat, der seinen Bürger:innen grundlegende Freiheiten verwehrte. Zehn Tage nach ihrer Entlassung bildeten die streikenden Arbeiter:innen das Betriebsübergreifende Streikkomitee (*Międzyzakładowy Komitet Strajkowy*, MKS), das die berühmt gewordenen 21 Forderungen von Gdańsk aufstellte, unter denen sich neben dem Postulat nach Lohnerhöhungen auch weitreichende politische Ziele wie die Zulassung der *Solidarność* und die Gewährung von Presse-, Meinungs- und Redefreiheit fanden.

Zunächst zeigte sich die PZPR kompromissbereit und ging mit der Unterzeichnung verschiedener Abmachungen, den sogenannten Augustabkommen (*Porozumienia*

4 Borodziej: Geschichte Polens, S. 356f.

5 Peters: Schocktherapie, S. 56.

6 Kaliński, Janusz: Historia gospodarcza XIX i XX w. Warszawa 2008, S. 334f.

7 Łątkowska, Mirosława/Borowski, Adam: Biogramy: Anna Walentynowicz. URL: <https://encyso.pl/es/encyklopedia/biogramy/19299,Walentynowicz-Anna.html?search=81053> [Abgerufen: 16.06.024].

8 Fidelis: Women, S. 247f.

sierpniowe), auf die Forderungen der Streikenden ein. Entscheidend war dabei die Zulassung der *Solidarność* und damit der ersten regierungsunabhängigen Massenbewegung in einem Staat des Warschauer Pakts seit dem Zweiten Weltkrieg. Dieser selbstverwalteten Gewerkschaft traten bereits in den ersten Monaten Millionen von Menschen bei, wobei der Höhepunkt Mitte 1981 mit ca. 9,5 Millionen Mitgliedern erreicht war. Dabei war die *Solidarność* keineswegs homogen. Teile sahen sich in der Tradition antikomunistischer Arbeiter:innenproteste wie im Dezember 1970 in Gdańsk und waren stark von nationalen und christlichen Überzeugungen geprägt. Zugleich – und keineswegs im radikalen Widerspruch dazu – existierte auch ein großer reformkommunistischer Flügel, der den Sozialismus an sich nicht grundsätzlich infrage stellte.⁹ Wichtig ist zu betonen, dass es sich bei der *Solidarność* anfangs vor allem um eine klassische Gewerkschaft handelte, deren oberstes Ziel die Verteidigung der materiellen Interessen ihrer Mitglieder war.¹⁰ Eine ganz eigene Perspektive bezüglich der Natur der Gewerkschaft nimmt der dialektisch-materialistisch argumentierende Sozialtheoretiker Jan Sowa ein, wenn er betont, die *Solidarność* sei alles andere als anti-kommunistisch gewesen. So lautet seine These: »Die ›Solidarność‹ war der größte Erfolg der Volksrepublik Polen und der PZPR, die sie ins Leben rief.«¹¹ Seine Perspektive ist höchst spannend, zumal er argumentiert, die *Solidarność* sei eine von Arbeiter:innen selbstorganisierte und im Einklang mit kommunistischen Ideen stehende Gewerkschaft gewesen, die sich in ihrem ganzen Duktus gegen »Ausbeutung« und »Entfremdung« gewandt habe und damit ein Produkt des Systems schlechthin gewesen sei.¹² Aus meiner Perspektive geht diese Interpretation zu weit, blendet sie doch die dezidiert anti-kommunistischen Aspekte der Gewerkschaft aus, etwa die tiefe Religiosität eines großen Teils ihrer Mitglieder. Zudem folgte der sprachliche Duktus der *Solidarność* vielfach lediglich eingeübten Mustern und war Teil einer pragmatischen Strategie, sich in den Diskurs der Volksrepublik einzuschreiben. Gleichwohl erlaubt Sows Argumentation einen Perspektivwechsel und verdeutlicht, dass es sich bei der Gewerkschaft keineswegs um eine rein anti-kommunistische Massenbewegung handelte, die lediglich von ›katholisch-nationalen Zielen‹ oder dem ›Wunsch nach Marktwirtschaft und Demokratie‹ getrieben war.¹³ Vielmehr

9 Modzelewski, Karol: Gesellschaftspsychologie einer Revolution. Die *Solidarność* als Massenbewegung, ihre Niederlage während des Kriegsrechts, und wie ihr Mythos als Deckmantel für die Transformationsprozesse in Polen genutzt wurde. Wien/Köln/Weimar, S. 20f.

10 Porter-Szűcs: Poland, S. 299.

11 Sowa, Jan: *Inna Rzeczpospolita jest możliwa! Widma przeszłości, wizje przyszłości*. Warszawa 2015, S. 177. »Solidarność: była największym sukcesem Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej i kurującej ją Polskiej Zjednoczonej Partii Robotniczej.«

12 Ebd.

13 Die historische Darstellung der *Solidarność* ist bis zum heutigen Tag Gegenstand geschichtspolitischer Auseinandersetzungen in Polen. Dabei wird die Gewerkschaft von liberaler Seite gern zum Vorläufer des demokratischen und marktwirtschaftlichen Polens (v)erklärt, während von national-katholischer Seite vor allem »der Kampf um Unabhängigkeit« betont wird. Auch aus der bereits diskutierten linken Perspektive bieten sich Anknüpfungspunkte für Überlegungen zu einem »Sozialismus von unten«. Vgl. dazu: Peters, Florian: Streitgeschichte, die nicht vergeht. 40 Jahre *Solidarność*, in: Zeitgeschichte-online. URL: <https://zeitgeschichte-online.de/geschichtskultur/streitgeschichte-die-nicht-vergeht> [Abgerufen: 28.09.2023].

teilten die meisten Mitglieder die Hoffnung auf eine Reform des Staates, der dabei weiterhin auf einer ›Vorherrschaft der Arbeiterklasse‹ beruhen würde.¹⁴

Im Laufe des Jahres 1981 diskutierte die Gewerkschaft zunehmend weiterreichende politische Forderungen. Reagierte die Führung der PZPR darauf zunächst zurückhaltend, so änderte sich dies in der zweiten Jahreshälfte, als die Partei eine zunehmend härtere Linie vertrat.¹⁵ Den vorläufigen Endpunkt dieser Entwicklung stellte die Nacht vom 12. auf den 13. Dezember 1981 dar. General Wojciech Jaruzelski, der im Oktober 1981 Parteichef geworden war, übernahm mit Unterstützung des Militärs und der Sicherheitsorgane die Macht in Polen und verhängte das Kriegsrecht. Die Betriebe wurden unter die Leitung von Offizieren als Vertreter des neu gebildeten Militärrats der Nationalen Rettung (Wojskowa Rada Ocalenia Narodowego, WRON) gestellt, die Solidarność verboten und zahlreiche ihrer Anführer:innen interniert.¹⁶

Die Hintergründe dieses gewaltsamen Vorgehens sind bis heute sowohl in der polnischen Öffentlichkeit als auch in der Wissenschaft umstritten.¹⁷ Einige Wissenschaftler:innen betonen, dass andere Staaten des Warschauer Pakts – vor allem die DDR – bereits seit Längerem auf eine Intervention des Militärbündnisses in Polen gedrängt hatten.¹⁸ Der Historiker Włodzimierz Borodziej argumentiert zudem, dass bereits Ende 1980 alles für eine Intervention des Warschauer Pakts in Polen vorbereitet gewesen sei und Moskau sich erst in letzter Minute von derartigen Plänen verabschiedet habe. Nichtsdestoweniger habe sich im Laufe des Jahres 1981 der Druck seitens der Sowjetunion, entschieden gegen die Opposition vorzugehen, weiter verschärft.¹⁹ Jaruzelski selbst verteidigte bis zu seinem Tod 2014 die Verhängung des Kriegsrechts mit der Begründung, er habe damit lediglich einer Intervention des Warschauer Pakts zuvorkommen wollen.²⁰

Inwiefern tatsächlich eine Intervention drohte bzw. die Frage, »what Jaruzelski believed the Soviets would do«, wird niemals endgültig zu klären sein.²¹ Einerseits sind auch 40 Jahre später in den (verfügbaren) Quellen keine Belege für Interventionspläne der Sowjetunion zu finden.²² Hinzu kommt, dass die Rote Armee vorrangig mit dem Krieg in Afghanistan beschäftigt war. Andererseits zeigen die Quellen, dass auch die USA eine In-

14 Peters: Schocktherapie, S. 19.

15 Porter-Szűcs: Poland, S. 300f.

16 Eisler, Jerzy: »The Polish Months«. Communist-ruled Poland in Crisis. Warszawa 2019, S. 179.

17 2014 bewerteten 46 % der befragten Pol:innen die Einführung des Kriegsrechts als »richtig« oder »eher richtig« im Gegensatz zu den 32 % mit ablehnender Meinung (Rest: »schwer zu sagen«). Centrum Badania Opinii Społecznej: Polacy o Wojciechu Jaruzelskim Warszawa, NR 92/2014, S. 5.

18 Oldenburg, Fred: Die DDR und die polnische Krise, in: *Osteuropa* Vol. 32 (12/1982), S. 1004–1011, hier: S. 1007.

19 Borodziej: Geschichte Polens, S. 364f.

20 Kogelfranz, Siegfried/Lorenz-Meyer, Lorenz/Rybak, Andrzej: Interview mit Wojciech Jaruzelski vom 11.05.1992, in: *Der Spiegel* Vol. 46 (20/1992).

21 Porter-Szűcs: Poland, S. 305.

22 Vgl. Hey, Patrizia: Die sowjetische Polenpolitik Anfang der 1980er Jahre und die Verhängung des Kriegsrechts in der Volksrepublik Polen: Tatsächliche sowjetische Bedrohung oder erfolgreicher Bluff? Berlin 2010.

tervention zumindest für möglich hielt.²³ In amerikanischen Geheimdienstberichten ist ferner zu lesen, dass die Sowjetunion im Laufe des Jahres 1981 immer stärker auf ein rigideres Vorgehen der polnischen Kommunist:innen drängte.²⁴ Letztlich spricht aus meiner Sicht vieles dafür, dass Jaruzelski zum einen tatsächlich unter erheblichem Druck vonseiten der Sowjetunion stand und möglicherweise auch eine Intervention fürchtete, zum anderen lag ihm viel daran, die eigene Macht bzw. die der PZPR zu sichern und auszubauen, indem er die *Solidarność* verbot. Beides steht in keinerlei Widerspruch, wie Jerzy Eisler konstatiert:

»Yet regardless of whether in December 1981 Gen. Jaruzelski knew Soviet plans for Poland or not, the fact remains that the chief beneficiaries of martial law were the Kremlin men [in Poland].«²⁵

Unumstritten sind die direkten Folgen des Kriegsrechts: Ungefähr 10.000 Menschen wurden ohne faire Gerichtsverfahren interniert (oder seltener inhaftiert), die *Solidarność* wurde verboten und viele ihrer Mitglieder verloren ihren Arbeitsplatz.²⁶ Insgesamt fielen dem zweijährigen Kriegsrecht 56 Menschenleben zum Opfer; weitere Personen aus dem Umfeld der Opposition kamen unter ungeklärten Umständen ums Leben. Zugleich lief die Niederschlagung im Vergleich mit anderen Militärputschen o. Ä. ohne »allzu großes« Blutvergießen ab; im Übrigen auch im Gegensatz zur Machtübernahme Piłsudskis 1926 mit 594 Toten. Dies ist darauf zurückzuführen, dass sich die *Solidarność* in Zurückhaltung übte, die Kirche zur Ruhe aufrief, aber auch Jaruzelski vor einem »Übermaß an Gewalt« zurückschreckte.²⁷

Die ökonomischen Probleme vermochte das Regime indes nicht zu lösen. Weder vorsichtige Privatisierungen kleiner Industriebetriebe noch ein Subventionsabbau für Lebensmittel verbesserten die Situation nachhaltig.²⁸ Erschwerend kam hinzu, dass die USA und Großbritannien (aufgrund der Verhängung des Kriegsrechts) wirtschaftliche Sanktionen gegen Polen verfügt hatten.²⁹ Im Ergebnis ging das Nationaleinkommen zwischen 1980 und 1982 um rund 20 % zurück, nachdem es bereits ab 1978 im Fall begriffen war.³⁰ Die Folge waren hohe Defizite im Staatshaushalt, eine hohe Inflation und ab 1981 eine Rationierung von Lebensmitteln.³¹ Zwar gab es offiziell keine Arbeitslosigkeit, doch kommen Schätzungen für die Jahre 1981/82 auf rund 29 % verdeckte

23 Document No. 40: CIA Alert Memorandum, »Poland«, 3. April 1981, in: Andrzej Paczkowski/Malcolm Byrne (Hg.): *From Solidarity to Martial Law. The Polish Crisis of 1980–1981. A Documentary History*. Budapest/New York 2007, S. 245.

24 Dylan, Huw/Gioe, David V./Goodman, Michael: *The CIA and the Pursuit of Security. History, Documents and Contexts*. Edinburgh 2020, S. 228.

25 Eisler: *Months*, S. 214.

26 Borodziej: *Geschichte Polens*, S. 368f.

27 Porter-Szűcs: *Poland*, S. 303.

28 Borodziej: *Geschichte Polens*, S. 368f.

29 Reagan, Ronald: *Address to the Nation About Christmas and the Situation in Poland*. Washington, D.C. 1981. Die Bundesrepublik verzichtete hingegen auf Sanktionen.

30 Główny Urząd Statystyczny: *Mały Rocznik Statystyczny 1990*. Warszawa 1990, S. 318f.

31 Kaliński, Janusz: *Kryzys gospodarczy w latach 1979–1982 zwiastunem upadku PRL*, in: *Optimum: Studia ekonomiczne* Vol. 101 (1/2021), S. 3–23, hier: S. 13f.

Arbeitslosigkeit, d. h. ein großer Teil der Arbeitskraft wäre für die Aufrechterhaltung der Wirtschaftsleistung »nicht nötig« gewesen.³²

Diese als politische und ökonomische Krise³³ wahrgenommene Zeit zeichnete sich durch einige Spezifika aus. Seit den Anfängen der Volksrepublik trat die kommunistische Führung erstmals umfangreich mit verschiedenen gesellschaftlichen Akteuren in Dialog. Vor allem die Solidarność und die katholische Kirche gewannen in der Folge an Einfluss. Beide Gruppen waren keinesfalls homogen, sondern teilten sich in verschiedene Flügel auf. Dies galt auch für den sozialistischen Staatsapparat, was sich nicht zuletzt in der Tatsache widerspiegelt, dass – Schätzungen von Włodzimierz Borodziej zufolge – ca. eine Million Menschen sowohl Mitglied in der PZPR als auch in der Solidarność waren und selbst 20 % der Mitglieder des ZKs der PZPR zugleich der Gewerkschaft angehörten.³⁴ In einem Gespräch Erich Honeckers mit Leonid Il'ič Brežnev spricht ersterer sogar davon, dass 40 % aller Mitglieder und Kandidat:innen für das ZK in der Solidarność seien.³⁵ Auch wenn Honecker tendenziell übertrieb, da er Brežnev zu resoluterem Vorgehen drängen wollte, zeigt sich doch, dass die dichotome Vorstellung von einem Regime auf der einen und »der Gesellschaft« – repräsentiert von der Solidarność – auf der anderen Seite entschieden zu einfach ist. Beide Seiten überlappten sich in Teilen, waren keineswegs einheitlich, und schließlich gab es noch einen bedeutenden Teil der Bevölkerung, der sich weder dem einen noch dem anderen Lager zuordnen ließ.³⁶

Im Rahmen dieser Arbeit ist daher von Interesse, welche Auswirkungen diese Macht-konstellation auf die Vergeschlechtlichung von Arbeit hatte. Im Folgenden argumentiere ich, dass alle der genannten Akteure eine traditionalistische Vorstellung von Geschlechterrollen hatten, die sich insbesondere in der Krise ab 1979/80 in einer zunehmend konservativen Geschlechterpolitik niederschlug, die sich wiederum negativ auf die Stellung von Frauen im Bereich der Erwerbsarbeit auswirkte.

3.1 Die »natürliche« Rolle der Frau soll gestärkt werden – Geschlechternarrative und Debatten in der PZPR 1980/81

Im Folgenden untersuche ich Veröffentlichungen und Statements verschiedener Parteigliederungen und Ministerien ab Ende der 1970er Jahre daraufhin, welche Geschlechter-

32 Terteka, Tomasz: Propozycje pomocy socjalnej dla bezrobotnych w programach opozycji demokratycznej w latach 1979 – 1989 roku, in: *Białostockie Teki Historyczne* Vol. 6 (2008), S. 217–227, hier: S. 218.

33 »Krise« wird hier als Quellenbegriff verwendet. Wichtig ist dabei zu betonen, dass eine Krise zunächst immer etwas von Menschen konstruiertes ist; sei es von Zeitgenoss:innen oder Historiker:innen. Es bedarf also Akteuren, die von einer Krise sprechen und den Begriff einbringen, sowie anderen Akteuren, die ihn aufnehmen und verwenden. Meist ist mit seiner Verwendung eine politische Intention verbunden, die bestimmte Handlungen als Krisenlösungen anbietet.

34 Borodziej: *Geschichte Polens*, S. 364.

35 Andrzej Paczkowski/Malcolm Byrne (Hg.): *From Solidarity to Martial Law: The Polish Crisis of 1980–1981. A Documentary History*. Budapest/New York 2007, S. 332.

36 Porter-Szűcs: *Poland*, S. 286.

rollen – insbesondere in Bezug auf Arbeit – vonseiten der PZPR bzw. vor allem seitens des Zentralkomitees der Partei propagiert wurden und welche Funktion diese erfüllten.

Der Quellenkorpus ist dabei recht heterogen und reicht von Protokollen zu Konferenzen, die auf Einladung der polnischen Staatsführung zu Themen wie Familie usw. stattfanden, über Debatten innerhalb der *Liga Kobiet*, bis hin zu Grußworten von Vertretern³⁷ des ZKs der PZPR. Dabei ist jeweils die Relevanz des entsprechenden Dokuments zu diskutieren. Ein öffentliches Statement von Jaruzelski zu geschlechterpolitischen Fragen lässt mehr Schlüsse über den von der Staatsführung vertretenen Kurs zu als etwa eine interne Äußerung einer unbekanntenen Person aus dem Arbeitsministerium zum Thema Kinderbetreuung. Zugleich sind solche Äußerungen nicht weniger aufschlussreich, zeigen sie doch abseits offizieller Propaganda, in welchen Kontexten wie über Geschlecht gesprochen wurde, d. h. wie beispielsweise bestimmte Geschlechternarrative in Bezug auf Kinderbetreuung konstruiert wurden.³⁸ Der Gesamtkorpus zeigt schließlich, was auf der politischen Entscheidungsebene – repräsentiert durch die PZPR – als Geschlechternormen konstruiert wurde und wie sich diese auf die Verteilung von Arbeit auswirkten.³⁹ Auf dieser Analyse aufbauend werde ich untersuchen, wie und ob sich diese Normen in der Geschlechterpolitik der Volksrepublik und schließlich auch sozial reproduzierten.⁴⁰

Zunächst ist festzuhalten, dass die geschlechterpolitischen Vorstellungen der polnischen Kommunist:innen Ende der 1970er und Anfang der 1980er Jahre von einer großen Ambivalenz geprägt waren. Dabei gilt, was Małgorzata Fidelis bereits für die ersten beiden Jahrzehnte der Volksrepublik herausgearbeitet hat. Die polnischen Kommunist:innen vertraten offiziell das Ideal der Emanzipation der Frau im Zuge des sozialistischen Modernisierungsprojekts. Die Antwort auf die Frage, was Emanzipation bedeute, unterlag allerdings einem Wandel hin zu ›traditionalistischeren‹ Vorstellungen. Einig waren sich die Funktionär:innen über den gesamten Zeitraum nur in ihrer bewussten Zurückweisung eines sowjetischen Geschlechtermodells, wie es z. B. in den 1920er Jahren von Aleksandra Kollontaj vertreten worden war.⁴¹ Deren Überlegungen zur Auflösung der Kleinfamilie als ›bürgerlichem Relikt‹ oder einer völligen Vergemeinschaftung von Care-Arbeit waren in der Volksrepublik im wörtlichen Sinne undenkbar. Vielmehr definierten die polnischen Kommunist:innen Geschlechtergerechtigkeit primär als gleichen Zugang zu bezahlter Arbeit für Frauen und Männer. Geschlechtergleichheit im Sinne einer völligen Gleichbehandlung der Geschlechter war – wie ich im Folgenden zeigen werde – nie das Ziel volksrepublikanischer Politik, auch wenn die Verfassung der Volksrepublik genau das seit 1952 postulierte.⁴² Hinzu kam, dass die daraus entspringenden politischen

37 1981 wurde erstmals eine Frau in das ZK der PZPR aufgenommen.

38 Vgl. dazu Jarska: *Kobiety w języku partii*.

39 Vgl. dazu Lorey, Isabell: »Das Gefüge der Macht«, in: Brigitte Bargetz/Gundula Ludwig/Birgit Sauer (Hg.): *Gouvernementalität und Geschlecht: Politische Theorie im Anschluss an Michel Foucault*. Frankfurt a. M. 2015, S. 31–61, hier: S. 34f.

40 Jarska: *Kobiety w języku partii*, S. 242.

41 Fidelis: *Women*, S. 55; vgl. Kollontaj, Aleksandra: *Die Situation der Frau in der gesellschaftlichen Entwicklung*. 14 Vorlesungen. Frankfurt a. M. 1977.

42 Dz.U. 1924 nr 33 poz. 232: *Konstytucja Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej*. – Dz.U. 1924 nr 65 poz. 636: *Ustawa z dnia 2 lipca 1924 r. w przedmiocie pracy młodocianych i kobiet*.

Maßnahmen zur ›Emanzipation der Frau‹ nicht konsequent umgesetzt wurden, sondern vielmehr als *trial-and-error*-Ansatz bezeichnet werden können.⁴³

Eine Konferenz zu den Themen Familie und Sozialpolitik in der Volksrepublik, die Mitte Mai 1981 abgehalten wurde, ermöglicht eine erste Annäherung an die Bandbreite der gängigen Geschlechternarrative innerhalb der politischen Führung in den 1980er Jahren.⁴⁴ Diese Konferenz war vom Zentralkomitee einberufen worden und versammelte 135 führende Expert:innen zu den Themen Familie, Bevölkerungs- und Sozialpolitik. Ihre Aufgabe war es, im Auftrag des Staates politische Maßnahmen für diese Bereiche zu entwickeln. Diese sollten anschließend im Verlauf der 1980er Jahre implementiert werden. In der Eröffnungsrede sprach Jerzy Ozdowski als Vizepremier des Ministerrates in Vertretung des Vorsitzenden General Jaruzelski. Seine Ausführungen sind als offizielle Position der obersten Staatsführung zu lesen und geben zugleich den Rahmen der Debatte vor.

Zu Beginn spricht Ozdowski über die Grundlagen des sozialistischen Staates, an denen sich die Sozialpolitik ausrichten müsse: »Dieses Fundament ist das Familienleben, das Leben einer polnischen Familie, einer gesunden, moralischen, patriotisch gesinnten Familie.«⁴⁵ Mit diesem Statement schreibt sich Ozdowski und damit die PZPR in einen nationalpatriotischen Diskurs ein und suggeriert zugleich, dass die PZPR Garantin der polnischen Nation – verkörpert durch die Familie – sei. Damit wird bereits deutlich, was ich im Folgenden anhand verschiedener Beispiele und Argumente zeigen werde: Geschlechterrollen wurden von der PZPR in den 1980er Jahren immer in Relation zur polnischen Nation gesetzt bzw. im Rahmen nationaler Imaginationen konstruiert.

Vor allem mit der ›Familiarisierung‹ im Dienste der Nation ging eine Essentialisierung von Frauen und ihrer Rolle in der Gesellschaft einher. Frauen wurden weitgehend mit Müttern synonym gesetzt, ihre Identität als Mutter und Care-Arbeiterin innerhalb der Familie wurde zur Norm. Dementsprechend war der Maßstab, an dem sich die Politik auszurichten hatte, diese vermeintlich natürliche Rolle der Frau. Dies spiegelt sich auch in folgendem Zitat aus dem Grußwort des ZKs anlässlich des 7. Nationalen Kongresses der *Liga Kobiet* – deren Rolle ich noch gesondert diskutieren werde – im Jahr 1979 wider:

»Unser Ziel ist es, die manchmal natürlichen Widersprüche zwischen den Funktionen der Frau als Arbeitnehmerin und der Frau als Ehefrau und Mutter, als Schöpferin des Heims, diesem traditionell großen Wert unserer Gesellschaft, zu mildern und nach Möglichkeit zu beseitigen; ein Wert, dessen Bedeutung wir stärken und entwickeln wollen.«⁴⁶

43 Fidelis: Women, S. 55.

44 Rada do spraw Rodziny przy Radzie Ministrów: Konferencja Naukowa »Rodzina i polityka społeczna na rzecz rodziny w PRL« – informacje. 1981, AAN: Sig. 2/1938/0/1/1/82.

45 Rada do spraw Rodziny: Konferencja. AAN: 2/1938/0/1/1/82, hier: S. 6 »Fundamentem tym jest życie rodzinne, życie polskiej rodziny, zdrowej, moralnej, patriotycznie myślącej.«

46 Polska Zjednoczona Partia Robotnicza. Komitet Centralny w Warszawie. Wydział Organizacji Społecznych, Sportu i Turystyki: VII Krajowy Zjazd LK. Informacje, notatki, tekst wystąpień 1979, 1981, AAN: Sig. 2/1354/0/2.4.1/XL45, S. 6. »Naszym celem jest łagodzenie, a tam, gdzie to możliwe – likwidacja naturalnych niekiedy sprzeczności między funkcjami kobiety-pracownicy, a kobiety-żony

Hier zeigt sich, dass Frauen aus Sicht der politischen Führung zwar weiterhin verschiedene (Arbeits)Rollen einnehmen konnten, aber nur, solange sie dabei auch die mütterliche innehatten. Reproduktive Care-Arbeit stand nicht zur Disposition. Aufschlussreich ist zudem, dass explizit von den »Funktionen der Frauen« (*funkcje kobiet*) die Rede ist und nicht etwa von den Wünschen, Zielen usw. ›der Frauen‹, die hier als monolithische Gruppe mit homogenen Interessen konstruiert und in den Dienst der Nation gestellt werden. Ein wenig subtiles Beispiel für diese Praxis ist auch der außerordentliche Kongress der *Liga Kobiet* vom 28. und 29. November 1981. Dort wurde zum einen die Umbenennung in *Liga Kobiet Polskich* beschlossen, um sich ein stärker patriotisches Image zu geben; zum anderen wurde ein direkter Appell an die polnischen Frauen verabschiedet, Streiks und Proteste zu beenden, um für Ruhe, Ordnung und Disziplin zu sorgen. Begründet wird dies damit, dass die Proteste im Alltag eine Qual darstellten und vor allem Kinder vor Unordnung und Unsicherheit bewahrt werden müssten.⁴⁷ Weiter heißt es: »Deshalb bitten wir Sie, in Ihren Familien die edelsten Traditionen unserer Nation zu pflegen, die Liebe zum Vaterland, das Gefühl für die Würde und Ehre eines Polen.«⁴⁸

Frauen werden hier als *Matka Polka* angesprochen, d. h. in ihrer Rolle als Mutter und in ihrer moralischen Verantwortung für die polnische Nation. Erneut zeigen sich die Bemühungen der PZPR, sich explizit in den nationalkatholischen Diskurs einzuschreiben und ihn zugleich als Herrschaftsinstrument in als Krisen wahrgenommenen Zeiten zu nutzen. Es ist zudem zu vermuten, dass hier bereits ein Argumentationsstrang für die Verhängung des Kriegsrechts zwei Wochen später vorbereitet wurde. Im Gegensatz dazu wurden Männer vonseiten der PZPR nicht explizit in ihrer Verantwortung für die polnische Nation angesprochen.

Es finden sich viele Äußerungen aus verschiedenen Partei- und Ministeriumsabteilungen, die eine Identität von Frauen außerhalb der Mutterrolle gänzlich ablehnen. Dies wird mit unterschiedlichen Argumenten begründet, wobei auffällt, dass in fast allen Reden und Statements die Bedeutung der *Matka Polka* für die kulturelle Existenz der polnischen Nation hervorgehoben wird. Ein weiteres Beispiel findet sich im offiziellen Statement der PZPR zur Rolle der Frau, das im Vorfeld eines Treffens von Parteivertreter:innen mit der *Liga Kobiet* im Sommer 1981 verfasst wurde. Dieses schließt mit dem Hinweis, dass es eine lange Tradition in der Gesellschaft gebe, der Familie und der Frau mit Respekt und sogar Ehrfurcht zu begegnen. Als Grund wird die Kindserziehung – selbstverständlich durch Frauen – genannt, welche die wichtigste Aufgabe der Nation darstelle. Hier zeigt sich noch einmal deutlich, dass Aspekte wie der Beitrag von Frauen zum Gelingen des Sozialismus in politischer oder ökonomischer Hinsicht – oder gar ihre eigenen Wünsche – in den Hintergrund rücken bzw. gar nicht erst angesprochen wer-

i matki, twórczyni domowego ogniska, tej tradycyjnie wielkiej wartości naszego społeczeństwa; wartości, której znaczenie chcemy umacniać i rozwijać.«

47 VIII Nadzwyczajny Zjazd Krajowy LK, ZGKL/70/81, in: Polska Zjednoczona Partia Robotnicza: Komitet Centralny w Warszawie. Wydział Społeczno-Zawodowy. LKP 1982, AAN: Sig. 2/1354/0/2.4.1/XLI199.

48 Ebd. »Dlatego też zwracamy się do Was, abyście prosimy pielęgnowały w Waszych rodzinach najszlachetniejsze tradycje naszego narodu, miłość do Ojczyzny, poczucie godności i honoru Polaka [...]«

den.⁴⁹ Diese Aufwertung häuslicher Identitäten von Frauen, d. h. vor allem ihrer Rolle als Care-Arbeiterinnen im Kontext ihrer erneuten Einbettung in nationale Phantasmen hatte noch eine weitere Komponente: die Betonung der Opferbereitschaft von Frauen, ebenfalls in der Tradition des *Matka Polka*-Mythos.⁵⁰ Natalia Jarskas Analyse von Parteidokumenten zeigt, dass die Fähigkeit, »Opfer zu bringen«, die vonseiten der PZPR am häufigsten mit Frauen assoziierte Eigenschaft gewesen sei. Zudem habe die Partei bereits seit den 1970er Jahren immer häufiger von der *Matka Polka* gesprochen. Wurde dieses Symbol also auch zuvor von der PZPR bemüht, so potenzierte sich seine Anwendung in den 1980er Jahren.⁵¹ In semantischer Hinsicht zeigt sich hier, wie sich die politischen Schlagworte in der Volksrepublik ab Mitte der 1970er Jahre insgesamt veränderten. Statt von der »Diktatur des Proletariats«, »Klasse« und »Sozialismus« war nun die Rede vom »Vaterland«, der »Nation« und der »Gesellschaft«.⁵² Sinnbildlich dafür steht auch ein Treffen führender Parteimitglieder mit Müttern vom 26. Mai 1980. Allein die Tatsache, dass ein solches Treffen stattfand, lässt tief blicken. Die von den eingeladenen Müttern vorgeschlagenen (aber nicht zufällig ausgewählten) Themen enthielten neben der Betonung der mütterlichen (Selbst)Aufgabe in der Erziehung u. a. auch: »Die Rolle der Mütter bei der patriotischen Erziehung ihrer Kinder, die Haltung der Mütter im Kampf um die Aufrechterhaltung des Polentums in den Gebieten, die Teil des Dritten Reichs waren.«⁵³

Nach der Verhängung des Kriegsrechts verstärkte die PZPR ihre Versuche, sich in den nationalpatriotischen Diskurs einzuschreiben. Dies zeigt sich nicht nur in den Äußerungen der Partei, sondern auch eindrücklich an der Gründung des Zentrums für die Gesundheit der *Matka Polka* (Centrum Zdrowia Matki Polki) in Łódź. Padraic Kenney betont:

»The very name of the hospital was an example of the regime's attempt to ally itself with the nation – and its perception that women carried national identity – in ways before which the communists were especially vulnerable. A statue erected in front of the hospital, for example, shows a mother caressing and kissing an infant, in a pose strongly reminiscent of images of the Madonna common in Polish culture.«⁵⁴

Er sieht den Bau dieses Krankenhauses zudem als direkte Reaktion auf die gewaltsamen Zusammenstöße zwischen Miliz und Opposition am 8. März 1982.⁵⁵

49 KC PZPR: VII Krawojoy Zjazd LK. AAN: 2/1354/0/2.4.1/XL45, hier: S. 6f.

50 Stegmann: Aufwertung, S. 542f.

51 Jarska: Kobiety w języku partii, S. 250f.

52 Zaremba: Herrschaftslegitimation, S. 384.

53 Polska Zjednoczona Partia Robotnicza. Komitet centralny w Warszawie. Wydział organizacyjny społecznych: Obchody Dnia Matki. Spotkanie matek z kierownictwem Partii. Program, wykazy, notatki. 1980, AAN: Sig. 2/1354/0/2.4.1/XL82, hier: »Rola matek w patriotycznym wychowaniu dzieci, postawy matek w walce o utrzymanie polskości na ziemiach będących w granicach III Rzeszy.«

54 Kenney, Padraic: The Gender of Resistance in Communist Poland, in: *American Historical Review* Vol. 104 (2/1999), S. 399–425, hier: S. 423.

55 Ebd., S. 422.

»The hospital and Polish motherhood were symbols both of life and of its sacrifice in the national struggle. That national struggle, in turn, was one for the communist state, concluded the proclamation: »People's Poland is the mother of the whole nation.«⁵⁶

Die PZPR (bzw. der WRON) versuchte hier also das Kriegsrecht und die Zerschlagung der *Solidarność* in den Kontext national-matyrologischer Erzählungen zu stellen. Sie selbst sollte in dieser Erzählung die Rolle der Bewahrerin Polens spielen, indem sie deren Repräsentantin, die *Matka Polka* schützte. Dies scheint teilweise funktioniert zu haben. Meine Interviewpartnerin Karolina Przybylska⁵⁷ hob im Kontext eines Gesprächs über die Rolle von Frauen in der Volksrepublik Polen hervor: »Es gibt ein gynäkologisches Krankenhaus in Łódź und ich glaube, das Kinderkrankenhaus heißt... *Matka Polka*, richtig. Sozusagen für die historischen Verdienste der Frauen in Polen.«⁵⁸

Mit dem nationalpatriotischen Diskurs eng verbunden sind demografische Überlegungen. Damit ist vor allem die Sorge der PZPR gemeint, dass die sinkende Geburtenrate in der Volksrepublik zu einer Gefahr für den polnischen Staat werden könne. Dies zeigt sich etwa in dem Bestreben, ›dieser Gefahr‹ ebenfalls mit einer veränderten Frauen- und Familienpolitik zu begegnen. Aufschlussreich ist diesbezüglich die bereits erwähnte Konferenz zu den Themen Familie und Sozialpolitik in der Volksrepublik von 1981. Das dort formulierte demografische Ziel lautete: »Die Aufrechterhaltung einer Geburtenrate, die zumindest einen einfachen Generationenwechsel gewährleistet, zu den Kategorien der wichtigen strategischen Ziele für die Entwicklung des Landes zu zählen.«⁵⁹ Damit dies gelinge, wurde gefordert: »Die demografischen strategischen Ziele bei der Ausarbeitung der nächsten sozioökonomischen Entwicklungspläne als Priorität in die sozioökonomische Politik des Landes aufzunehmen.«⁶⁰ Zu diesem Zweck wurde vonseiten der Konferenzteilnehmer:innen wiederum ein verstärkter Gesundheitsschutz für Frauen gefordert. Als konkrete Maßnahmen werden hier eine engmaschigere Betreuung und Überwachung von Schwangeren sowie geschützte Frauenarbeitsplätze vorgeschlagen,⁶¹ zudem das Ende der Nacharbeit von Frauen.⁶² Auffällig ist hier erneut, dass es nicht nur um den Schutz schwangerer Personen geht, sondern generell von Frauen. Selbst das gesetzlich verankerte Recht auf Schwangerschaftsabbruch wird im Zuge dieser Konferenz in Frage gestellt, da ein solcher Eingriff die Fruchtbarkeit schädigen, d. h. die Zahl der potenziell zu erwartenden Kinder senken könne. Zwar bestand hier keine Einigkeit, doch

56 Ebd., S. 424.

57 Pseudonym.

58 Interview mit Karolina Przybylska. Frankfurt (Oder) (20.6.2023), S. 11. »W Łodzi jest szpital ginekologiczny i chyba pediatryczny, nazywa się... *Matka Polka*, prawda. To, to tak właśnie jakby za zasługi dziejowe dla kobiet w Polsce.«

59 Rada do spraw Rodziny: Konferencja. AAN: 2/1938/0/1/1/82, S. 79. »Zaliczyć utrzymanie dzietności gwarantującej co najmniej prostą zastępowalność pokoleń do kategorii ważnych celów strategicznych rozwoju kraju.«

60 Rada do spraw Rodziny: Konferencja. AAN: 2/1938/0/1/1/82, S. 79. »Uwzględnić jako priorytetowe w polityce społeczno-ekonomicznej kraju demograficzne cele strategiczne przy formułowaniu kolejnych planów rozwoju społeczno-gospodarczego.«

61 Ebd., S. 80.

62 Ebd., S. 83.

einigte sich die Konferenz darauf, dass das geltende Recht auf Schwangerschaftsabbruch »etwas zu liberal« sei.⁶³ Bereits 1978 hatte die PZPR gefordert, die bisherigen Regeln zum Schwangerschaftsabbruch strenger anzuwenden. Konkret bedeutete das, privaten Praxen Schwangerschaftsabbrüche zu verbieten. Begründet wurde die Forderung mit dem Rückgang der Geburtenziffer.⁶⁴ Es kommt hier zu einer zunächst diskursiven Ausweitung der Kontrolle des Staates über den weiblichen Körper: Frauen sollten zur »demographischen und ökonomischen Stärkung« der Nation mehr Kinder bekommen.⁶⁵ Diesbezüglich wäre auch eine Untersuchung der Frage lohnend, ob sich dieser Diskurs bereits auf die Bereitschaft und Möglichkeit zum Schwangerschaftsabbruch in der Volksrepublik auswirkte. Es gibt dazu allerdings bisher keine mir bekannte Forschung. Festzuhalten bleibt, dass die Volksrepublik die niedrigste Rate an Schwangerschaftsabbrüchen in allen Staaten des sogenannten Warschauer Pakts vorwies; so lag sie bei ca. einem Fünftel der Quote in den baltischen Staaten und der Sowjetunion.⁶⁶

Es wird deutlich, dass die Expert:innen Frauen auch hier primär als Mütter konstruierten, deren reproduktive Rolle hervorgehoben und unterstützt werden sollte. Dafür werden Einschränkungen beim Recht auf Schwangerschaftsabbruch sowie der freien Arbeitsplatzwahl in Kauf genommen bzw. begrüßt – wie etwa die Tatsache, dass das o. g. Nachtarbeitsverbot bis zu 200.000 Frauen arbeitslos machen würde.⁶⁷ Es zeigt sich erneut, dass Care-Arbeit gegenüber der Erwerbsarbeit von Frauen für die Partei Priorität hatte.

Schließlich möchte ich noch eine weitere, sehr ähnliche Argumentationslinie diskutieren, die von der Abteilung zum Schutz des Familienrechts und der Beziehung zwischen Staat und Familie (Ochrona Prawa Rodziny i Relacji Rodzina-Państwo) des ZKs der PZPR angeführt wurde. Dort wird zunächst ebenfalls die reproduktive Funktion der Familie hervorgehoben und für schützenswert erklärt; »natürliche Prozesse« wie Ehe und Geburt sollten gefördert werden.⁶⁸ Hintergrund ist hier die Sorge vor einer steigenden Scheidungsrate und der diesbezüglichen Auswirkungen auf die Erziehung und generell die Geburtenrate.⁶⁹ Es verwundert (leider) nicht, dass vor diesem Hintergrund auch häusliche Gewalt gegen Partner:innen bagatellisiert wird. Diese sei »weniger schwerwiegend« (und damit staatlicherseits weniger sanktionsbedürftig) als Gewalt gegen Kinder oder die eigenen Eltern, da diese Art der Gewalt weniger »die Funktion der Familie«, d. h.

63 Ebd., S. 86.

64 Zok, Michael: Wider die »angeborene und nationale Mission der Frau«? Gesellschaftliche Auseinandersetzungen um Abtreibungen in Polen seit der Entstalinisierung, in: *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung* (ZFO) Vol. 68 (2/2019), S. 249–278, hier: S. 266.

65 Lorey: Macht, S. 59.

66 Lišková, Kateřina/Holubec, Stanislav: Women between the public and private spheres, in: Włodzimierz Borodziej/Stanišlav Holubec/Joachim von Puttkamer (Hg.): *The Routledge History Handbook of Central and Eastern Europe in the Twentieth Century*. London 2020, S. 183–234, hier: S. 219.

67 Rada do spraw Rodziny: Konferencja. AAN: 2/1938/0/1/1/82, S. 69.

68 Polska Zjednoczona Partia Robotnicza. Komitet Centralny w Warszawie: *Działalność Rady ds. Rodziny. Informacje i opracowania Min. Pracy, Płac i Spraw Socjalnych nadesłane do Wydziału*. 1980/81, AAN: Sig. 2/1354/0/2.4.1/XL121, hier: Ministerstwo PPISS: *Ochrona Prawa Rodziny i Relacji Rodzina – Państwo*, S. 1.

69 Ebd., S. 15.

die biologische Reproduktion, gefährde als andere Formen. In diesem Kontext geht es explizit um die staatsstabilisierende Nutzbarmachung der Familie und nicht um die Frage, was den jeweiligen Individuen/Ehepartner:innen von Vorteil wäre.⁷⁰ Was hier auffällt, ist, wie gesellschafts- und zugleich geschlechterpolitische Themen wie ›Scheidung‹ nur noch unter vermeintlich höhere Ziele wie die Geburtenrate untergeordnet werden. Zudem ist erstaunlich, wie in der vermeintlich sozialistischen Volksrepublik Debatten aufkommen, die ganz ähnlich bereits in der Zwischenkriegszeit (gerade bezüglich der Frage von Scheidungen) geführt wurden.

Die Forderung, die Politik am Maßstab der Demografie auszurichten, ging demgegenüber noch weiter. So sollte die Politik auch sicherstellen, dass Frauen wie Männern das Recht auf Heirat und Kinder gewährt würde und damit zumindest die Reproduktion der Bevölkerung auf dem Niveau des einfachen Generationenwechsels gewährleistet sei.⁷¹ Sogar Bildungseinrichtungen sollten dem demografischen Ziel dienen und Kinder in der Schule auf ihre elterliche Rolle vorbereiten. Ihnen sollte dort, so wörtlich, der »biologische Rhythmus der Fruchtbarkeit erklärt« werden.⁷² Aufschlussreich ist zudem, dass hier – im Kontext dieser pronatalistischen Bevölkerungspolitik – bereits gefordert wird, »das Kind ab der Empfängnis« zu schützen.⁷³ Diese Forderung nach einem Verbot bzw. einer Einschränkung des Zugangs zu Schwangerschaftsabbrüchen, die bereits seit Jahrzehnten vonseiten der katholischen Kirche vorgebracht wurde, fand zunehmend auch in Kreisen der PZPR Anklang.⁷⁴ Hier gewinnt eine Argumentationslinie deutlich an Einfluss, die das gesamte politische Spektrum bis zum heutigen Tag beschäftigten sollte und Schwangerschaftsabbruch zu *dem* geschlechterpolitischen Thema überhaupt macht.

Wurde von der genannten Abteilung zunächst geschlechterneutral vom »Recht auf Ehe« und der Bedeutung elterlicher Erziehung gesprochen, so wird die geschlechterpolitische Dimension bei den daraus abgeleiteten Forderungen schnell deutlich. Neben der »Bildungsarbeit« wurden als weitere Maßnahmen erneut die schrittweise Abschaffung der Nacharbeit von Frauen sowie die Einführung eines Rentenanspruchs für Mütter gefordert.⁷⁵ Es geht vor allem darum, Frauen auf ihre staatlicherseits geforderte Mutterrolle vorzubereiten. Aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang, dass ›Mutterschaft‹ immer ein abstraktes, idealisiertes Konzept bleibt, ähnlich der Ehe oder Familie. Mit ihr eng zusammenhängende und naheliegende Themen wie Sexualität oder die Geburt werden nicht verhandelt bzw. bleiben ein Tabu. Dies ist ebenfalls Teil des nationalkatholischen bzw. romantischen ›Mutterschaftskonzepts‹, in dem die PZPR verhaftet bleibt. Wesentliche Teile der Lebensrealitäten von Müttern werden ausgeblendet. Zusammenfassend zeigt sich, dass die Partei die sinkende Geburtenrate in Polen als Problem wahrnahm, auf das durch eine Stärkung der Mutterrolle reagiert werden sollte.⁷⁶ Dabei versuchte

70 Ebd., 5.

71 Ebd., hier: Ministerstwo PPISS: Polityka Ludnościowa, S. 5.

72 KC PZPR: Rady Rodziny. AAN: 2/1354/0/2.4.1/XL121, hier: Ministerstwo PPISS: Wnioski i postulaty szczegółowe dotyczące polityki ludnościowej, S. 3.

73 Ebd., hier: Ministerstwo PPISS: Polityka Ludnościowa, S. 5.

74 Vgl. dazu: Zok: Abtreibung.

75 KC PZPR: Rady Rodziny. AAN: 2/1354/0/2.4.1/XL121, hier: Ministerstwo PPISS: Wnioski i postulaty szczegółowe dotyczące polityki ludnościowej, S. 2.

76 Kraft: Paradoxien der Emanzipation, S. 390.

die Staatsführung, sich mit Lösungsvorschlägen zu profilieren.⁷⁷ So betonte die PZPR beispielsweise, dass das Verbot von Berufen, die für die weibliche Gesundheit und die gesellschaftlich-biologischen ›Pflichten‹ von Frauen eine Gefahr darstellten, eine der größten Leistungen des Sozialismus sei. Diese müssten ausgebaut werden, um den Gefahren für die weibliche Physis und Psyche zu begegnen, die deren Fruchtbarkeit gefährdeten.⁷⁸ Zwar hoffte die PZPR wohl tatsächlich, mit ihren Maßnahmen die Geburtenrate zu erhöhen, zugleich war diese Begründung vielfach vorgeschoben. So gilt weiterhin, was Małgorzata Fidelis bereits für die Entlassung von Frauen im Bergbau nach 1956 zeigen konnte. Einige (für Frauen) verbotene Berufe wie die Arbeit unter Tage waren deutlich stärker mechanisiert und ›leichter‹ als in anderen Bereichen der Schwer- oder Textilindustrie. Zudem erfolgte das Verbot gegen den Willen der Betroffenen.⁷⁹ Es diene also neben der Dienstbarmachung von Frauen für Care-Arbeit auch generell dazu, »to remove women from the workplace, and especially from jobs that challenged traditional gender hierarchies.«⁸⁰

Neu war im letzten Jahrzehnt der Volksrepublik, dass ausschließlich die Mutterrolle – auch zu Lasten der Erwerbstätigkeit von Frauen – betont wurde. Statt auf Fortschritte der Volksrepublik bei der Einbeziehung von Frauen in den Erwerbsmarkt zu verweisen, rühmte sich der Staat nun mit der Bewahrung einer geschlechterspezifischen Arbeitsmarktsegregation. Die PZPR näherte sich damit stark den Vorstellungen der katholischen Kirche an.⁸¹

Schließlich zeigen die Quellen, dass die Argumentation für eine Rückkehr zu patriarchal geprägten Frauenbildern (die unterschwellig immer existierten) nicht allein dem Versuch geschuldet war, diese macht- oder bevölkerungspolitisch zu nutzen. Vielmehr waren Teile der sozialistischen Nomenklatur tatsächlich davon überzeugt, dass die bisherige Geschlechterpolitik für die Krise Anfang der 1980er Jahre verantwortlich sei.⁸² Dazu passt auch, dass Frauen innerhalb der PZPR zunehmend zur Fassade des emanzipatorischen Anspruchs des Staatssozialismus wurden, aber faktisch dezidiert weniger Einfluss als in den ersten Jahrzehnten der Volksrepublik hatten.⁸³ Besonders zeigte sich dies an der Argumentation des Rats für Familienangelegenheiten (Rada do Spraw Rodziny) innerhalb des Arbeitsministeriums. Dort heißt es, dass die politische und ökonomische Krise vor allem in Angriffen auf die Autonomie der Familie begründet sei, weshalb das bisherige Verhältnis von Staat und Familie in der Volksrepublik grundlegend und strukturell umgestaltet werden müsse. Die Familie solle den primären Fokus der Sozial-

77 Perkowski: Welfare, S. 476.

78 Dz.U. 1979 nr 4 poz. 18: Rozporządzenie Rady Ministrów z dnia 19 stycznia 1979 r. w sprawie wykazu prac wzbronionych kobietom.

79 Fidelis: Women, S. 219f.

80 Ebd.

81 Zok, Michael: »To Maintain the Biological Substance of the Polish Nation«: Reproductive Rights as an Area of Conflict in Poland, in: *Hungarian Historical Review* Vol. 10 (2/2021), S. 357–381, hier: S. 367.

82 Tatsächlich zeigt sich hier eine starke Parallele zur politischen Rechten nach 1989/90.

83 Vgl. dazu: Jarska, Natalia/Perkowski, Piotr: Droga do władzy? Kobiety w PZPR 1948–1989, in: *Pamięć i Sprawiedliwość* Vol. 27 (1/2016), S. 231–246.

politik darstellen.⁸⁴ Auch in diesem Fall ist mit einer Stärkung der Familie vor allem die Stärkung der Mutterrolle gemeint. Mehr noch als die Argumente dieses Beratungsgremiums zeigt seine bloße Existenz eine deutliche Diskursverschiebung an. So war es erst kurz zuvor (gegen Ende der 1970er Jahre) gegründet worden, um auf die »demografische Krise« zu reagieren und die Regierung in Fragen der Demografie und Familienpolitik zu beraten. Seine Gründung war eine Reaktion darauf, dass die PZPR zunehmend davon überzeugt war, dass die Emanzipation der Frau eine Ursache der Krise ab der zweiten Hälfte der 1970er Jahre sei.⁸⁵

Diese Forderungen nach einer stärkeren Aufteilung von Arbeit anhand von Geschlechtergrenzen auf politischer Ebene sollten keineswegs dort verbleiben. Vielmehr waren die staatlichen Medien dazu aufgefordert, sich an der Neujustierung der Geschlechterrollen zu beteiligen. So berichtet der Vorsitzende des Rundfunkausschusses Władysław Loranc an Henryk Białczyński, Unterstaatssekretär im Ministerium für Arbeit, Löhne und Soziales, darüber, was von Radio und Fernsehen im nächsten Jahr bezüglich der Aufgabe und Funktion von Frauen besprochen würde. Als erster Punkt sei das Thema »Kobieta w domu« mit folgenden Inhalten zu behandeln:

- »Vertiefung der Familienthematik unter Betonung der besonderen Rolle der Frau als Organisatorin des Familienlebens und Erzieherin.
- Kinderbetreuung, in diesem Zusammenhang Abwägung der Auswirkungen der jüngsten Entscheidungen zu Elternurlaub und Elterngeld.
- Diskussionen über die Änderung des Arbeitsgesetzes, die eine schrittweise Ausweitung des Mutterschaftsurlaubs vorsieht.«⁸⁶

Darauf folgt das Thema »Frauen bei der Arbeit« (Kobieta w pracy), wobei es ebenfalls mehr um die Belastungen durch die häuslichen Pflichten, den Zugang zum Mutterschaftsurlaub sowie um die Frage ging: »Inwieweit sollte eine Frau mit der Arbeit und inwieweit mit Haus und Familie beschäftigt sein.«⁸⁷ Zuletzt sei als dritter Punkt das Thema »Frau und Freizeit« (Kobieta a czas wolny) zu besprechen, was (auf entlarvende Weise) auf einer sehr allgemeinen Ebene geschieht. Als Ziel wird genannt, »Diskussionen und die Suche nach Lösungen [zu präsentieren], die es Frauen ermöglichen, je nach

84 KC PZPR: Rady Rodziny. AAN: 2/1354/0/2.4.1/XL121, hier: Ministerstwo PPiSS: Ochrona Prawa Rodziny i Relacji Rodzina – Państwo, S. 5f.

85 Zok, Michael: Gendered social policies in (post-)communist countries: The case of Poland, in: *Macedonian Journal of Social Policy* Vol. 15 (18/2022), S. 37–54, hier: S. 44.

86 KC PZPR: Rady Rodziny. AAN: 2/1354/0/2.4.1/XL121, hier: Ministerstwo PPiSS: [Bericht an] Wiceminister Pracy, Płac i Spraw Socjalnych Towarzysz Henryk Białczyński. »Rozwinięcie problematyki rodzinnej z ukazaniem szczególnej roli kobiety-organizatora życia rodzinnego i wychowawcy. / Opieka nad dzieckiem, w związku z tym rozważenie skutków ostatnich decyzji o urlopach i zasiłkach wychowawczych. / Dyskusje o nowelizacji Kodeksu Pracy, w którym przewiduje się stopniowe wydłużanie urlopów macierzyńskich.«

87 Ebd., hier: Ministerstwo PPiSS: [Bericht an] Wiceminister Pracy, Płac i Spraw Socjalnych Towarzysz Henryk Białczyński. »Na ile kobieta winna zajmować się pracą zawodową a na ile domem i rodziną.«

Art ihrer Arbeit, ihrer Wohnungssituation und ihrer Familie Zeit zur Entspannung zu finden.«⁸⁸

Auch an diesen medial zu behandelnden Themen wird deutlich, dass Frauen – und zwar nur Frauen – als Verfügungsmasse staatlicher Politik wahrgenommen und primär als Mütter und Care-Arbeiterinnen und nicht als gleichberechtigte und selbstbestimmte Subjekte konstruiert wurden. Ihnen war eine klar definierte Aufgabe zugeordnet, und zwar nichts Geringeres als die Erhaltung der polnischen Nation. Umgekehrt wurde kaum über die Rolle von Männern diskutiert. Von ihnen wurde erwartet, sich auf ihre ›natürliche‹ Rolle als Hauptverdiener zu konzentrieren und – wenn überhaupt – nur ergänzend Care-Arbeit zu übernehmen, d. h. gelegentlich räumlich und zeitlich eingegrenzte Aufgaben von Frauen delegiert zu bekommen. Auffällig ist, dass, wenn männliches Verhalten thematisiert, dieses meist infantilisiert wurde – beispielsweise bei der Verharmlosung sexueller Übergriffe oder häuslicher Gewalt. Männer wurden hier vielfach zu ›Opfern ihrer Natur‹ o. Ä. stilisiert.⁸⁹ Dies war allerdings keineswegs eine sozialistische Besonderheit, wie beispielsweise die Bundestagsdebatte über die Strafbarkeit von Vergewaltigung in der Ehe 1997 zeigt.⁹⁰ Auch Frauenmagazine wie *Przyjaciółka* (Freundin) oder *Kobieta i życie* (Frau und Leben), die in der Volksrepublik (und teilweise darüber hinaus) erschienen, infantilisierten Männer und Männlichkeit. So warben sie beispielsweise dafür, dass die »rationale Ehefrau« sich um »das Kind« Ehemann kümmern müsse, das ohne sie nicht zurechtkomme. Zugleich wird das Funktionieren der Ehe als alleinige Aufgabe der Frau dargestellt, während Männer passiv bleiben. Aspekte wie häusliche Gewalt werden folgerichtig verschwiegen.⁹¹ Sie galt in der Volksrepublik (wie auch beispielsweise in Ungarn oder Rumänien) grundsätzlich als nicht existent und wurde ignoriert, oder, wo dies nicht möglich war, gerechtfertigt.⁹²

Dies widerspricht nicht der Tatsache, dass aus propagandistischen Gründen immer wieder auch das Idealbild des engagierten Familienvaters betont wurde.⁹³ Zudem gab es in den 1960er und 1970er Jahren einen Männlichkeitsdiskurs, der sich grundsätzlich in einer größeren Offenheit für unterschiedliche Vaterrollen und der Aufteilung von Care-Arbeit zwischen den Geschlechtern niederschlug.⁹⁴ Umso stärker fällt auf, wie oft in den untersuchten Akten von der Familie und ihrer Bedeutung gesprochen wird, diese aber

88 KC PZPR: Rady Rodziny. AAN: 2/1354/0/2.4.1/XL121, hier: Ministerstwo PPSiS: [Bericht an] Wice-minister Pracy, Płac i Spraw Socjalnych Towarzysz Henryk Białczyński. »Dyskusje i poszukiwanie rozwiązań zmierzających dla umożliwienia kobietom znalezienia chwili czasu na relaks – w zależności od charakteru pracy, środowiska zamieszkania i rodziny.«

89 Hallama: Masculinities, S. 7f.

90 Gerste, Margrit: Endlich: Vergewaltigung in der Ehe gilt künftig als Verbrechen, in: *Die Zeit* vom 16. Mai (21/1997).

91 Marody, Mira/Giza-Poleszcuk, Anna: Changing Images of Identity in Poland. From the Self-Sacrificing to the Self-Investing Woman?, in: Susan Gal/Gail Kligman (Hg.): *Reproducing gender: Politics, publics, and everyday life after socialism*. Princeton, N.J. 2000, S. 151–175, hier: S. 157f.

92 Marcus, Isabel: Wife Beating: Ideology and Practice Under State Socialism in Hungary, Poland, and Romania, in: Shana Penn/Jill Massino (Hg.): *Gender Politics and Everyday Life in State Socialist Eastern and Central Europe*. New York 2009, S. 115–132, hier: S. 115f.

93 Hallama: Masculinities, S. 6.

94 Jarska, Natalia: Men as Husbands and Fathers in Postwar Poland (1956–1975): Towards New Masculine Identities?, in: *Men and Masculinities* Vol. 24 (4/2021), S. 630–651, hier: S. 646f.

nur aus Kindern und Müttern zu bestehen scheint. Die Aufgabe und Verantwortung von Vätern, ihre Rolle innerhalb der Familie werden in keiner Weise thematisiert. So heißt es zu den erwarteten Folgen der Einführung eines Erziehungsgeldes:

»Die Einführung eines Erziehungsgeldes würde beispielsweise eine weitere Deaktivierung von – verschiedenen Schätzungen zufolge – etwa 300.000 bis 500.000 Frauen bedeuten. Insgesamt würden in der ersten Periode etwa 1 Million Frauen nicht arbeiten, zumal heute knapp 450.000 Frauen diesen unbezahlten Urlaub bereits in Anspruch nehmen.«⁹⁵

Hieraus lässt sich schlussfolgern, dass diese Leistung ausschließlich für Frauen gedacht war. Zugleich zeigt eine weitere Stellungnahme des Rats für Familienangelegenheiten zu den Auswirkungen der Geldleistung, dass mit selbiger auch arbeitsmarktpolitische Überlegungen einhergingen. So heißt es in der Stellungnahme wörtlich:

»Die Einführung eines Erziehungsgeldes wird das Tempo der beruflichen Aktivierung von Frauen verlangsamen, was zu einer gewissen Entlastung des heimischen Arbeitsmarktes führen dürfte, da in diesem und den kommenden Jahren mit einem Rückgang der Beschäftigung aufgrund von Rohstoff- und Energieknappheit vor allem in der Produktion zu rechnen ist.«⁹⁶

Es wird deutlich, dass neben machtpolitischen Erwägungen sowie dem Ziel einer Erhöhung der Natalität auch sozioökonomische Faktoren hinsichtlich der Zurücksetzung von Frauen im Arbeitsmarkt von Bedeutung waren. Dass diese Überlegungen nicht aus der Luft gegriffen sind, bestätigt dieselbe Abteilung mit dem Verweis darauf, dass bereits der bisherige unbezahlte Erziehungsurlaub die Beschäftigung von Müttern um mehrere hunderttausend Personen gesenkt habe.⁹⁷ Die Unzufriedenheit über die ökonomische Krise, die mit einer (inoffiziell) steigenden Arbeitslosigkeit einherging, versuchte die PZPR zu lösen, indem sie auf eine Senkung der Erwerbsquote von Frauen zugunsten von Männern hinarbeite. Daran offenbart sich erneut, dass diese in der Volksrepublik als ›Haupternährer‹ galten, wohingegen die Arbeit von Polinnen nur eine Ergänzung war. Am deutlichsten wird dies allerdings nach der Verhängung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981. Noch am selben Tag, in der 1. Sitzung des Politbüros des Zentralkomitees

95 Rada do spraw Rodziny: Konferencja. AAN: 2/1938/0/1/1/82, S. 68. »Wprowadzenie np. zasiłków wychowawczych oznacza dalszą dezaktywizację według różnych szacunków na około 300 do 500 tys. kobiet; w sumie w pierwszym okresie nie pracowałyby około 1 mil kobiet dlatego, gdyż dzisiaj blisko 450 tys. kobiet korzysta z tego urlopu bezpłatnego.«

96 KC PZPR: Rady Rodziny. AAN: 2/1354/0/2.4.1/XL121, hier: Kobiety na urlopach bezpłatnych na wychowanie małych dzieci, S. 15. »Wprowadzenie zasiłków wychowawczych wpłynie na osłabienie tempa aktywizacji zawodowej kobiet, co powinno spowodować pewną ulgę na krajowym rynku pracy zważywszy, że w bieżącym roku i latach najbliższych ma nastąpić obniżenie się poziomu zatrudnienia głównie w działach sfery produkcyjnej w związku z brakami surowcowo-energetycznymi.«

97 KC PZPR: Rady Rodziny. AAN: 2/1354/0/2.4.1/XL121, hier: Kobiety na urlopach bezpłatnych na wychowanie małych dzieci, S. 4.

der PZPR, schlug Tadeusz Czechowicz vor, dass Frauen bei Arbeitsmangel nach Hause zu schicken seien, woraufhin der Beschluss gefasst wurde, Mütter in einen bezahlten »Urlaub« zu entlassen, wenn es in einer Fabrik nicht genügend Arbeit gäbe.⁹⁸ Aufschlussreich ist diesbezüglich auch die Forderung des Rats für Familienangelegenheiten, mögliche Lücken, die durch die zu erwartende Reduzierung der Arbeitskraft von Frauen entstehen könnten, mittels einer wirtschaftlichen Aktivierung der nicht erwerbstätigen Männer im erwerbsfähigen Alter zu begegnen.⁹⁹ Dass die Rolle von Männern am Arbeitsplatz ein Fakt war, der als wenig diskussionswürdig erschien, ist evident.¹⁰⁰

Schließlich möchte ich noch einen Blick auf die *Liga Kobiet*¹⁰¹ werfen. Diese wurde bereits 1945 gegründet und zu einer staatlichen Massenorganisation ausgebaut, deren Ziel es war, die »Interessen der Frauen« innerhalb der Volksrepublik zu repräsentieren und zugleich staatliche Vorgaben zu implementieren.¹⁰² Die Liga diente damit zunächst der Konstruktion und Einhegung von Frauen als einheitlicher Gruppe mit vermeintlich spezifischen Interessen. Inwiefern diese Organisation dabei staatliche Ziele lediglich übernahm oder ob die Aktivistinnen dort eine eigene Handlungsfähigkeit besaßen, ist Gegenstand einer Debatte, die ich in einem Exkurs am Ende dieses Kapitels aufgreifen werde. Für die Jahre 1980/81 zeigen die Quellen, dass es darauf keine eindeutige Antwort gibt. Interne Debatten über die inhaltlichen Ziele der Liga, die diese im Vorlauf ihres 8. Landesweiten Kongresses am 28. und 29. November 1981 führte, zeigen einerseits, dass die Liga Care-Arbeit ebenfalls als Aufgabe von Frauen sieht, die Wichtigkeit der patriotischen Erziehung von Kindern betont und die Stärkung der Familie postuliert. Sie ist in diesem Bereich ganz auf einer Linie mit der Partei und dem patriotisch aufgeladenen Geschlechterdiskurs. Zugleich kritisierte die Liga Berufsverbote und Beschränkungen für Frauen, forderte gleiche Löhne und generell die Einhaltung der von der Verfassung garantierten Gleichheit der Geschlechter, die auch den Zugang zu Kinderbetreuung – wo nötig – beinhaltet.¹⁰³ Gerade in den sogenannten Krisenjahren 1980/81 gab es die Möglichkeit zur Kritik – und die Liga nutzte diese. Sie war also keineswegs nur eine Marionette der PZPR. Daran zeigt sich, dass die Partei den Geschlechterdiskurs zwar als Herrschaftsinstrument verstand und zum Teil auch entsprechend nutzte, die propa-

98 Paczkowski/Byrne: 1980–1981, S. 467.

99 KC PZPR: Rady Rodziny. AAN: 2/1354/0/2.4.1/XL121, hier: Ministerstwo PPISS: Polityka Ludnościowa, S. 6.

100 Fidelis: Women, S. 244.

101 Ende 1982 wurde aus der »Liga Kobiet«, die »Liga Kobiet Polskich«, was als Ausdruck des zunehmend nationalistischen Diskurses in der späten Volksrepublik gedeutet werden kann. Dz.U. 1982 nr 38 poz. 254: Rozporządzenie Rady Ministrów z dnia 2 grudnia 1982 r. w sprawie zmiany nazwy stowarzyszenia wyższej użyteczności »Liga Kobiet« na »Liga Kobiet Polskich« oraz nadania statutu temu stowarzyszeniu.

102 Die ursprüngliche Liga wurde bereits 1913 gegründet; ab 1945 wurde sie als staatliche Organisation unter gleichem Namen weitergeführt.

103 Polska Zjednoczona Partia Robotnicza. Komitet Centralny w Warszawie. Wydział Organizacji Społecznych, Sportu i Turystyki: Działalność Zarządu Głównego LK. Przygotowania do VIII Zjazdu, posiedzenia plenarne, współpraca międzynarodowa. Materiały na posiedzenia. Uchwały, sprawozdania, notatki, statut, informacje, propozycje, korespondencja. 1979–1981, AAN: Sig. 2/1354/0/2.4.3/XL119 hier: Uchwała Programowa.

gierten Normen aber (auch im eigenen Lager) nicht immer widerstandslos übernommen wurden.

In den Debatten innerhalb der *Liga Kobiet* wurde außerdem deutlich, dass viele Aktivistinnen zum einen das staatliche Versprechen der Gleichheit der Geschlechter durchaus ernst nahmen und auch einforderten. Zum anderen bedeutete dies – ganz wie offiziell von der PZPR versprochen – dass Emanzipation ausschließlich durch (Erwerbs)Arbeit möglich war. Gleichheit im Sinne einer paritätischen Aufteilung aller Lebensbereiche oder einer Aufhebung der vermeintlich natürlichen Geschlechterordnung war keineswegs Ziel der Liga, ebenso wenig wie sie infrage stellte, dass Frauen eine einheitliche Gruppe mit spezifischen Interessen seien.

Anhand der verschiedenen Quellen wird deutlich, dass sich die PZPR zunehmend durch die Forderung nach einer Organisation des Staates entlang ›natürlicher‹ Geschlechtergrenzen (*sex*) auszeichnete bzw. diese erstellte. Dies bedeutet, dass Frauen für Care- und Männer für Erwerbsarbeit verantwortlich gemacht wurden. Die dafür von Vertreter:innen der PZPR und von Ministerien angeführten Argumente waren verschieden; sei es, dass nur Frauen ihre Kinder im patriotischen Geist erziehen könnten, dass dies aus demografischen Überlegungen notwendig sei, oder weil nur das traditionelle Rollenmodell den vermeintlichen Werteverfall in der polnischen Gesellschaft aufhalten könne. Ferner ist das ökonomische Argument beachtenswert, dass als praktisches Nebenprodukt einer Senkung der Erwerbstätigkeit von Frauen der Arbeitsmarkt entlastet werde. Schließlich ist wichtig zu konstatieren, dass vor allem die Rolle und Identität von Frauen explizit diskutiert wurden; diese als eigene Kategorie in den Statistiken auftauchten. Männer galten hingegen als Norm, die weder diskutiert noch beschrieben werden musste. Sie waren Arbeiter, Intellektuelle, Stadtbewohner etc. und wurden als Mitglieder dieser Gruppen wahrgenommen, nicht aber als Männer an sich. Frauen wurden wiederum als eigene Gruppe mit spezifischen Aufgaben und Interessen konstruiert.¹⁰⁴ Auch wenn dies ursprünglich dem Ziel der Einbeziehung von Frauen in Erwerbsmärkte geschuldet war, führte diese eigene Kategorie zu einer (Neu)Konstruktion von Geschlechterdifferenzen. Diese Entwicklung zeigte sich auch in der DDR, wo als Maßstab – insbesondere im Arbeitsmarkt – »der Mann und männliche Stereotype«¹⁰⁵ dienten. Zugleich gibt es nur wenig Forschung zur Konstruktion von Männlichkeiten im Staatssozialismus.

Für die PZPR hatte diese Rückkehr zu ›traditionellen‹ Geschlechterrollen vor allem zwei Vorteile. Die Partei konnte sich als Bewahrerin ›polnischer Werte‹ darstellen und zugleich die Wirtschaftsmisere durch eine Reduzierung der Arbeitskräfte entspannen.¹⁰⁶ Geschlecht erwies sich somit als »funktionale historische Konstruktion«, die

104 Fodor, Éva: Smiling Women and Fighting Men: The Gender of the Communist Subject in State Socialist Hungary, in: *Gender and Society* Vol. 16 (2/2002), S. 240–263, hier: S. 243.

105 Nagelschmidt, Ilse: Realitäten vor und nach 1989. Hoffnungen, Depressionen, Visionen und die ›Mühen der Ebene‹, in: Anna Artwińska/Janine Schulze-Fellmann (Hg.): *Gender Studies im Dialog. Transnationale und transdisziplinäre Perspektiven*. Bielefeld 2022, S. 31–46, hier: S. 31.

106 Damit wurden Geschlechternarrative und -stereotype von der PZPR ebenso als Aspekt nationalistischer Herrschaftslegitimation nutzbar gemacht wie antisemitische oder xenophobe Stereotype. Vgl. dazu: Zaremba: *Herrschaftslegitimation*, S. 406f.

als Herrschaftsinstrument diente und auch genutzt wurde.¹⁰⁷ Allerdings bedurfte es noch zweier weiterer Akteure, damit sich diese konservative Wende auch in der Breite der Gesellschaft niederschlug bzw. hegemonial wurde: die katholische Kirche und die *Solidarność*, die das letzte Jahrzehnt der Volksrepublik maßgeblich mitgestalteten.

3.2 »Frauen, stört uns nicht, wir kämpfen um Polen« – Geschlechternarrative in *Solidarność* und katholischer Kirche

Solidarność

Der im Titel dieses Unterkapitels zitierte Spruch zierte ein Transparent an der Werft in Gdańsk und wirkt in seinem männlichen Pathos geradezu pubertär,¹⁰⁸ entspricht aber dem Selbstbild eines Teils der (männlichen) Mitglieder der *Solidarność*, die zu Beginn der 1980er Jahre zu einem machtvollen Akteur in der Volksrepublik wurde. Dieses proletarische und sozialistische Männlichkeitsbild verkörperte nahezu ikonografisch Lech Wałęsa.¹⁰⁹ Im Verbund mit der katholischen Kirche stellte die Gewerkschaft zu Beginn des Jahrzehnts den alleinigen Machtanspruch der PZPR infrage. Zwischen den drei Akteuren – PZPR, *Solidarność* und katholische Kirche –, die sich keineswegs ausschließlich feindlich gegenüberstanden, ergaben sich politische Wechselwirkungen; so zeigen sich anhand von Geschlechterfragen auch Gemeinsamkeiten, die im Folgenden untersucht werden. Dies ist nicht zuletzt deshalb ergiebig, da fast alle Pol:innen in irgendeiner Weise mit einer der drei Institutionen verbunden waren.¹¹⁰

Entgegen dem Transparent, das suggerierte, »der Kampf um Polen« sei eine »Männeraufgabe«, spielten Frauen in der Oppositionsbewegung ab 1976 eine wichtige Rolle. Auch im August 1980 war dies insbesondere in Gdańsk der Fall. Einige Forscher:innen betonen, dass es drei von ihnen – Anna Walentynowicz, Alina Pienkowska und Ewa Osowska – waren, die die Arbeiter:innen am 16. August daran hinderten, die Werft zu verlassen und damit den Solidaritätsstreik zu beenden. Łukasz Kamiński argumentiert zudem, dass es nicht zuletzt Frauen gewesen seien, die Lech Wałęsa von einer Fortführung des Streiks überzeugten.¹¹¹ Diese Position ist allerdings auch vor dem Hintergrund der Bemühungen des Instituts für Nationales Gedenken (Instytut Pamięi Narodowej, IPN)

107 Foucault, Michel: *Der Wille zum Wissen*. Frankfurt a. M. 1987, S. 138.

108 Walczewska: *Frauenrechtsdiskurs*, S. 95. »Kobiety, nie przeskadzajcie nam, my walczymy o Polskę.«

109 Hüchtker, Dietlind: *Traktoristinnen, Rockstars und der polnische James Dean. Die Performativität popkultureller Geschlechterbilder in der Volksrepublik Polen*, in: *L'Homme. Europäische Zeitschrift für Feministische Geschichtswissenschaft* Vol. 29 (1/2018), S. 87–106, hier: S. 101f.

110 Eisler: *Months*, S. 107.

111 Kamiński, Łukasz: *Kobiety w Solidarności Walczącej na tle struktury płci ruchu »Solidarność«*, in: Natalia Jarska/Jan Olszek (Hg.): *Płeć Buntu*. Warszawa 2014, S. 309–319, hier: S. 309f.

und vor allem rechtskonservativer Politiker:innen zu betrachten, Wałęsa zu diskreditieren und Walentynowicz als »wahre Heldin« zu stilisieren.¹¹²

Diese Tatsache ändert allerdings nicht daran, dass die Bedeutung von Frauen in dieser Streikphase kaum zu überschätzen ist, vor allem auch hinsichtlich anderer Städte als Gdańsk. Padraic Kenney etwa betont die Bedeutung des Streiks der Textilarbeiterinnen in Łódź und in anderen polnischen Städten, die aus seiner Sicht mindestens so wichtig gewesen seien wie die Streiks der Werftarbeiter:innen in Gdańsk und die PZPR geradezu in Panik versetzt hätten.¹¹³ Weiter betont er bezüglich deren Wirkung:

»The moral outrage of Poland's women workers, on the other hand, was based on demands and values that were much more threatening to the regime, and indeed helped to destroy it. Motherhood in particular possessed this power.«¹¹⁴

Zugleich taten sich auch viele Vertreter:innen der Opposition mit den streikenden Frauen schwer. So beklagte sich Jacek Kuroń,¹¹⁵ dass diese irrational handelten und die Ziele der *Solidarność* gefährdeten.¹¹⁶ Dennoch gelang es den von der Mangellage 1980/81 besonders betroffenen Textilarbeiterinnen in Łódź, die Gewerkschaft so unter Druck zu setzen, dass diese sich – entgegen ihrer Überzeugung – dazu bereitfand, die Fleischversorgung in der Stadt in Eigenregie zu verbessern.¹¹⁷

Insgesamt bestand fast die Hälfte der sich ab Ende August 1980 konstituierenden Gewerkschaft aus Frauen, denen eine entscheidende Funktion in der Organisation und Aufrechterhaltung der Oppositionsarbeit zukam.¹¹⁸ Trotzdem spielt ihr Wirken – so wie generell die Erinnerung von und an Frauen – im kollektiven Gedächtnis eine lediglich untergeordnete Rolle. Dies liegt unter anderem daran, dass sie im Fortgang der Entwicklungen (wie dies auch in der Geschichtsschreibung an sich der Fall ist) zunehmend marginalisiert wurden; so wurden bereits bei der Gründung der *Solidarność* im Herbst 1980 fast ausschließlich Männer in Führungspositionen gewählt.¹¹⁹

Diese Unterrepräsentation von Frauen lässt sich mithilfe einiger Zahlen veranschaulichen. Bei den Wahlen zu den Regionalvertretungen der Gewerkschaft 1981 stellten sie 10,94 % der Gewählten; zudem wurde keine der Regionalgruppen von einer Frau geführt.

112 Zur politischen Dimension der Lustration in Polen und insbesondere der Debatte um Wałęsa vgl. Szczerbiak, Aleks: *Politicising the Communist Past. The Politics of Truth Revelation in Post-Communist Poland*. London 2018.

113 Kenney, *Resistance*, S. 419f.

114 Ebd., S. 425.

115 Jacek Kuroń war einer der führenden Köpfe der Opposition in der Volksrepublik Polen. Er saß deshalb mehrfach im Gefängnis, erstmals 1965, nachdem er zusammen mit Karol Modzelewski eine marxistische Kritik am kommunistischen System verfasst hatte. In den 1970er Jahren war er Mitbegründer des Komitees zur Verteidigung der Arbeiter (*Komitet Obrony Robotników*) und später der *Solidarność*. Zudem nahm Kuroń für die Opposition an den Gesprächen des Runden Tisches teil und war von 1989–1990 und von 1992–1993 Sozial- und Arbeitsminister; er starb 2004.

116 Kenney: *Resistance*, S. 420.

117 Peters: *Schocktherapie*, S. 78f.

118 Penn: *Solidarity's Secret*, S. 66.

119 Siemińska, Renata: *Women's Political Participation and the 1980 Crisis in Poland*, in: *International Political Science Review* Vol. 6 (3/1985), S. 332–346, hier: S. 344.

Gleiches lässt sich bei den Delegierten zum ersten landesweiten Kongress der Gewerkschaft Mitte 1981 beobachten; hier lag der Anteil von Frauen bei 7,2 %. Schließlich ist noch die erste Landeskommission der NSZZ »Solidarność« (I Komisja Krajowa NSZZ »Solidarność«) zu nennen, in der neben 105 Männern lediglich zwei Frauen – Alicja Matuszewska und Grażyna Przybylska-Wendt – saßen.¹²⁰ Verglichen mit dem Frauenanteil in der Gewerkschaft sind diese Quoten äußerst niedrig und ähneln vielmehr denjenigen in den Führungsgremien der PZPR, wo Frauen in den obersten Positionen mit 8 % ebenfalls nur spärlich vertreten waren.¹²¹ Die anderen (offiziellen) Gewerkschaften wiesen in den 1970er und 1980er Jahren hingegen einen höheren Frauenanteil in Führungsgremien auf, hatten aber kaum politischen Entscheidungsspielraum.¹²² Hier zeigt sich das typische Phänomen, dass Frauenanteil und Einfluss negativ korrelierten.

Die Gründe für diese im Vergleich zur Mitgliederzahl geringe Repräsentation von Frauen sind in den innerhalb der Gewerkschaft weitverbreiteten »traditionellen« Geschlechternarrativen zu suchen – unter Männern, aber auch unter Frauen. Die Frauen der Solidarność identifizierten sich selbst nur selten über die Kategorie »Geschlecht«; spezifisch frauenpolitische Forderungen fanden sich kaum. Den beteiligten Aktivistinnen schienen der gemeinsame Kampf gegen das Regime und die Unterordnung unter die »nationale Sache« wichtiger als geschlechterspezifische Anliegen.¹²³ Zudem war die »Frauenfrage« aufgrund der vermeintlichen Emanzipation und Bevorzugung von Frauen durch das Regime in den Augen großer Teile der Opposition diskreditiert, da Polinnen aufgrund der vielen familienpolitischen Leistungen als Nutznießerinnen und damit als Verbündete des sozialistischen Staates galten.¹²⁴

Zugleich waren sich führende Oppositionsmitglieder mit der Regierung einig in ihrer weitgehenden Identifizierung von Frauen als Mütter,¹²⁵ was sich beispielsweise an den sogenannten Hungermärschen vom Sommer 1981 nachvollziehen lässt. An diesen Demonstrationen nahmen vor allem Frauen teil – vielfach in Begleitung ihrer Kinder – und forderten eine bessere Lebensmittelversorgung für ihre Familien. Diese Proteste waren indes primär von der männerdominierten Führung der Solidarność geplant worden; auf weitergehende politische Forderungen sollte dabei verzichtet werden, sodass Małgorzata Fidelis zu der pointierten Schlussfolgerung kommt: »Like the communist leaders before them, they learned to manipulate gender roles for political gains.«¹²⁶ Die Führungsriege der Gewerkschaft wusste, dass es das Regime nicht wagen würde, gewaltlos gegen Frauen vorzugehen.¹²⁷ Frauen wurden auf diese Weise entpolitisiert, indem

120 Kamiński: Solidarność, S. 311.

121 Jarska/Perkowski: *Kobiety*, S. 237; Polska Zjednoczona Partia Robotnicza. Komitet Centralny w Warszawie. *Wydział Społeczno-Zawodowy: Dekada ONZ (UN). 1975–1985*, AAN: Sig. 2/1354/0/2.4.3/XLII139, hier: United Nations, S. 17.

122 Siemieńska: 1980 Crisis, S. 336f.

123 Kraft: Paradoxien der Emanzipation, S. 399.

124 Ebd., S. 391.

125 Seiler: Weiblichkeit, S. 59.

126 Fidelis: *Women*, S. 248.

127 Hier zeigt sich eine Parallele zu den 2020 initiierten Protesten in Belarus, wo Frauen vonseiten des Sicherheitsapparats zunächst ebenfalls weniger gewaltsam angegriffen wurde. Dies änderte sich

sie einerseits explizit für die Versorgung der Familie demonstrieren sollten, d. h. für ihren ›natürlichen‹ Zuständigkeitsbereich, und andererseits weil der Machtapparat nicht wusste, wie er mit demonstrierenden Frauen umzugehen hatte. Dass die Opposition damit äußerst erfolgreich war, zeigt sich in einem Gespräch zwischen Leonid Il'ič Brežnev und Erich Honecker vom 3. August 1981, in dem ersterer die Hungermärsche der Frauen mit Kindern als Beispiel für die angespannte politische Lage in der Volksrepublik hervorhob und deshalb ein sehr ernstes Gespräch mit Kania und Jaruzelski zu führen beabsichtigte. Auch Honecker betonte die Gefahr dieser Bilder, die sich »unsere Bürger« im Westfernsehen anschauen könnten.¹²⁸ Seine Befürchtung war wohl, dass die Streiks und Demonstrationen in die DDR überschwappen könnten.

Dass auch die PZPR bzw. WRON oppositionelle Frauen nur bedingt politisch ernst nahmen, zeigte sich auch nach der Ausrufung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981. Während nach Zahlen von Kozłowski und Olaszek 9.736 Männer interniert wurden, seien es »nur« 1.008 Frauen gewesen, was 11,55 % entsprach.¹²⁹ Die beiden Autoren berufen sich hier auf Notizen des schlesischen Büros des Innenministeriums. Zu etwas anderen Ergebnissen kommt Andrew Świdlicki, der sich auf Daten des *Tygodnik Mazowsze* aus dem Jahr 1982 stützt und von 7.000 Personen spricht, die eine Gefängnisstrafe zu erwarten hätten. Darunter seien 400 Frauen gewesen, was einem Anteil von rund 5,7 % entspreche (Stand: Oktober 1982).¹³⁰ Generell sind diese Zahlen mit Vorsicht zu genießen, doch zeigen sie ganz deutlich, dass Frauen unter den von staatlicher Seite Verhafteten bzw. Internierten unterrepräsentiert waren. Ferner wurden gegen Frauen geringere Strafen verhängt und sie wurden oft frühzeitig entlassen.¹³¹ Auch daran zeigt sich, dass sie als politische Akteure nicht völlig ernst genommen wurden – und sei es, wie in diesem Fall, zu ihrem Vorteil.

Betrachtet man die Führungsebene der Gewerkschaft im Untergrund nach dem Dezember 1981, so wird deutlich, dass sich an der Nicht- bzw. Unterrepräsentation von Frauen auch nach der Ausrufung des Kriegsrechts nichts geändert hatte.¹³² Dies ist insofern bemerkenswert, als die Bedeutung von Frauen bei der Aufrechterhaltung der Oppositionsarbeit im Untergrund noch wuchs.¹³³ Anna Reading analysiert in ihrer Monografie das von April bis Dezember 1981 aktive Presseorgan der Gewerkschaft *Tygodnik Solidarność*. Sie kommt zu dem Schluss, dass Frauen dort ausschließlich in ihrer Rolle als Mutter vorgekommen seien und die Zeitschrift vor sexistischen Witzen nur so gestrotzt habe. Zudem wurden hier Bilder von ›unweiblichen‹ und als hässlich dargestellten Arbeiter:innen präsentiert, d. h. es wurde suggeriert, der Kommunismus habe die Frau kor-

allerdings, je länger die Proteste andauerten. Vgl. dazu: Bota, Alice: Die Frauen von Belarus. Von Revolution, Mut und dem Drang nach Freiheit. Berlin 2021.

128 Paczkowski/Byrne: 1980–1981, S. 331f.

129 Kozłowski, Tomasz/Olaszek, Jan: Internowani w stanie wojennym: Dane statystyczne, in: *Pamięć i Sprawiedliwość* Vol. 16 (2/2010), S. 507–510, hier: S. 509.

130 Świdlicki, Andrew: Mechanisms of repression in Poland during martial law, in: *The Polish Review* Vol. 29 (1,2/1984), S. 97–126, hier: S. 99.

131 Kamiński: *Solidarność*, S. 311f.

132 Ebd.

133 Vgl. Penn: *Solidarity's Secret*.

rumpiert und entstellt.¹³⁴ Generell waren es oft »verdorbene Frauen«, die in diesen Veröffentlichungen das Negativbild des Kommunismus verkörperten.¹³⁵ Der generelle Sexismus in der Zeitung war allerdings keine Besonderheit der Gewerkschaft, vielmehr ähnelt er dem der PZPR.¹³⁶ Gleiches gilt für die symbolische Abkehr von der sozialistischen Arbeiterin. Der Unterschied liegt lediglich in der antikommunistischen Stoßrichtung der Zeitung. An dem Beispiel zeigt sich deutlich, warum es für die PZPR machtpolitisch von Vorteil war, sich selbst ebenfalls vom sozialistischen Emanzipationsversprechen zu verabschieden, schienen sie doch in weiten Kreisen der Opposition völlig diskreditiert zu sein.

Parallelen zwischen Regierung und Opposition zeigen sich auch bei der Frage der Entlohnung von Arbeit. So wie der Staat männlich konnotierte Arbeit (etwa in der Schwerindustrie) besser bezahlte, war auch die Opposition eher bereit, körperlich arbeitende männliche Untergrunddrucker für ihre Tätigkeit zu entlohnen, nicht jedoch ebenso hart (aber i. d. R. eben nicht körperlich) arbeitende Frauen.¹³⁷

Noch deutlicher lassen sich die Geschlechternarrative innerhalb der *Solidarność* anhand von Interviews mit Aktivistinnen rekonstruieren. So hat Ewa Malinowska 20 qualitative Interviews mit führenden Protagonistinnen der Gewerkschaft geführt und diese zu den Machtverhältnissen in der Gewerkschaft und zu Diskriminierungen von Frauen befragt. Diese Quellen geben den subjektiven Eindruck der befragten Frauen wieder, was keinesfalls gegen die Aussagekraft dieser Interviews spricht, zumal gerade die persönliche Wahrnehmung dieser Aktivistinnen viel über die Machtverteilung in der Gewerkschaft verrät und zugleich erkennen lässt, wie ähnlich viele der Befragten die Situation wahrnahmen.

Die Interviews machen zunächst deutlich, dass der Großteil der Befragten die patriarchale Machtverteilung innerhalb der *Solidarność* sah und oftmals verteidigte. Eines der Argumente – insbesondere von der katholischen Kirche nahestehenden Aktivistinnen – lautete, dass das patriarchale Modell gut für die Gesellschaft sei und zudem die breiteste Unterstützung genieße. In der Folge spiegele die Machtverteilung innerhalb der Gewerkschaft lediglich die gesellschaftliche Realität.¹³⁸ Ein Großteil der Aktivistinnen akzeptierte ihren Männern untergeordnete Stellung, sei es, weil sie diese positiv bewerteten oder nicht als Störenfriede wahrgenommen werden wollten. Schließlich wurde die operative Rolle im Hintergrund von vielen als befriedigend und zufriedenstellend beschrieben.¹³⁹ Beachtenswert ist hierbei, dass Aktivistinnen, wenn sie sich gegen diese Rolle wehrten, nicht selten auf harten Widerstand von Männern stießen. Dies beschreibt beispielsweise Barbara Labuda, die nach 1989 in den Sejm einzog und unter Kwaśniewski als Ministerin und später Botschafterin diente. Sie berichtet, dass sie aufgrund ihrer

134 Reading: Polish Women, S. 67f.

135 Ebd., S. 58f.

136 Dies soll den Sexismus nicht kleinreden, sondern vielmehr verdeutlichen, dass dies ein verbreitetes Phänomen in vielen politischen Bewegungen und Parlamenten war (und ist).

137 Peters: Schocktherapie, S. 193.

138 Malinowska, Ewa: Świadomość feministyczna kobiecej awangardy ruchu społecznego »Solidarność« – początek drogi do I Kongresu Kobiet w Polsce, in: *Przegląd Socjologiczny* Vol. 59 (3/2010), S. 9–32, hier: S. 13.

139 Ebd., S. 15f.

exponierten Stellung und ihres Einsatzes als machthungrig beschrieben wurde. Ferner kritisiert sie grundsätzlich, dass ein Großteil der Arbeit von Frauen getragen worden sei, diese aber in höheren Positionen kaum vertreten waren.¹⁴⁰

Auch wenn die Aktivistinnen die Situation von Frauen in der Gewerkschaft generell sowie ihre eigene im Speziellen unterschiedlich bewerten, so wird doch deutlich, dass sich nur wenige von ihnen mit ›Frauenfragen‹ oder Geschlechtergleichheit beschäftigten; häufig mit der Begründung, der Kampf um Freiheit hänge nicht mit dem Geschlecht zusammen. Dies wird symptomatisch an einem Interview deutlich, dass Krzysztof Wyszowski,¹⁴¹ seinerzeit Redakteur beim *Tygodnik Solidarność*, mit Elżbieta Potrykus führte. Sie war die einzige Frau in der Landesverständigungskommission (Krajowa Komisja Porozumiewawcza, KKP) und damit in exponierter Stellung.¹⁴² Potrykus betont, dass sie als Frau nicht anders behandelt werden sollte als Männer und dass es Frauen am meisten helfen würde, wenn die Versorgungsprobleme und das damit verbundene ›Schlangestehen‹ ein Ende fänden. Zudem könne die *Solidarność* nicht viel an den Problemen ›der Frauen‹ ändern, da diese in deren Natur und der Kultur begründet seien. Lediglich für eine bessere Gesundheitsversorgung und eine qualitativ hochwertigere, öffentliche Kinderbetreuung könne sich die Gewerkschaft einsetzen. Als Wyszowski Potrykus schließlich fragt, ob es denn nicht sinnvoll sei, eine »Frauenabteilung« innerhalb der *Solidarność* zu gründen, wehrt sie dies mit der Begründung ab, Frauen könnten sich jederzeit beteiligen, sie wollten nur nicht. Sowohl Wyszowski als auch Potrykus machen sehr deutlich, dass Haushalt und Kindererziehung die Aufgabe von Frauen seien.¹⁴³ Beide sehen diese Rollenverteilung als völlig ›natürlich‹ an, was wiederum das Fazit von Malinowska bestätigt, die auf Grundlage ihrer Interviews zu dem Schluss kommt, dass die Frauen der *Solidarność* die Diskriminierung von Frauen innerhalb wie außerhalb der Gewerkschaft kaum wahrgenommen hätten. Der Grund dafür, warum sich die Gewerkschaft nicht für Frauenrechte eingesetzt habe, liege darin, dass viele das »Problem der Gleichstellung« für überschätzt hielten und der konservative Teil, zu dem auch die Führung der *Solidarność* gehörte, davon nichts wissen wollte.¹⁴⁴

Dies bestätigt sich auch anhand meines Interviews mit Hanka Grupińska. Die *Solidarność*-Aktivistin und Mitbegründerin der oppositionellen (und illegalen) Zeitschrift *Czas Kultury* betonte mir gegenüber, dass in der Gewerkschaft die Männer die Entscheidungen getroffen hätten. Zudem habe es eine Rollenaufteilung gegeben, aber diese sei freiwillig gewesen. Zugleich hebt sie hervor, wie befremdet sie gewesen sei, als sie 1989 begann, für Shana Penn¹⁴⁵ als Dolmetscherin bzw. Übersetzerin zu arbeiten. Deren Ansatz, die oppositionellen Aktivist:innen in Frauen und Männer zu trennen, sei für sie

140 Ebd., S. 18.

141 Wyszowski erlangte nicht zuletzt deshalb Bekanntheit, da er zwischen 2005 und 2021 einen Rechtsstreit mit Wałęsa um die Frage geführt hatte, ob dieser mit dem SB kollaboriert habe.

142 Diese ging ab Oktober 1981 in der bereits genannten »Landeskommission« (Komisja Krajowa, KK) auf, in der zwei Frauen vertreten waren.

143 Wyszowski, Krzysztof: Spruć i przerobić. Interview mit Elżbieta Potrykus, in: *Tygodnik Solidarność* Nr. 9 vom 29.5.1981, S. 15.

144 Ebd., S. 15f.

145 Penn ist Autorin des bereits erwähnten Buches zur Rolle von Frauen in der *Solidarność*. Vgl. Penn: *Solidarity's Secret*.

»schockierend« gewesen, da es aus ihrer Sicht keine Geschlechtertrennung gegeben habe.¹⁴⁶

Diese Aussagen decken sich mit den Erkenntnissen der Soziologin Renata Siemieńska. Ihr zufolge scheiterten Versuche zur Gründung einer feministischen Organisation zu Beginn der 1980er Jahre am mangelnden Interesse der Frauen selbst.¹⁴⁷ Viele der Frauen seien sich ihres beschränkten Zugangs zu Führungspositionen zwar bewusst gewesen, doch habe dies nicht dazu geführt, dass sich die Frauen diskriminiert gefühlt hätten. Die Soziologin verweist ferner auf eine Umfrage vom März 1980, in der über 70 % der Befragten (weitgehend unabhängig vom Geschlecht) angaben, dass sich die Regierung zufriedenstellend um die Gleichstellung der Geschlechter kümmere – bei keinem anderen der abgefragten Themengebiete war die Zustimmung derart hoch.¹⁴⁸ Diese Zufriedenheit zeigt, dass die PZPR mit ihrer konservativen Wende in der Geschlechterpolitik durchaus auf Akzeptanz stieß und damit ihr Ziel, sie zur Herrschaftslegitimation zu nutzen, erreichen konnte. Siemieńska betont weiter, dass selbst die Ereignisse ab 1980 keine stärkere politische Partizipation von Frauen nach sich gezogen hätten. Dies läge allerdings nicht ausschließlich an deren mangelndem Interesse, sondern auch an einer fehlenden Lobby für Frauen.¹⁴⁹

Decken sich die Erkenntnisse Siemieńskas in vielerlei Hinsicht mit den Interviews Malinowskas, so wird dennoch deutlich, dass sie in Teilen das patriarchale Frauenbild reproduziert. So beschreibt sie oft die Situation von Polinnen zu Beginn der 1980er Jahre, ohne nach den strukturellen Ursachen zu fragen. Dies zeigt sich beispielsweise, wenn sie davon spricht, dass Frauen eher nicht bereit seien, Verantwortung bei schwierigen Themen zu übernehmen.¹⁵⁰ Es fehlt an einer Analyse der Ursachen, wie etwa die mangelnde Zeit von Frauen angesichts stundenlangen Schlängestehens mit Essensmarken. Sie waren diejenigen, die zahlreiche Geschäfte aufsuchten, um die Familie zu versorgen. Begründet wurde diese Verantwortlichkeit damit, dass Frauen die Zeit für »so etwas« hätten und über die »richtige Intuition«¹⁵¹ verfügen würden.¹⁵² Diese weitere Aufgabe machte es den Polinnen in Kombination mit der zunehmenden Essentialisierung und Entpolitisierung durch Kirche, Solidarność und Partei doppelt schwer, sich im engeren Sinne politisch zu engagieren. Zudem widersprechen die vielfachen politischen Tätigkeiten von Frauen in der Solidarność der Schlussfolgerung Siemieńskas, die Frauen politische Passivität attestiert. Vielmehr (re)konstruiert die Soziologin hier ein Geschlechterbild, das vor allem Geschlechterdifferenzen hervorhebt sowie Männern eine politische (öffentliche) und Frauen eine unpolitische (private) häusliche Identität zuspricht.¹⁵³

146 Interview mit Hanka Grupińska. Digital (23.2.2024), S. 2f.

147 Siemieńska: Political Participation, S. 337.

148 Ebd. S. 343.

149 Ebd., S. 344f.

150 Ebd., S. 340.

151 Es ist nicht völlig abwegig, anzunehmen, dass die meisten Männer diesem *mental load*, d. h. der ständigen Bewerkstelligung von Ehe, Familie, Arbeit und Haushalt sowie der damit einhergehenden mentalen (Über)Belastung gerne ausgewichen sind und deshalb von einer »fehlenden eigenen Intuition« sprachen.

152 Kenney: Resistance, S. 413.

153 Dies bedeutete keineswegs, dass sie ein solches Narrativ selbst auch verfiicht.

Wie wichtig und politisch die Rolle von Frauen in der Opposition tatsächlich war, belegen insbesondere einige der Interviews, die Shana Penn mit Protagonistinnen der Gewerkschaft geführt hat, z. B. die mit Helena Łuczywo und Ewa Kulik, welche im Untergrund die Zeitung *Tygodnik Mazowsze* – bis 1989 das wichtigste Medium der *Solidarność* – publiziert hatten.

Insgesamt zeigt sich, dass ›traditionelle‹ Geschlechternarrative in der *Solidarność* weitverbreitet waren. Frauen sollten im (privaten) Hintergrund agieren, Männer hingegen an ›vorderster Front‹. Dies war nicht zuletzt dem Umstand geschuldet, dass gerade der private Raum, d. h. Familienbeziehungen und Rollenverteilungen, explizit vor dem Zugriff der Politik geschützt werden sollten. Forderungen, wie sie in der zweiten Welle der Frauenbewegung ›im Westen‹ aufkamen (wie »Das Private ist politisch«), empfanden weite Teile der Opposition – auch der Frauen – als bedrohliches Szenario und keineswegs als erstrebenswertes Ziel.¹⁵⁴ Vielmehr wurde die Aufrechterhaltung traditioneller Rollen in der Familie gerade von Systemgegner:innen als Freiheit empfunden.¹⁵⁵ Zugleich war damit ›das Private‹ immer inhärent politisch; ein Umstand, der erneut auf das normative Fortwirken des *Matka Polka*-Narrativs in der Opposition verweist.

Hinzu kam, dass Frauen innerhalb der Opposition keine vermeintliche Sonderbehandlung anstrebten, sondern sich den vordringlicheren Zielen der Bewegung unterordneten. Gerade weil sie vonseiten des Regimes immer als eigenständige Gruppe konstruiert worden waren, die der Staat von oben herab definierte und ›bevorzugte‹, lehnten sie es ab, sich über ihr Geschlecht zu identifizieren. Faktisch führte dies dazu, dass Geschlechterfragen für sekundär oder gänzlich unwichtig befunden wurden.¹⁵⁶ Zugleich existierte ein dominierendes Geschlechternarrativ, das eine klare Trennung der Rollen von Frauen und Männern innerhalb der Gesellschaft auf Grundlage einer vermeintlich ›natürlichen‹ Ordnung vorsah, was sich auch in den geschlechterpolitischen Forderungen der *Solidarność* niederschlug.

Ein Beispiel dafür lässt sich in den Verhandlungen der Gewerkschaft mit dem Regime finden, aus denen das »Danziger Abkommen« (*Porozumienie Gdańskie*) hervorging. Punkt 14 beinhaltet die Forderung nach einer Absenkung des Rentenalters auf 55 Jahre (mind. 35 Jahre Arbeitsdauer) für Männer und auf 50 Jahre (mind. 30 Jahre Arbeitsdauer) für Frauen.¹⁵⁷ Diese Forderung stellt offensichtlich eine Ungleichbehandlung dar und erscheint angesichts der deutlich höheren Lebenserwartung von Frauen in der Volksrepublik unlogisch, welche 1980 für Polinnen bei 74,2 Jahren, bei Männern hingegen bei 65,8 Jahren lag.¹⁵⁸ Dies würde eine Rentenzeit von 24,2 Jahren für Frauen und

154 Kraft, Claudia: *Paradoxien der Emanzipation*, S. 392.

155 Ebd., S. 397.

156 Seiler: *Weiblichkeit*, S. 256f.

157 Protokół porozumienia zawartego przez Komisję Rządową i Międzyzakładowy Komitet Strajkowy w Gdańsku, in: Herder-Institut (Hg.): *Dokumente und Materialien zur ostmitteleuropäischen Geschichte. Themenmodul »Sowjetische Hegemonie in Ostmitteleuropa (1922–1991)«* bearb. von Guido Hausmann, Dimitri Tolkatsch, Jos Stübner. URL: <https://www.herder-institut.de/digitale-angebote/dokumente-und-materialien/themenmodule/quelle/1474/details/2220.html>. [Abgerufen: 07.04.2020].

158 World Bank: *Life expectancy at birth, female (years) and Life expectancy at birth, male (years)*. URL: <https://data.worldbank.org/indicator/SP.DYN.LE00.FE.IN?end=2021&locations=PL&start=1>

10,8 Jahren für Männer bedeuten. Für viele der damaligen Akteure war diese ›Vorzugsbehandlung‹ hingegen nur folgerichtig, da sie die Mehrbelastung durch Arbeit und Kinder widerspiegelte und zudem ›Großmutteraufgaben‹ erst ermöglichte. Polen stand damit auch keineswegs allein da. Vielmehr gab es in der DDR (und den meisten staatssozialistischen Staaten) unterschiedliche Renteneintrittsalter von 60 bzw. 65 Jahren und auch in der Bundesrepublik konnten Frauen bis 1999 (unter bestimmten Umständen) früher in Rente gehen. Letztlich führte dieses vermeintliche Privileg allerdings zu einer erneuten Marginalisierung und Zurücksetzung von Frauen im Bereich der Erwerbsarbeit, denn einerseits befanden sich insbesondere Personen aus dieser Altersgruppe kurz vor dem Renteneintritt in Führungspositionen, andererseits wurden Frauen damit erneut als (von der Norm abweichende) Gruppe konstruiert, deren primäre Aufgabe nicht im Arbeitsmarkt lag. Dies wird vor allem daran deutlich, dass für Polinnen im Ruhestand durchaus eine Aufgabe vorgesehen war: Sie sollten einen entscheidenden Beitrag zur Kinderbetreuung und -erziehung leisten. Diese Betreuung durch ›die Großmutter‹ wurde auch von meinen Interviewpartnerinnen wiederholt hervorgehoben und war oft unverzichtbar, zumal keine andere Kinderbetreuung vorhanden war.¹⁵⁹ Sie war auch nach dem Ende der Volksrepublik die Norm und wird noch Thema sein. Diesem Modell spricht erneut ein Geschlechterbild, das Männer primär mit entlohnter Erwerbsarbeit und Frauen mit unbezahlter Care-Arbeit assoziiert.

Ein weiterer diskussionswürdiger Punkt des »Danziger Abkommens« ist die Forderung nach Einführung eines bezahlten Mutterschaftsurlaubs (*urlop macierzyński*) von drei Jahren zwecks Kindererziehung. Diese Forderung, der die Regierung zustimmte und die ab 1981 eingeführt wurde, wird in ihren sozioökonomischen Folgen noch zu diskutieren sein. Festzuhalten bleibt zunächst, dass die Gewerkschaft diese berufliche Auszeit ausschließlich für Mütter forderte. Es finden sich keine Überlegungen, eine irgendwie geartete Kinderbetreuungszeit für Väter zu ermöglichen.¹⁶⁰ Seitens der Regierung gab es ebenfalls keine anderslautenden Überlegungen. Damit zeigt sich sehr deutlich, dass ausschließlich Frauen für die Care-Arbeit und folglich den privaten Raum vorgesehen waren. Die *Solidarność* setzte sich – ganz wie die Regierung – für eine Segregation der Gesellschaft anhand von Geschlechtergrenzen ein. Hierbei ist zu betonen, dass sich die Volksrepublik Polen mit diesem Gesellschaftsmodell keineswegs abgrenzte, vielmehr gab es in den 1980er Jahren weder in den staatssozialistischen noch in den marktwirtschaftlichen Ländern eine bezahlte Elternzeit für Väter – mit der Ausnahme von Schweden, wo bereits seit 1974 eine Elternzeit unabhängig vom Geschlecht existiert. Was in der Volksrepublik allerdings bemerkenswert war, ist die Forderung nach drei Jahren bezahlter Elternzeit und deren Umsetzung. Eine derartige finanzielle Förderung (zwischen 50 und 100 % des vorherigen Gehalts in Abhängigkeit vom Gesamteinkommen der Familie) ab dem ersten Kind ist einmalig.¹⁶¹ Dies hatte eine strukturelle Ungleichbehandlung

960&view=chart(female) und [https://data.worldbank.org/indicator/SP.DYN.LE00.MA.IN?end=2021&locations=PL&start=1960&view=chart\(male\)](https://data.worldbank.org/indicator/SP.DYN.LE00.MA.IN?end=2021&locations=PL&start=1960&view=chart(male)) [Abgerufen: 03.11.2023].

159 Vgl. Interview mit Zuzanna Kamińska (Pseudonym). Berlin (6.1.2023), S. 4.

160 Protokół porozumienia w Gdańsku.

161 Interessant sind in diesem Zusammenhang die Parallelen zwischen der deutschen Debatte in den 1980er und 1990er Jahren – insbesondere innerhalb der Christdemokratischen Partei – und der Debatte in Polen. Auch andere staatssozialistische Länder führten in den 1970er und 1980er Jahren

im Bereich der Arbeit zur Folge, die in Erwerbsmärkten zur Benachteiligung von Frauen führen musste (und sollte). Allerdings soll nicht verschwiegen werden, dass die Gewerkschaft auch die Forderung nach »ausreichenden Krippen- und Kindergartenplätzen« für berufstätige Mütter aufstellte; staatliche Kinderbetreuung wurde also als notwendig erachtet. Wenig überraschend ist wiederum, dass es sich scheinbar lediglich um die Kinder von Müttern handelte, da Väter nicht erwähnt wurden.¹⁶² Entlarvend für die Geschlechterpolitik der PZPR war wiederum, dass diese (im Gegensatz zum bereits diskutierten Ausbau der Elternzeit) auf diese Forderung der *Solidarność* nicht einging.¹⁶³ Letztlich lässt sich festhalten, dass die *Solidarność* (insgesamt) ebenfalls Care-Arbeit als primäre Aufgabe von Frauen sah und Erwerbsarbeit nur Ergänzung und in ›Frauenberufen‹ stattfinden sollte.

Katholische Kirche

Ein weiterer machtvoller Akteur war die katholische Kirche. So war die PZPR seit der Wahl von Karol Wojtyła im Oktober 1978 zum Papst verstärkt gezwungen, mit der Kirche zu kooperieren. Dies zeigt sich nicht zuletzt am Treffen Edward Giereks mit Kardinal Wyszyński im Januar 1979, um den Besuch des neuen Papstes im Juni 1979 in Polen zu planen.¹⁶⁴ Ein Treffen des ersten Sekretärs einer kommunistischen Partei mit einem Kardinal wäre in anderen sozialistischen Staaten undenkbar gewesen und unterstreicht die Machtstellung der katholischen Kirche in Polen zu dieser Zeit. In Bezug auf die Streikwelle 1980 war die Politik des polnischen Episkopats durchaus ambivalent. Einerseits unterstützte die Kirche die Protestierenden und die im Entstehen begriffene *Solidarność*, andererseits war insbesondere Wyszyński besorgt, dass die Proteste eskalieren und die Sowjetunion in der Folge militärisch eingreifen könnte. Nach einem Gespräch mit Gierek am 26. August 1980 forderte der Kardinal die Protestierenden zu Geduld und Zurückhaltung auf, was unter selbigen teilweise Unmut hervorrief.¹⁶⁵

Ihrer öffentlichen Unterstützung der Opposition zum Trotz nahm die Kirche eine gemäßigte Rolle ein. Auch nach dem Tod Wyszyńskis versuchte sein Nachfolger Józef Glemp weiterhin zu vermitteln. Selbst nachdem Jaruzelski am 17. Oktober 1981 die Macht in der PZPR übernommen hatte, trafen sich Glemp, Jaruzelski und Wałęsa zu Gesprächen. Nach der Ausrufung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 stellte sich die Kirche zwar demonstrativ auf die Seite der Opposition, blieb aber in einer vermittelnden Position und war die einzige unabhängige Institution, die nicht direkt vom Staat ange-

ein Erziehungsgeld ein, so etwa die Tschechoslowakei im Zuge der sogenannten Normalisierung (*Normalizace/sk. Normalizácia*) nach der Niederschlagung des Prager Frühlings. Allerdings wurde dies i. d. R. erst ab dem zweiten Kind bezahlt und lag niedriger. Vgl. dazu: Kondrat, Władysław: *Sytuacja demograficzna w europejskich krajach socjalistycznych*. Warszawa 1989, S. 39.

162 Trembicka, Krystyna/Bachrynowski, Szymon: Dokumenty i źródła. 21 postulatów Międzyzakładowego Komitetu Strajkowego w Gdańsku, in: *Myśl Polityczna/Political Thought* Vol. 3 (4/2020), S. 115–134, hier: S. 132.

163 Perkowski: *Welfare*, S. 476.

164 Eisler: *Months*, S. 163.

165 Ebd., S. 166.

griffen wurde.¹⁶⁶ Dies führte dazu, dass sie eine Machtfülle erreichte wie nie zuvor seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Die katholische Kirche genoss die Unterstützung eines Großteils der Bevölkerung – selbst unter bisher kirchenfernen Menschen –, während sie zugleich einen großen Einfluss auf die staatlichen Autoritäten ausübte.¹⁶⁷ Wichtig ist dabei zu betonen, dass es für viele Pol:innen keinerlei Widerspruch zwischen dem sozialistischen und dem katholischen Wertekanon gab, vor allem nicht in ökonomischen Fragen.¹⁶⁸

Umso bedeutender ist es also, sich mit den Geschlechternarrativen der katholischen Kirche in Polen zu beschäftigen. Von besonderem Interesse sind dabei geschlechterspezifische Forderungen, die im Zuge des politischen und ökonomischen Krisendiskurses zu Beginn der 1980er Jahre erhoben und zu ihm in Bezug gesetzt wurden. Grundsätzlich forderte die Kirche immer offensiver die Abkehr vom »Irrweg« der Frauenemanzipation, da diese die heilige Rolle der Frau als Mutter infrage stelle. Konsequenterweise ging mit der dogmatisch begründeten Ablehnung von Frauenarbeit auch eine strikte Ablehnung der Empfängnisverhütung und des Rechts auf Schwangerschaftsabbruch einher.¹⁶⁹ Dies wurde nicht zuletzt mit der sogenannten demografischen Krise begründet, in der sich Polen seit den 1970er Jahren befanden und die zu einem Verschwinden der polnischen Nation führen könne.¹⁷⁰ Auch in diesem Punkt herrschte große Einigkeit mit der PZPR.

In der bereits erwähnten Rede des Primas der polnischen Bischöfe, Kardinal Wyszyński, vom 26. August 1980 – also im Zuge der Streiks in Gdańsk – spricht dieser neben der Aufforderung an die Protestierenden, sich in Zurückhaltung zu üben, viel über die »natürliche« Geschlechterordnung. Zunächst betont er das Primat der Familie, auf die sich der gesamte Staat mit aller Kraft auszurichten habe. Daraus folge auch die Förderung und Garantie »des Lebens« oder – anders gesprochen – eine Ablehnung von Schwangerschaftsabbrüchen. Beide Punkte sind für ihn eng mit der Bewahrung der polnischen Nation verbunden, womit er ganz auf einer Linie mit der vonseiten der PZPR kolportierten Argumentation ist. Die Familie müsse zudem vor »Experimenten« bewahrt werden, um – gerade in Krisenzeiten – den »Frieden am häuslichen Herd« zu schützen. Schließlich geht Wyszyński explizit auf die Rolle von Frauen und Männern in der Arbeitswelt ein. Er betont, dass es Aufgaben in der Familie gebe, die nur die Mutter und nicht der Vater erfüllen könne, wohingegen es Aufgaben des Vaters (außerhalb der Familie) gebe, die wiederum nicht von der Mutter erfüllt werden könnten.¹⁷¹ Diese Position hatte der 1948 zum Primas von Polen und 1953 zum Kardinal ernannte Wyszyński bereits in den 1950er Jahren vertreten, als er sich im Zuge der stalinistischen Arbeitsmarktpolitik entschieden gegen gleiche Arbeitsplätze für Männer und Frauen

166 Ebd., S. 168.

167 Ebd., S. 170.

168 Peters: Schocktherapie, S. 65f.

169 Stegmann, Natali: Die Aufwertung der Familie in der Volksrepublik Polen der siebziger Jahre, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* Vol. 53 (4/2005), S. 526–544, hier: S. 540f.

170 Zok: Poland, S. 43.

171 Wyszyński, Kardinal Stefan: Predigt von Kardinal Stefan Wyszyński im Kloster Jasna Góra, 26.8.1980, in: Hermann Volle/Wolfgang Wagner (Hg.): *Krise in Polen. Vom Sommer 80 zum Winter 81*. Bonn 1982, S. 131–134, hier: S. 132f.

eingesetzt hatte.¹⁷² Diese naturalistischen Geschlechternarrative des Kardinals wirken auf den ersten Blick nicht überraschend, entsprechen sie doch in weiten Teilen der gängigen Lehre der katholischen Kirche.¹⁷³ Interessant ist vielmehr, welchen Stellenwert er ihnen in der Krise ab 1980 zuspricht. Wyszyński nennt drei grundsätzliche Aspekte in Hinblick auf Staat und Gesellschaft, die in dieser Situation für alle Christ:innen eine Pflicht seien. So sei es die Aufgabe aller – auch explizit staatlicher Stellen –, die Aufrechterhaltung der »religiös-moralischen Ordnung im Leben der Nation« zu gewährleisten. Unter dieser Pflicht versteht Wyszyński die Wahrung der Unabhängigkeit der polnischen Nation, wobei er betont, dass in Polen vor allem Ordnung herrschen müsse und nicht alle (politischen) Bedürfnisse sofort befriedigt werden könnten.¹⁷⁴ In diesem Sinne warnt er die Oppositionsbewegung vor allzu radikalen Forderungen um den Preis einer möglichen sowjetischen Invasion und bewegt sich damit erstaunlich nahe an der nachträglichen Rechtfertigung des Kriegsrechts durch Jaruzelski.¹⁷⁵ Als weitere Aspekte und Pflichten nennt er die bereits erwähnten Bereiche der Familie und des beruflich-gesellschaftlichen Raums, die sich ebenfalls an die »natürliche Ordnung« zu halten hätten, um den Staat nicht zu gefährden. Alle drei Aspekte bildeten aus seiner Sicht Grundpfeiler der (katholischen) polnischen Nation, d. h. wer an der Geschlechterordnung rüttelte, rüttelte an Polen. Auf diese Weise erklärt er eine Geschlechterpolitik, die auf eine Gleichbehandlung im Erwerbsmarkt oder im Care-Bereich abzielt, faktisch für unvereinbar mit der katholischen Lehre. Nicht zuletzt wird deutlich, dass der Kardinal bereit ist, den Status quo in der Volksrepublik im Grundsatz zu akzeptieren, solange die PZPR keine Politik gegen die katholische Lehre betreibt.

Diese Punkte sind wesentlich, um zu verstehen, warum die stark vom Katholizismus geprägte Opposition von Forderungen nach einer Gleichstellung der Geschlechter Abstand nahm. Es wird deutlich, warum es vor allem katholische Aktivistinnen schwer hatten, wenn sie entgegen den herrschenden Geschlechternarrativen agierten, die auf der einen Seite einen öffentlich-politischen Raum für Männer und auf der anderen Seite einen privaten, allerdings nicht unbedingt dezidiert unpolitischen Raum für Frauen vorsahen.

Zeigen sich in dieser Rede Wyszyńskis sehr deutlich die von der Kirche konstruierten Geschlechterrollen, so möchte ich im Folgenden die Position selbiger zur geschlechterspezifischen Aufteilung von Arbeit noch detaillierter analysieren. Hierbei ist die Enzyklika *Laborem exercens*¹⁷⁶ von Papst Johannes Paul II. von zentraler Bedeutung. Diese am 14. September 1981 publizierte Sozialenzyklika verfasste der Papst nicht zuletzt zur Unterstützung der *Solidarność*. Zugleich finden sich hier einige eindeutige Erläuterungen bezüglich der Rolle von Frauen und Männern in der Gesellschaft – insbesondere im Bereich der Arbeit. So betont der polnische Papst die »drückende Last«, die Frauen mit Haushalt und Kindererziehung trügen. Gleichzeitig seien diese Lasten auch Ausdruck

172 Stegmann: Aufwertung, S. 526.

173 Vgl. Jagielska, Anna: Weiblichkeitsdiskurs in Vatikanischen Verlautbarungen (1880–2015). Hamburg 2019.

174 Vgl. Wyszyński: Predigt.

175 Eisler: Months, S. 166f.

176 Johannes Paul II.: *Laborem Exercens*.

menschlicher und in diesem Fall weiblicher Würde.¹⁷⁷ Schöpften Frauen ihre Würde somit primär aus ihrer Rolle als Mutter, würde umgekehrt ein Ende dieser »Bürde« der Care-Arbeit ihnen auch ihre Würde nehmen. Die Sozialcharta Johannes Pauls II. steht ganz in der Tradition einer Zweiteilung in einen privaten (weiblichen) und einen öffentlichen (männlichen) Raum. Dies schlug sich in konkreten geschlechterpolitischen Forderungen nieder, wie etwa der, dass der männliche Familienvorstand genug verdienen müsse, damit die Gattin nicht gezwungen sei, außer Haus zu arbeiten. Sollte dies nicht möglich sein, müsse es Sozialleistungen für die betreuende Mutter geben. Dies wird folgendermaßen begründet:

»Der notgedrungene Verzicht auf die Erfüllung dieser Aufgaben um eines außerhäuslichen Verdienstes willen ist im Hinblick auf das Wohl der Gesellschaft und der Familie unrecht, wenn er jenen vorrangigen Zielen der Mutterschaft widerspricht oder sie erschwert.«¹⁷⁸

Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass Frauen in fast allen Ländern der Welt erwerbstätig sind, legt die Enzyklika großen Wert darauf, dass dies zumindest »ihrem eigenen Wesen gemäß« geschehe, sie nicht zum »Aufgeben ihrer Eigenheit« zwingen oder »zum Schaden der Familie« erfolge.¹⁷⁹

Betrachtet man umgekehrt, welche Rolle Männern und insbesondere Vätern zugeschrieben wird, so findet sich nur wenig Explizites. Es ist lediglich der bereits erwähnte Hinweis auf dessen »natürliche« Aufgabe zu finden, einer Arbeit außerhalb des Haushaltes nachzugehen, was nicht verwunderlich ist, gilt doch der arbeitende Mann in der katholischen Soziallehre als Norm. Seine Rolle muss nicht erst definiert oder begründet werden. Aufschlussreich ist ferner, dass von Vätern und ihrer möglichen Rolle in der Familie nicht ein einziges Mal die Rede ist. Der Begriff »Vater« kommt in der Enzyklika nur als Synonym für Gott vor.

Zu diesen für alle Katholik:innen gültigen Geschlechternormen kommt ein Gesichtspunkt hinzu, der für den polnischen Kontext spezifisch ist, nämlich die besondere Ausprägung des Marienkultes, des *Matka Polka*-Mythos, der die »natürliche« Ordnung der Geschlechter mit der nationalen Frage verknüpft. In diesem Zusammenhang ist das Buch von Joanna Staśkiewicz interessant, in dem sie untersucht, warum es in Polen nach 1989 keine katholische Frauenbewegung gab bzw. bis heute nicht gibt. Sie kommt zu dem Schluss, dass sich katholische Frauenorganisationen in Polen sehr nahe an der Position der Amtskirche bewegten, letztere in Geschlechterfragen aber noch deutlich konservativer als der Vatikan (gewesen) sei.¹⁸⁰ Generell versteht die Autorin die Marginalisierung liberaler oder gar feministischer Strömungen in der theologischen Debatte in Polen als Problem sowie als ursächlich für deren konservative Ausrichtung in Geschlechterfra-

177 Ebd., S. 14f.

178 Ebd., S. 32.

179 Ebd.

180 Vgl. dazu: Staśkiewicz: Katholische Frauenbewegung.

gen.¹⁸¹ Vor allem aber verhindere der polnische Marienkult eine wirkliche Gleichberechtigung von Frauen, da er einerseits ein unerreichbares Ideal darstelle und andererseits die Illusion einer herausragenden Frauenrolle schaffe. Zudem betont sie bezüglich der Rolle von Frauen in der katholischen Kirche:

»Die Verknüpfung des rituellen (Volks-)Katholizismus mit der katholisch-nationalen Frauenrolle, die Ablehnung des liberalen Feminismus in katholischen Kreisen sowie das Fehlen einer kritischen Theologie scheinen eine Blockade zu bilden, welche die Entstehung einer katholisch-emanzipatorischen Bewegung bis heute erschwert.«¹⁸²

Staškiewicz untersucht zwar den Zeitraum nach 1989, doch gilt ihr Fazit, dass es in Polen schwer war, gleichzeitig katholisch zu sein und sich für eine völlige Gleichberechtigung der Geschlechter einzusetzen, da dies der national-katholischen Frauenrolle widersprochen hätte, auch für 1980/81. Dass dies prinzipiell möglich ist, zeigen beispielweise feministische Katholik:innen in Spanien, die regelmäßig für eine stärkere Gleichberechtigung von Frauen in der katholischen Kirche demonstrieren, oder die feste Verankerung feministischer Bibelwissenschaften an vielen theologischen Fakultäten im deutschsprachigen Raum.¹⁸³

Staškiewicz betont zudem zurecht, dass die polnische Ausprägung des Marienkultes eine enorme Aufwertung von ›klassischen Frauenrollen‹ beinhaltet, weshalb seine (mögliche) Ablehnung umso schwerer erscheint. Die *Matka Polka* lebt in der Nachfolge Marias und ist bereit, sich zum Wohle von Kindern und der Nation gänzlich zu opfern, um die christliche Moral und ihre Werte zu verteidigen.¹⁸⁴ Das Sinnbild schlechthin ist die *Matka Boża Jasnogórska* (Schwarze Madonna von Tschenstochau), die in Polen als heiligste Reliquie verehrt und jährlich von hunderten Pilger:innen besucht wird. Diese Konstruktion weiblicher Identität impliziert einen hohen Stellenwert von Frauen innerhalb der polnischen Gesellschaft.¹⁸⁵ Im Kontext der Volksrepublik Polen und insbesondere im Zuge der Krise von 1980/81 bedeutete der *Matka Polka*-Mythos zunächst, sich weiter um die Erziehung der Kinder nach der ›polnisch-katholischen‹ Moral zu kümmern. Zugleich folgt daraus der Einsatz für die nationale Sache, was in diesem Fall durchaus auch das Engagement in der Opposition bedeuten konnte.

Was dieses Phantasma des Ideals einer polnischen Frau aber nicht beinhaltete, war das Engagement für geschlechterspezifische Belange, die ein Verwischen klarer Geschlechterrollen zur Folge haben könnten – zumal es Aufgabe der *Matka Polka* war, sich und ihre Belange für die Nation zu opfern sowie eigene Bedürfnisse zurückzu-

181 Vgl. auch: Adamiak, Elżbieta: Feministische Theologie in Polen? Ein beinahe unmögliches Thema, in: Angela Berlis et al. (Hg.): Frauenkirchen: Vernetzung und Reflexion im europäischen Kontext. Mainz 1995, S. 106–112.

182 Staškiewicz, Joanna: Katholische Frauenbewegung in Polen – eine (Un-)Möglichkeit?, in: *Gender-Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft* Vol. 4 (3/2012), S. 41–57, hier: S. 54.

183 Vgl. dazu: Wacker, Marie-Theres: Zum Stand der christlich-feministischen Exegese. Frauen ins Zentrum stellen, in: *Herder Korrespondenz* Vol. 70 (1/2016), S. 22–25.

184 Walczewska: Frauenrechtsdiskurs, S. 53.

185 Staškiewicz: Katholische Frauenbewegung, S. 235f.

stellen.¹⁸⁶ Diesbezüglich ist ein weiteres polnisches Spezifikum zu betonen: die starke Vergeschlechtlichung religiöser Vorstellungen. So wird Maria einerseits ganz explizit als Frau gesehen, die andere Frauen besser verstehen könne als (der vermeintlich männliche) Gott.¹⁸⁷ Zugleich wird sie damit im Volksglauben teilweise zur ›Göttin‹ für Frauen verklärt und doch als nahe ›Partnerin‹ jeder Frau wahrgenommen.¹⁸⁸ Dieser binäre Ansatz ist ein völlig anderer als einer, der betont, dass Gott übergeschlechtlich (man könnte sagen, in Bezug auf Geschlecht ›transzendent‹) ist, oder zumindest weder weiblich noch männlich.¹⁸⁹ Meines Erachtens lässt sich diese Betonung ›weiblicher Rollen‹ im essentialistischen Sinne mit dieser starken religiösen Aufwertung im Zuge des Marienkultes verstehen. Dies ist zugleich ein Erklärungsansatz für die Verweigerung geschlechterpolitischer, auf Gleichheit zielender Forderungen vonseiten oppositioneller Frauen.¹⁹⁰

Grundsätzlich wurde in diesem Kapitel deutlich, dass mit der *Solidarność* und der katholischen Kirche beide oppositionellen Akteure, die mit Beginn der sogenannten Krise von 1980/81 an Einfluss gewannen, überwiegend ›traditionelle‹ Geschlechterrollen vertraten, sprich: die Imagination einer vermeintlich natürlichen Aufteilung von Arbeit in einen privaten Care-Bereich für Frauen und einen öffentlichen Erwerbsebereich für Männer. Auch viele Frauen innerhalb dieser Institutionen unterstützten oder rechtfertigten diese Geschlechternarrative, obwohl sie selbige – beispielweise durch ihre Rolle in der Opposition der 1980er Jahre – gleichzeitig dekonstruierten. Dennoch soll nicht unter den Tisch fallen, dass insbesondere innerhalb der *Solidarność* Frauen aktiv waren, die sich für eine Gleichberechtigung der Geschlechter einsetzten, selbst wenn sie überwiegend marginalisiert wurden. Umgekehrt habe ich keine Hinweise auf Forderungen seitens männlicher Mitglieder gefunden, die Interesse zeigten, die vorherrschende Geschlechterordnung zu ändern.

Der sozialistische Staat näherte sich diesem konservativen Familienbild der Opposition und insbesondere der Kirche zunehmend an, wodurch Frauen vor allem ein Platz in der Familie zugeteilt war, was wiederum ihre Rolle im Erwerbsleben ›automatisch‹ einschränkte.¹⁹¹ Natali Stegmann betont:

»Trotz unterschiedlicher Ausgangspositionen gab es einen gemeinsamen Diskurs, der vielfach aus dem gleichen kulturellen Fundus schöpfte [...] Im Ergebnis konnten staatliche und kirchliche Politik durchaus zu einer familienpolitischen Einigung führen. [...] Dieser Diskurs propagierte ein dicht gewebtes Muster aus spätsozialisti-

186 Jabłkowska/Saryusz-Wolska: Mutter Polin, S. 354.

187 Es war nicht zufällig Papst Johannes Paul II., der als großer ›Marienverehrer‹ dieser wieder eine stärkere Rolle in der katholischen Kirche zuge dachte.

188 Staśkiewicz: Katholische Frauenbewegung.

189 Theologisch gesehen ist weitgehend Konsens, dass ›Gott‹ kein (männliches) Geschlecht hat. Um dies zu verdeutlichen, fordert beispielsweise die Katholische Jugend in Deutschland »Gott^g« zu schreiben, d. h. zu gendern.

190 Siemieńska: 1980 Crisis, S. 337.

191 Stegmann: Aufwertung, S. 531.

schen und patriotisch-katholischen Sinnzusammenhängen, die einer differenzierten Wahrnehmung der sozialen Interessen von Frauen und Kindern entgegenstanden.«¹⁹²

Dieser Grundkonsens bezüglich der Geschlechternarrative, dem weite Teile von Regierung und Opposition anhängen, blieb nicht ohne Folge für die Geschlechterpolitik der Volksrepublik Polen, im Zuge derer sich insbesondere die Gleichsetzung von Frauen mit Müttern und damit Care-Arbeit manifestierte.

3.3 Sozialpolitik als Geschlechterpolitik

Konkret konzentrierte sich die polnische Geschlechterpolitik ab den 1970er Jahren auf vermeintliche Mutterschutzmaßnahmen sowie auf die Ermöglichung privater, sprich: nicht-staatlicher Kinderbetreuung. So wurde etwa der Ausbau von Teilzeitstellen für Frauen – und zwar ausschließlich für Frauen – forciert, mit dem Ziel, diesen mehr Zeit für die Kinderbetreuung freizuräumen.¹⁹³ Diese geschlechterpolitischen Maßnahmen, die wahlweise mit dem Schutz von Müttern und/oder Kindern begründet wurden und – so die Logik – auf diese Weise der Nation dienen sollten, sind Ausdruck der diskutierten Geschlechterrollen; gleiches gilt für den Erziehungsurlaub. Bereits 1968 war ein einjähriger unbezahlter Erziehungsurlaub für Mütter von Kindern unter vier Jahren eingeführt worden.¹⁹⁴ Dieser wurde 1975 auf drei Jahre (unbezahlt) ausgedehnt.¹⁹⁵ Hinzu kam ab 1972 eine Verlängerung des Mutterschaftsurlaubs auf vier Monate, in denen die Mutter weiterhin 100 % ihres vorherigen Gehalts erhielt. Im Juli 1981 wurde schließlich ein Erziehungsurlaub und damit einhergehend ein Elterngeld von 50–100 % für bis zu drei Jahre eingeführt, was einen enormen quantitativen Unterschied zur vorherigen Regelung bedeutete. 100 % ihres eigenen vorherigen Gehalts stand denjenigen Frauen zu, deren Familieneinkommen zusammen genommen 2400 zł nicht überstieg. Zwischen 2400 und 3000 zł erhielt die Arbeitnehmerin 75 % und bei einem noch höheren Einkommen 50 % ihres Verdienstes.¹⁹⁶ Das Erziehungsgeld wurde an Mütter ausgezahlt, deren Kinder keine Betreuungseinrichtung besuchten und war an eine vorherige Erwerbstätigkeit geknüpft (außer bei unverschuldeter Arbeitslosigkeit während der Schwangerschaft). Theoretisch konnte das Geld auch an den Vater ausgezahlt werden, wenn die Mutter zu seinen Gunsten darauf verzichtete,¹⁹⁷ oder verstorben war.¹⁹⁸ Faktisch geschah dies fast

192 Ebd., S. 543.

193 M.P. 1971 nr 23 poz. 151: Uchwała nr 68 Rady Ministrów z dnia 2 kwietnia 1971 r. w sprawie zwiększenia zatrudnienia kobiet w niepełnym wymiarze czasu pracy.

194 Fidelis: Women, S. 245.

195 Dz.U. 1975 nr 43 poz. 219: Rozporządzenie Rady Ministrów z dnia 29 listopada 1975 r. w sprawie bezpłatnych urlopów dla matek pracujących, opiekujących się małymi dziećmi.

196 Dz.U. 1981 nr. 19 poz. 96. Rozporządzenie Rady Ministrów z dnia 11 lipca 1981 r. zmieniające rozporządzenie w sprawie zasad obliczania zasiłków z ubezpieczenia społecznego oraz pokrywania wydatków na te zasiłki.

197 Sie musste dafür einen Antrag stellen, in dem sie ihren Verzicht erklärten und begründeten.

198 Dz.U. 1981 nr 19 poz. 97: Rozporządzenie Rady Ministrów z dnia 17 lipca 1981 r. w sprawie urlopów wychowawczych.

ausschließlich in letzterem Fall,¹⁹⁹ was wiederum offenbart, dass Erziehungsurlaub für Väter als absolute Ausnahme galt. Die Frau hatte sowohl das Vorrecht als auch die Pflicht zur Kindererziehung.

Interessant ist in diesem Zusammenhang der Hinweis von Małgorzata Fidelis, dass sich die polnische Geschlechterpolitik mit diesen Maßnahmen an westeuropäischen, vor allem (west)deutschen Vorbildern orientierte, wo diese Maßnahmen mit der gleichen Absicht eingeführt worden waren, nämlich Frauen »zurück an den Herd« zu bringen.²⁰⁰ Tatsächlich drängt sich bei der Analyse der geschlechterpolitischen Maßnahmen der Volksrepublik der Eindruck auf, dass sich polnische Kommunist:innen und deutsche Christdemokrat:innen in diesem Punkt sehr nahestanden.

Zwar unterscheiden sich die Zahlen zu Teilzeitbeschäftigung und Erziehungsurlaub innerhalb der jeweiligen Akten marginal, doch verdeutlicht der sich abzeichnende Trend die Auswirkungen der im vorherigen Abschnitt diskutierten Geschlechternarrative auf die Vergeschlechtlichung von Arbeit. Frauen wurden nicht nur sprachlich, sondern auch durch geschlechterpolitische Maßnahmen zur Annahme der staatlicherseits vorgesehenen Identität als Mutter gedrängt. Dies führte wiederum zu ihrer strukturellen Benachteiligung auf dem ›Arbeitsmarkt‹,²⁰¹ da die diskutierten Sozialleistungen spezifisch auf Frauen gemünzt waren, während Männer faktisch auf ihre vermeintlich natürliche Rolle als ›Ernährer‹ beschränkt wurden. Damit wurde die propagierte Trennung zwischen Care-Arbeit und Erwerbsarbeit auch zur sozialen Realität.²⁰²

Der Ausbau von Unterstützungsleistungen für Mütter, die ihre Kinder selbst betreuen, ging auf Kosten der staatlichen Kinderbetreuung.²⁰³ Eine Übersicht der *Liga Kobiet* von Anfang 1982 zeigt, dass von 100 Kleinkindern unter drei Jahren nur 16,3 % zumindest zeitweise eine Kindertagesstätte besuchten.²⁰⁴ In der Folge waren 1983 durchschnittlich lediglich 4,5 von 100 Kindern unter drei Jahren in einer Kita.²⁰⁵ Diese Betreuungsquote ist im Vergleich zu anderen sozialistischen Staaten Ostmitteleuropas niedrig. In der in diesem Bereich führenden DDR lag sie für alle Kinder unter drei Jahren bei 61 %, zudem gab es dort 1980 für 92 % aller Kinder zwischen drei und sechs Jahren einen Betreuungsplatz.²⁰⁶ Auch Ungarn, die Tschechoslowakei oder die UdSSR hatten deutlich höhere Quoten als Polen vorzuweisen.²⁰⁷ Verglichen mit vielen Staaten Westeuropas, etwa der

199 Rada do spraw Rodziny przy Radzie Ministrów: Stała Komisja do spraw Polityki Społecznej na Rzecz Rodzin – notatki z materiałami z posiedzeń 1985, AAN: Sig. 2/1938/0/1/1/45, S. 12f.

200 Fidelis: Women, S. 244f.

201 Ich verwende den Begriff ›Arbeitsmarkt‹ auch für die Volksrepublik, zumal er von der PZPR selbst (rynku pracy) verwendet wurde. Gleichwohl handelt es sich hier nicht um einen ›Markt‹ im marktwirtschaftlichen Sinne.

202 Kraft: Paradoxien der Emanzipation, S. 389.

203 Stegmann: Aufwertung, S. 536.

204 Polska Zjednoczona Partia Robotnicza: Komitet Centralny w Warszawie. Wydział Społeczno-Prawny. Sekretariat. 1982, AAN: Sig. 2/1354/0/2.4/LLI53, S. 3.

205 Rada do Spraw Rodziny: Stała Komisja ds. Polityki Społecznej na rzecz rodzin. AAN: 2/1938/0/1/1/45, hier: Rodzina w programie polityki społecznej i świadczeń socjalnych z uwzględnieniem aktywizacji zawodowej kobiet, S. 14.

206 Neumaier, Christopher: Hausfrau, Berufstätige, Mutter? Frauen im geteilten Deutschland. Berlin 2022, S. 145.

207 Perkowski: Welfare, S. 473.

Bundesrepublik mit 1,5 %, waren die Zahlen in der Volksrepublik wiederum sehr hoch.²⁰⁸ Daten des polnischen Arbeits- und Sozialministeriums aus dem Jahr 1979 zeigen zudem, dass die Betreuungseinrichtungen im Schnitt zu 30 % überbelegt waren.²⁰⁹ Dies lag unter anderem daran, dass zwischen 1976 und 1980 lediglich ein Fünftel der ursprünglich geplanten Kinderbetreuungseinrichtungen eröffnet wurden, da die Politik letztlich andere Prioritäten gesetzt hatte.²¹⁰ Auch hier zeigen sich die geschlechterpolitischen Implikationen der konservativen Wende der PZPR.

Die Betreuung von Kindern, die nicht in staatlichen Einrichtungen untergekommen waren, übernahmen fast ausschließlich Frauen. Dies konnten Großmütter sein, die dafür früher in den Vorruhestand gingen (9,6 %),²¹¹ oder Frauen, die von zu Hause aus arbeiten konnten (20,1 %); hierzu zählten auch die genannten Frauen in Teilzeitarbeit (34,3 %). Für die Kinderbetreuung erhielten zudem 75,3 % aller Mütter Mutterschaftsurlaub; 56,5 % der Familien bekamen eine Familienzulage.²¹² Ferner war das niedrigere Renteneintrittsalter für Frauen eine weitere geschlechterpolitische Maßnahme der Regierung, deren Zweck nicht zuletzt darin lag, Lücken im Bereich der Care-Arbeit zu schließen.

Die betroffenen Frauen selbst nahmen die Unterstützungsleistungen des Staates für ihre Kinderbetreuung ambivalent auf. Zwar gaben mehr als drei Viertel der befragten Frauen an, dass die staatlichen Unterstützungsleistungen die Kinderbetreuung zu Hause erleichtern würden, doch glaubte weniger als die Hälfte von ihnen (47 %), dass diese Sozialleistungen eine größere Wahlfreiheit in der Betreuung ermöglichten.²¹³ Auch zeigt sich an der Überbelegung der Einrichtungen, dass durchaus mehr Bedarf an staatlicher Kinderbetreuung bestanden hätte.

Wiederum verdeutlicht die massive finanzielle Förderung der privaten Kinderbetreuung seitens des polnischen Staates dessen Priorisierung einer Kindererziehung durch ihre Mütter. Entsprechend verbarg sich hinter dem Ausbau von Teilzeitarbeit die Überzeugung der PZPR, dass diese die Verknüpfung von ›Haushaltspflichten‹ und Kindererziehung mit Erwerbsarbeit ermögliche, weshalb sich die Teilzeitarbeit vor allem für Frauen mit kleinen Kindern und verheiratete Frauen eigne.²¹⁴ Hinzu kam, dass staatliche Sozialleistungen für Frauen immer noch mit geringeren Kosten für

208 Konsortium Bildungsberichterstattung: Bildung in Deutschland: Im Auftrag der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung und Migration. Bielefeld 2006, S. 34.

209 Polska Zjednoczona Partia Robotnicza. Komitet Centralny w Warszawie. Wydział Organizacji Społecznych, Sportu i Turystyki: Posiedzenia Rady ds. Rodziny, Materiały na obrady. Protokoły, informacje, wnioski, postulaty, propozycje, koncepcja, opracowania, korespondencja. 1979/80, AAN: Sig. 2/1354/0/2.4.1/XL97, hier: Propozycje w sprawie zasiłku wychowawczego dla matek przerywających pracę dla wychowania dzieci, S. 1.

210 Rada do spraw Rodziny: Konferencja. AAN: 2/1938/0/1/1/82, S. 38.

211 Es geht hier ausschließlich um Großmütter im Vorruhestand, nicht um Großväter und auch nicht um Großmütter im regulären Ruhestand. Ansonsten wäre die Zahl deutlich höher.

212 KC PZPR: Wydział społeczno-prawny. AAN: 2/1354/0/2.4/LI153, S. 3.

213 Ebd.

214 KC PZPR: Rady Rodziny. AAN: 2/1354/0/2.4.1/XL121, hier: Zatrudnienie kobiet w niepełnym wymiarze czasu pracy, S. 17.

den Staat verbunden waren als ein umfassender Ausbau der Kinderbetreuung. Ferner wurde die materielle Unterstützung von Frauen durch die bereits diskutierte diskursive Aufwertung häuslicher und reproduktiver Arbeit begleitet.²¹⁵ Für die PZPR hatten diese Maßnahmen außerdem den Vorteil, dass sie es der Partei erlaubten, sich als frauen- und familienfreundlich darzustellen.²¹⁶

Diese finanzielle Schwerpunktsetzung des polnischen Staates auf die tatsächlichen oder vermeintlichen Belange von Müttern zementierte auch im Bereich der Care- und Hausarbeit die bestehenden Normen, zumal sich die Politik gegenüber Vätern nur auf gelegentliche Aufrufe zur Mitarbeit beschränkte. Insofern konnte im Bereich unbezahlter Haus- und Care-Arbeit nach wie vor keine Rede von Gleichberechtigung sein. Für das Jahr 1976²¹⁷ existieren umfangreiche Zahlen, die zeigen, dass Männer im Schnitt 75 Minuten täglich für Haushaltstätigkeiten aufwendeten, Frauen hingegen rund 313 Minuten, d. h. mehr als das Vierfache der investierten Zeit. Betrachtet man nur die verheirateten Frauen, so fallen die Zahlen noch höher aus,²¹⁸ wohingegen für verheiratete Männer gar keine Zahlen aufgeführt wurden – was wiederum symptomatisch für die geschlechterpolitischen Ziele der PZPR ist.²¹⁹ Diese (Nicht)Verteilung von Care-Arbeit ist zwar kein spezifisch polnisches Phänomen, zeigt aber durchaus, dass die Geschlechternarrative der polnischen Kommunist:innen auch der gelebten Realität entsprachen. Zudem wird deutlich, dass die Wahlfreiheit von Frauen in Bezug auf ihre gesellschaftliche Rolle eingeschränkt blieb, denn sobald sie Mutter wurden, blieb ihnen die ›Wahl‹ zwischen einer Doppelbelastung aus Care- und Erwerbsarbeit oder nur Care-Arbeit. Eine institutionelle Unterstützung in der Kindererziehung oder -betreuung existierte zwar, war aber vor allem für kleine Kinder nicht ausreichend, zumal dies vonseiten des polnischen Staates – wie auch seitens der Kirche und der *Solidarność* – nicht gewollt war. Vielen Frauen schien daher eine Beschränkung auf die private Sphäre immer noch die bessere Variante. Auch in der DDR lag die Hausarbeit fast ausschließlich in der Verantwortung von Frauen, doch machte das umfangreiche staatliche Betreuungsangebot für Kinder dort den entscheidenden Unterschied.²²⁰

Faktisch negierte diese Politik der Volksrepublik das Versprechen einer Gleichberechtigung der Geschlechter auf allen Gebieten. Selbst wann man sich auf die sozialistische Argumentationslinie einer Emanzipation durch Arbeit einlässt, widersprechen die geschlechterpolitischen Weichenstellungen seit Mitte der 1970er Jahre und insbesondere

215 Kraft: Paradoxien der Emanzipation, S. 390.

216 Perkowski: Welfare, S. 475.

217 Bis einschließlich 1982 wurden keine neuen Zahlen veröffentlicht.

218 KC PZPR: Rady ds. Rodziny. AAN: Sig. 2/1354/O/2.4.1/XL97, hier: *Możliwość ułatwienia pracy w gospodarstwie Domowym*, S. 29.

219 Zum Vergleich: In der Bundesrepublik wandten Frauen 2019 rund 4,15 Stunden für Care-Arbeit auf, Männer hingegen nur 2,45 Stunden. Quelle: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Unbezahlte Sorgearbeit. Gender Care Gap – ein Indikator für die Gleichstellung. URL: <https://www.bmbfsfj.bund.de/bmbfsfj/themen/gleichstellung/gender-care-gap/indikator-fuer-die-gleichstellung/gender-care-gap-ein-indikator-fuer-die-gleichstellung-137294> [Abgerufen: 14.03.2023].

220 Maier, Friederike: The labour market for women and employment perspectives in the aftermath of German unification, in: *Cambridge Journal of Economics* Vol. 17 (3/1993), S. 267–280, hier: S. 272.

seit Beginn der Krise 1980 dieser Behauptung. Die volksrepublikanische Geschlechterpolitik bot Frauen nicht die gleichen Möglichkeiten zur Partizipation am Arbeitsmarkt wie Männern, da die strukturellen Voraussetzungen nicht die gleichen waren. Vielmehr gilt die Feststellung Robert Moellers zur Situation in der Bundesrepublik in den ersten Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg auch für die Volksrepublik, nämlich dass diese Art der Geschlechterpolitik »uncritically accepted women's socially constructed responsibilities to children, husbands and other relatives dependent on unpaid domestic labour.«²²¹

In beiden Ländern war eine als Rückkehr zur ›Normalität‹ präsentierte, an patriarchalen Gesellschaftsbildern orientierte Politik mehrheitsfähig.²²² Geschlechterpolitik wurde zum nützlichen Machtinstrument, indem Begriffe wie ›natürlich‹ und ›Stabilität‹ semantisch mit politischen Maßnahmen verbunden wurden, die demografische und ökonomische Ziele verfolgten und im biopolitischen Sinne dem Machterhalt dienen sollten.²²³ Hinzu kam, wie Piotr Perkowski betont, dass die Überbleibsel der ›Emanzipationsrhetorik‹ lediglich »die fehlenden realen Gleichstellungserfolge und -rückschritte in diesem Bereich« verdeckten.²²⁴ Gleichwohl blieben grundlegende Errungenschaften auch in den 1980er Jahren erhalten – sei es im Bereich der Erwerbsarbeit, teilweise der Kinderbetreuung und nicht zuletzt der öffentlichen Kantinen, die ebenfalls einen Teil der Care-Arbeit ›entprivatisierten‹.²²⁵

3.4 Der Einfluss der Krise von 1980/81 auf die Vergeschlechtlichung von Arbeit

Die zunehmend konservative Geschlechterpolitik der Volksrepublik änderte zunächst nichts an der kontinuierlich steigenden Erwerbstätigkeit polnischer Frauen, auch wenn sich der Zuwachs verringerte. Dies bedeutete in der Konsequenz, dass zwischen 1950 und 1980 die Zahl erwerbstätiger Frauen um das 3,7-fache anstieg; bei Männern lediglich um den Faktor 2,5.²²⁶ Dies kann durchaus als Erfolg der sozialistischen Arbeitsmarktpolitik und ihres Ziels einer stärkeren Einbeziehung von Frauen in den Arbeitsmarkt gewertet werden. Erst im Zuge der politisch-ökonomischen Krise zwischen 1980 und 1982 kam es zu einem größeren Rückgang der Erwerbstätigkeit von Frauen. Es zeigt sich, dass die Zahl der Frauen, die Lohnarbeit nachgingen, in diesem Zeitraum um 161.000 Personen sank, während sie bei Männern um 31.000 anstieg (siehe Tab. 1). Mag es sich nur um eine geringfügige Veränderung handeln, so kehrte sich damit doch erstmals die Entwicklung um, dass die Erwerbstätigkeit von Frauen schneller stieg als die von Männern.

221 Moeller, Robert: *Protecting Motherhood: Women and the Family in the Politics of Postwar West Germany*. Berkeley 1993, S. 154.

222 Für ähnliche Forderungen nach einer Rückkehr zur ›Normalität‹ im Zuge der Losung einer »geistig-moralischen Wende« durch die CDU unter Helmut Kohl ab 1980 in der Bundesrepublik, vgl. Union in Deutschland: *Familie – Freiheit – Zukunft* standen im Mittelpunkt (30/1981), S. 11.

223 Lorey: *Macht*, S. 59.

224 Fidelis et al.: *Kobiety*, S. 101.

225 Vgl. Interview mit Zdzisława Janowska. *tódz* (5.11.2022), S. 8.

226 Für die Zahlen zum Anstieg seit 1950: KC PZPR: *Dekada ONZ*. AAN: 2/1354/0/2.4.3/XLI139, hier: *Współpraca międzynarodowa i umocnienie pokoju międzynarodowego*, S. 18.

Tabelle 1: Zahl der erwerbstätigen Frauen und Männer zwischen 1980 und 1982 (absolut) sowie Partizipationsrate.

Jahr	Männer			Frauen		
	Gesamt in Mio.	Erwerbstätige in Mio.	Partizipationsrate	Gesamt in Mio.	Erwerbstätige in Mio.	Partizipationsrate
1980	17,411	9,546	54,80 %	18,324	8,222	44,90 %
1981	17,572	9,549	54,30 %	18,490	8,105	43,80 %
1982	17,741	9,567	53,90 %	18,658	8,061	43,20 %

Quelle: International Labour Organisation (ILO)/United Nations Research and Training Institute for the Advancement of Women: Women in Economic Activity: A global statistical survey (1950–2000). Santo Domingo 1985, S. 136.

Dies bedeutet angesichts der steigenden Gesamtbevölkerung der Volksrepublik zwar auch bei Männern einen Rückgang der Partizipationsrate um 0,9 %, doch lag dieser bei Frauen mit 1,7 % fast doppelt so hoch. Hier zeigt sich, was sich zunächst anhand der veränderten Rollenbilder andeutete und schließlich vonseiten der PZPR auch geschlechterpolitisch forciert wurde, nämlich dass Frauen in Zeiten der Krise – und dies bestätigt sich auch im Zuge der sogenannten Transformationskrise – verstärkt entlassen wurden, früher in Rente gingen oder sich gar nicht erst darum bemühten, eine Stelle zu finden. Scheinen die Verschiebungen auch gering, so sind sie für einen Zeitraum von drei Jahren doch deutlich. In einer größeren zeitlichen Perspektive zeichnet sich ab, dass der Anteil erwerbstätiger Frauen in der Volksrepublik ab Mitte der 1970er Jahre nicht mehr stieg.²²⁷ Ein Vergleich mit der DDR zeigt, dass sich dort die Zahl erwerbstätiger Frauen auch zu Beginn der 1980er Jahre erhöhte und ihre Partizipationsrate zwischen 1980 und 1982 von 48,6 auf 49,1 % wuchs.²²⁸ Dies lag nicht zuletzt am permanenten Arbeitskräftemangel, der durch eine stabilere Wirtschaftslage und die enorme ›Westflucht‹ – vor allem bis 1961 – verursacht war.²²⁹ Mögen die Veränderungen in der Partizipationsrate in Polen wie auch in der DDR marginal bzw. demografischen Gründen geschuldet sein, so sind sie in längerer Perspektive doch signifikant, zumal sich auch in Ungarn²³⁰ und der Tschechoslowakei²³¹ eine weiter steigende Erwerbstätigkeit von Frauen beob-

227 KC PZPR: Dekada ONZ. AAN: 2/1354/0/2.4.3/XLI139, hier: Współpraca międzynarodowa i umocnienie pokoju międzynarodowego, S. 18f.

228 ILO: Women, S. 134.

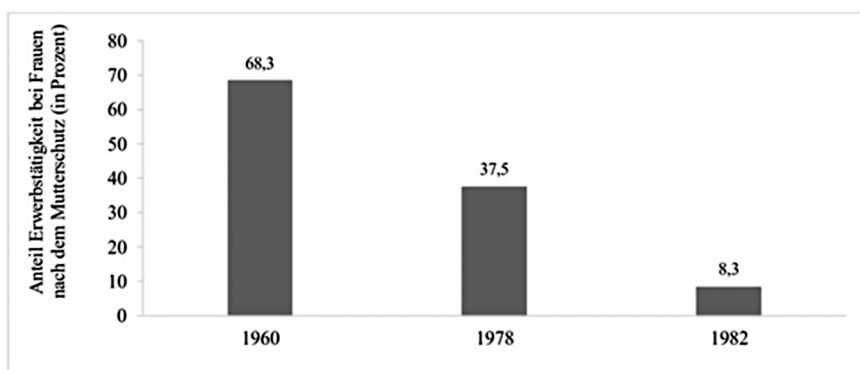
229 Jajeśniak-Quast, Dagmara: »Proletarische Internationalität« ohne Gleichheit. Ausländische Arbeitskräfte in ausgewählten sozialistischen Großbetrieben, in: Christian Müller/Patrice Poutрус (Hg.): Ankunft – Alltag – Ausreise Migration und interkulturelle Begegnung in der DDR-Gesellschaft. Köln 2005, S. 267–294, hier: S. 287.

230 Szalai, Julia: Some Aspects of the Changing Situation of Women in Hungary, in: *Signs* Vol. 17 (1/1991), S. 152–170, hier: S. 158.

231 Křížková, Alena/Vohlídalová, Martha: The Labour Market and Work-Life Balance in the Czech Republic in Historical Perspective, in: Hana Hašková/Zuzana Uhde (Hg.): Women and Social Citizenship in Czech Society: Continuity and Change. Praha 2009, S. 35–72, hier: S. 47.

achten lässt. Bei dem in Polen zu verzeichnenden Rückgang handelte es sich somit um ein länderspezifisches Phänomen, das einerseits auf die prekäre ökonomische Situation des Landes zurückzuführen ist, andererseits verweist die Tatsache, dass die Rate unter Männern nicht sank, auf die Übereinstimmungen zwischen Regierung und Opposition in Geschlechterfragen. Deren Rollenbild, das Frauen nur als Ergänzung von Männern auf dem Erwerbsmarkt sah, führte dazu, dass diese als eine Art »Konjunkturpuffer« dienten. Polinnen wurden in Zeiten des Arbeitskräftemangels eingestellt und in Krisenzeiten wieder entlassen. Ihre Arbeit komplementierte lediglich die männlich konnotierte »Ernährerrolle«, ohne aber die gesellschaftlich erwartete Norm zu sein. Dies zeigt sich noch an zwei weiteren Aspekten: Zum einen dem Anteil teilzeitbeschäftigter Polinnen, der bis zum Ende der 1970er Jahre auf 5,5 % anstieg,²³² zum anderen und am deutlichsten an der rezidierenden Erwerbstätigkeit von Müttern. Der Anteil von Frauen, die nach dem Ende des Mutterschutzes weiterarbeiteten, schwand seit den 1960er Jahren massiv (siehe Abb. 1).

Abbildung 1: Anteil der Frauen, die direkt nach dem Ende des Mutterschutzes wieder einer Erwerbsarbeit nachgehen.



Quelle: Adam Kurzynowski: *Kariery kobiet*, S. 196.

Waren die Zahlen bis 1978 bereits stark abgesunken, nachdem ein unbezahlter »Erziehungsurlaub« eingeführt worden war, so sanken sie bis 1982 nach der Einführung eines Erziehungsgeldes für drei Jahre auf 8,3 % ab. Nur wenige Frauen, die einen Anspruch auf bezahlten »Erziehungsurlaub« gehabt hätten, entschieden sich stattdessen für die Weiterführung ihrer Erwerbsarbeit. An den enormen Unterschieden in den Zahlen zwischen 1960 und 1982 lässt sich die Auswirkung der veränderten Geschlechterpolitik auf die Erwerbstätigkeit von Frauen ablesen. In absoluten Zahlen bedeutete dies, dass die Zahl der erwerbstätigen Frauen im Erziehungsurlaub bereits bis 1978 um ca. 400.000 Personen angestiegen war, was in Relation zur Anzahl der arbeitenden Frauen insgesamt – laut dem Hauptstatistikamt (Główny Urząd Statystyczny, GUS) waren dies 1978

232 KC PZPR: *Rady Rodziny*. AAN: 2/1354/0/2.4.1/XL121, hier: *Zatrudnienie Kobiet w niepełnym wymiarze czasu pracy*, S. 12.

knapp 8,2 Millionen – einen Anstieg um über 700 % bedeutete.²³³ An anderer Stelle nennt das Arbeits- und Sozialministerium ebenfalls unter Berufung auf das GUS für das Jahr 1980 rund 5,296 Millionen in der staatlichen Wirtschaft beschäftigte Frauen, von denen im selben Jahr 9,2 % unbezahlten Erziehungsurlaub genutzt hätten.²³⁴ Unabhängig davon, wie hoch die Zahlen genau waren, wird ein massiver Anstieg des Anteils von Frauen im Erziehungsurlaub bis 1980 und dann verstärkt bis 1982 sichtbar. Diese Frauen im Erziehungsurlaub galten weiterhin als erwerbstätig, standen dem Arbeitsmarkt allerdings nicht mehr zur Verfügung. Hier schlug sich die Gleichsetzung von Frau und Care-Arbeiterin nieder.

Interessant ist darüber hinaus die sektorale Verteilung von Frauen, die Erziehungsurlaub in Anspruch nahmen; so war insbesondere in der Industrie mit 11,8 %²³⁵ und im Handel mit 11,6 % der Anteil von Frauen im Erziehungsurlaub hoch. Hierbei fällt auf, dass eine negative Korrelation zwischen dem Anteil von Frauen im Erziehungsurlaub und ihrem Beschäftigungsanteil in einem Sektor bestand. Im Bereich Bildung und Erziehung lag ihr Anteil bei lediglich 3,7 %, im Gesundheitssektor bei 6,6 % – zwei Sektoren, die von Frauen dominiert waren.²³⁶ Ferner betont das Sozial- und Arbeitsministerium, dass vor allem Ärztinnen und Lehrerinnen den Erziehungsurlaub am seltensten in Anspruch nahmen; Facharbeiterinnen, Frauen im Handel, der Gastronomie sowie generell in ungelerten Berufen hingegen am meisten. Es rechnete damit, dass sich dieser Trend mit der Einführung eines bezahlten Erziehungsurlaubs fortsetzen würde.²³⁷ Dies erlaubt zunächst die Mutmaßung, dass gut ausgebildete Frauen ihren Beruf für sich persönlich als sinnstiftender wahrnahmen als andere. Zu vermuten wäre auch – ohne dies anhand von Quellen belegen zu können –, dass es der Staatsführung nicht ungelegen kam, dass die so dringend benötigten Ärztinnen und Lehrerinnen weiterarbeiteten, Frauen in anderen Berufen hingegen eher den Erziehungsurlaub in Anspruch nahmen. Schließlich bleibt anzumerken, dass diese pauschalen Zahlen große Unterschiede innerhalb der Gruppe von Müttern verdecken. So zeigt eine Betrachtung der Erwerbstätigkeit von Frauen mit Kindern unter 24. Jahren, dass diese vor allem stark vom Bildungsgrad der jeweiligen Frauen abhängig war. (Abb. 2) Die starke Korrelation von Bildungsgrad und Erwerbsquote von Frauen mit Kind(ern) unter 24 Jahren (Ende der Unterhaltspflicht für in Aus-

233 Główny Urząd Statystyczny: Polska 1918–2018. Historia Polski w liczbach. Warszawa 2018, S. 109; KC PZPR: Rady Rodziny. AAN: 2/1354/0/2.4.1/XL121, hier: Kobiety na urlopowach bezpłatnych na wychowanie małych dzieci, S. 11.

234 Ebd.

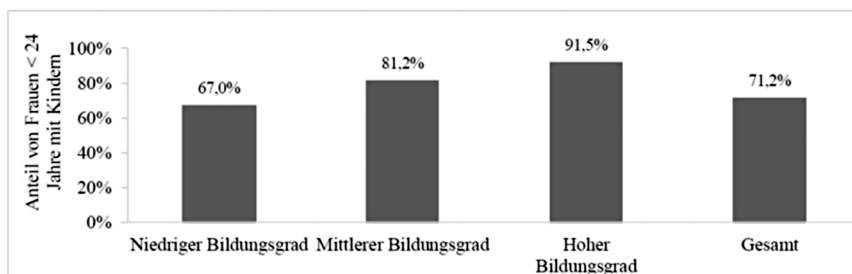
235 Diese Zahlen erscheinen auf den ersten Blick sehr hoch, sind aber realistisch, wie eine kleine Beispielrechnung zeigt: Gehen wir davon aus, dass eine Frau in Polen im Durchschnitt zwei Kinder hatte (1980 waren es faktisch 2,24). Um in Rente zu gehen, musste sie 30 Jahre arbeiten. Die Elternzeit betrug drei Jahre pro Kind. Würde eine Frau also durchschnittliche zwei Kinder bekommen, fünf von sechs möglichen Jahren Elternzeit nehmen und nach 30 Jahren Arbeit in Rente gehen, dann befänden sich im Durchschnitt ein Sechstel oder rund 16,6 % aller Frauen gleichzeitig im Erziehungsurlaub [100/(30 Jahre Arbeitszeit/5 Jahre Erziehungsurlaub)]. 11,8 % erscheinen demnach plausibel.

236 Polska Zjednoczona Partia Robotnicza. Komitet Centralny w Warszawie. Wydział Organizacji Społecznych, Sportu i Turystyki.: Min. Pracy, Płaci i Spraw socjalnych. Departament Zatrudnienia Kobiet na urlopowach bezpłatnych na wychowanie małych dzieci 1980/81, AAN: Sig. 2/1354/0/2.4.1/XL121, S. 10.

237 KC PZPR: Departament Zatrudnienia Kobiet. Sig. 2/1354/0/2.4.1/XL121, S. 14.

bildung befindliche Kinder) für das Jahr 1978 spiegelt sich bei insgesamt niedrigerer Erwerbsquote auch bei Frauen mit Kleinkindern unter zwei Jahren wider.

Abbildung 2: Erwerbsquote von Frauen mit Kind(ern) unter dem 24. Lebensjahr nach Bildungsgrad im Jahr 1978.

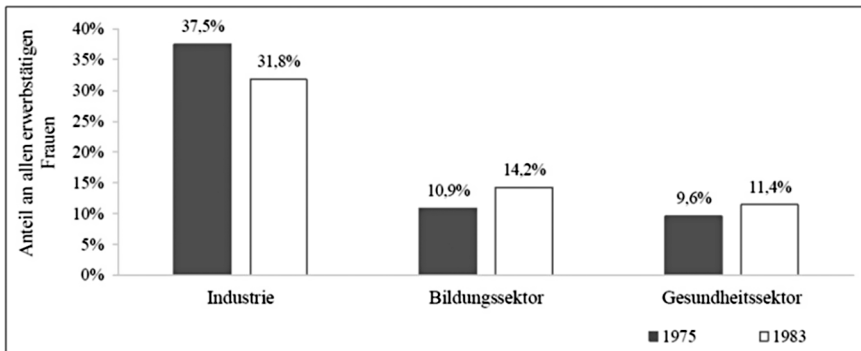


Quelle: KC PZPR: Rady Rodziny. AAN: 2/1354/0/2.4.1/XL121, hier: Kobiety na urlopach bezpłatnych na wychowanie małych dzieci, S. 6.

Dies steht erneut in Kontrast zur Lage in der DDR, wo die Erwerbsquote von Frauen über alle Altersgruppen hinweg – auch bei Müttern kleiner Kinder – sehr hoch war. Es gab keinen signifikanten Unterschied zwischen der Erwerbsquote von Frauen mit Kindern und ohne Kinder oder von verheirateten und unverheirateten Frauen. Insgesamt lag der Anteil erwerbstätiger Frauen in der DDR im Alter zwischen 15 und 65 Jahren bei 85 % bzw. 91 %, wenn Studentinnen einbezogen werden. Zugleich muss betont werden, dass in der DDR ein enormer Druck im Hinblick auf Vollerwerbstätigkeit und Mutterschaft herrschte. Beides wurde staatlicherseits als obligatorisch propagiert und war keinesfalls das Ergebnis rein emanzipatorischer Überlegungen der SED. Vielmehr galt die Arbeitskraft von Frauen wie auch eine hohe Geburtenrate als unabdingbar für die ökonomische Entwicklung der DDR.²³⁸ Während hier die Kombination aus reproduktiver und Erwerbsarbeit als Norm galt, war es in der Volksrepublik die Fokussierung auf Care-Arbeit, zumindest solange Kleinkinder im Haushalt lebten. Im Zeitraum zwischen dem Aufstieg der *Solidarność* ab Mitte 1980 und ihrem Verbot mit der Ausrufung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 beschleunigten sich zudem Entwicklungen in der Erwerbsarbeit von Polinnen, die bereits in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre begonnen hatten. Der Anteil körperlich arbeitender Polinnen sank in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts von 56 auf 51 %, womit eine große sektorale Verschiebung einherging, die in einer zunehmenden geschlechterspezifischen Segregation des polnischen Arbeitsmarktes mündete (Abb. 3).

238 Maier, Friederike: The labour market for women and employment perspectives in the aftermath of German unification, in: *Cambridge Journal of Economics* Vol. 17 (3/1993), S. 267–280, hier: S. 268.

Abbildung 3: Anteil erwerbstätiger Frauen nach Sektoren.



Quelle: KC PZPR: Dekada ONZ. AAN: 2/1354/O/2.4.3/XLII139, hier: Współpraca międzynarodowa i umocnienie pokoju międzynarodowego, S. 19f.

1980 stellten Frauen 80,6 % aller Beschäftigten im Bereich Gesundheit und Soziales, 74,7 % im Bereich Bildung und Erziehung sowie 71,5 % im Handel. Demgegenüber steht ihre geringere Partizipation in der Industrie (mit Ausnahme der Leichtindustrie).²³⁹ Auch im Vergleich mit anderen Staaten des Warschauer Pakts zeigt sich, dass Frauen in der Volksrepublik deutlich seltener in der gut bezahlten Industrie arbeiteten. 1983 lag ihr Anteil dort bei 36,5 %, wohingegen in der DDR, Ungarn und der Tschechoslowakei zwischen 41 und 45 % aller Industriearbeiter:innen Frauen waren.²⁴⁰ Eine fortschreitende ›Feminisierung‹ von Berufsgruppen, die als ›typisch weiblich‹ galten – vor allem der Gesundheits- und Bildungssektor – ist wiederum auch in anderen sozialistischen Staaten zu beobachten. Die deutlichere Ausprägung in der Volksrepublik verweist auf die besonders starke soziale Wirksamkeit geschlechterspezifischer Normen in Polen, die auch im Staatssozialismus konstitutiv bleiben.²⁴¹

Hingegen ist den staatssozialistischen (sowie allen anderen) Staaten eine schlechtere Bezahlung von Frauen gemein. In der Volksrepublik erreichten Frauen 68 % des Einkommens ihrer vermeintlich gleichgestellten Genossen, in Ungarn 73 %, alle anderen ostmitteleuropäischen Staaten sowie die Sowjetunion lagen dazwischen. Dies zeigt sich auch anhand der massiven Ungleichverteilung von Frauen und Männern über die Einkommensgruppen (Tab. 2).

239 KC PZPR: Rady Rodziny. AAN: 2/1354/O/2.4.1/XL121, hier: Tabela nr 1.

240 ILO: Women, S. 140.

241 Ebd., S. 142.

Tabelle 2: Verteilung von erwerbstätigen Frauen und Männern nach Einkommensgruppen.

	Frauen	Männer
Bis 10.000 Złoty	17,2 %	4 %
10.001 – 18.000 Złoty	66,6 %	42,9 %
Über 18.000 Złoty	16,2 %	53,1 %

Quelle: Rada do Spraw Rodziny: Stała Komisja ds. Polityki Społecznej na rzecz rodzin. AAN: 2/1938/O/1/1/45, hier: Rodzina w programie polityki społecznej i świadczeń socjalnych z uwzględnieniem aktywizacji zawodowej kobiet, S. 11.

Es wird sehr deutlich, dass Frauen in der niedrigsten Gehaltsgruppe massiv über- und in der höchsten stark unterrepräsentiert waren, was direkt mit der Abwertung ›weiblicher Erwerbsarbeit‹ sowie den damit einhergehenden geschlechterpolitischen Maßnahmen zusammenhing.

Im Vergleich mit anderen Staaten Ostmitteleuropas sowie der UdSSR war der Gehaltsunterschied zwischen den Geschlechtern in der Volksrepublik am größten; wenn auch die Unterschiede zwischen den Ländern des Warschauer Pakts marginal waren und durchaus statistischen Gründen geschuldet sein können, sodass sich für alle der genannten sozialistischen Staaten ein ähnliches Bild ergibt. Vergleicht man diese Werte mit den kapitalistischen Staaten Westeuropas und den USA, so zeigt sich dort eine deutlich größere Heterogenität. Der Gender Pay Gap reicht hier von 15 % in Schweden bis zu fast 50 % in Luxemburg. Im Durchschnitt sind die Unterschiede aber ähnlich wie in den staatssozialistischen Staaten,²⁴² was vermuten lässt, dass die Differenz nicht allein mit dem politisch-ökonomischen System korreliert, sondern auf geschlechterspezifische Diskriminierungen zurückzuführen ist.

Die Soziologin Renata Siemieńska kritisiert diese arbeitsmarktspezifische Geschlechtersegregation in der Volksrepublik und weist bereits 1985 auf die Überrepräsentation von Frauen in Berufen mit geringfügiger Bezahlung und niedrigem Prestige hin. Als ursächlich sieht sie einerseits Berufsverbote für Frauen in vermeintlich gesundheitsgefährdenden Tätigkeitsbereichen; andererseits verweist sie auf Geschlechterquoten in bestimmten Studienfächern, die sich ebenfalls zuungunsten von Frauen auswirken können. Als Hauptgrund für die geschlechterspezifische Segregation in den verschiedenen Wirtschaftssektoren führt sie wiederum tief in der Gesellschaft verankerte, traditionelle Geschlechterrollen an.²⁴³ Ihre Beobachtung einer Benachteiligung von Frauen bestätigt sich beispielsweise an den Universitäten. So blieb der Anteil von Professorinnen mit 11 % im Jahr 1980 angesichts des Gleichberechtigungsversprechen der PZPR gering.²⁴⁴

242 Brainerd, Elizabeth: Women in transition: Changes in gender wage differentials in Eastern Europe and the former Soviet Union, in: *Industrial & Labor Relations Review* Vol. 54 (1/2000), S. 138–162, hier: S. 141.

243 Siemieńska: 1980 Crisis, S. 335.

244 Kowalski: Feminismus, S. 53f.

Zugleich ist zu betonen, dass er im internationalen Vergleich (BRD: ca. 5 %; UK: 2,6 %²⁴⁵ sehr hoch war; auch verglichen mit der DDR.²⁴⁶ Vergleichend betrachtet handelt es sich hierbei also eher um einen Modernisierungserfolg der Volksrepublik.

Schließlich muss ein weiterer Faktor berücksichtigt werden, nämlich die Tatsache, dass es in Zeiten einer miserablen Versorgungslage in der Volksrepublik vor allem Frauen waren, die sich stundenlang in Warteschlangen vor Geschäfte stellten, um dringend benötigte Lebensmittel zu erstehen. Der Aspekt ist keineswegs zu vernachlässigen, da diese Arbeit mit einem enormen Zeitaufwand verbunden war. Auch hier wird das Geschlecht zum Platzanweiser in der Krisengesellschaft – wird doch von Frauen selbstverständlich erwartet, die Folgen der sozioökonomischen Situation für die gesamte Familie aufzufangen.²⁴⁷ Dieser Aspekt ist oft noch wichtiger als die Einkommensunterschiede, war der Faktor Zeit in der Krise von 1980/81, in der es mit Geld nur wenig zu kaufen gab, doch ein entscheidender. Piotr Perkowski vergleicht die Situation in den 1980er Jahren mit der in der Nachkriegszeit, wo Frauen ebenfalls die Bürde der ökonomischen Lage des Staates übertragen worden sei. Er betont zudem den Zusammenhang zwischen Krise und Geschlechterpolitik. So hätten einige Frauen Anfang der 1980er Jahre auch deshalb Mutterschutz genommen, um Zeit für die Besorgung von raren Produkten zu haben; gerade angesichts dessen, dass Betreuungseinrichtungen ein rares Gut waren.²⁴⁸

Ein weiterer Bereich, der einen aufschlussreichen Untersuchungsgegenstand im Hinblick auf seine Geschlechterdimension darstellt, ist der Agrarsektor, der im Rahmen dieser Arbeit allerdings nur am Rande berücksichtigt werden kann. Im polnischen Agrarsektor waren im Jahr 1983 rund 25,6 % aller Polinnen und somit offiziell weniger als in den meisten anderen sozialistischen Staaten Ostmitteleuropas erwerbstätig; mit zwischen 1960 und 1983 leicht steigender Tendenz (im Gegensatz zu allen anderen Staaten außer Rumänien).²⁴⁹ Diese Zahlen sind allerdings nur bedingt aussagekräftig, verdecken sie doch unbezahlt mitarbeitende Familienmitglieder – nämlich vielfach Frauen, deren Situation bis heute nur unzureichend erforscht ist. Darüber hinaus berücksichtigen die Zahlen der ILO (International Labour Organization) die unterschiedlichen Kollektivierungssysteme bzw. – wie im Falle Polens – die ›Nicht-Kollektivierung‹ nicht. Fest steht allerdings, dass Polinnen auf dem Land den überwiegenden Teil der unbezahlten Arbeitskräfte auf privaten Bauernhöfen stellten. Ihre Situation war oft von harter Arbeit und Armut geprägt.²⁵⁰ Dies spiegelt den patriarchalen Charakter dieser Arbeitsorganisation wider, zumal die Frau damit finanziell vollkommen von ihrem Ehemann abhängig und ihre Arbeit Verfügungsmasse des ›Familienvorstands‹ war. Schließlich ist neben dem Agrarbereich auch der sogenannte Schwarzmarkt ein Feld,

245 UK: Sutherland, Margaret: ›Donna Britannica‹ – University Women Teachers in Great Britain, in: *The Journal of Educational Thought (JET)* Vol. 17 (2/1983), S. 133–144, hier: S. 133. BRD: Statistisches Bundesamt: Statistischer Bericht – Statistik des Hochschulpersonals. URL: <https://www.gesis.org/cews/daten-und-informationen/statistiken/thematische-suche/detailanzeige/article/frauenanteile-an-habilitationen-berufungen-professuren-und-c4-w3-professuren> [Abgerufen: 21.05.2024].

246 Nagelschmidt: Realitäten, S. 36f.

247 Kenney: Resistance, S. 413.

248 Perkowski: Welfare, S. 478.

249 ILO: Women, S. 141.

250 Reading: Polish Women, S. 47.

das noch einmal einen anderen Blick auf die Volksrepublik ermöglicht und durchaus eine Geschlechterdimension aufweist, hier jedoch nicht weiter thematisiert werden kann.²⁵¹

Zu dieser horizontalen Segregation in der Volksrepublik Polen kam hinzu, dass es auch innerhalb ›feminisierter‹ Branchen eine vertikale Geschlechtersegregation hinsichtlich der Bezahlung von Frauen und Männern sowie ihrer Repräsentation in Führungspositionen gab.²⁵² Auch dass Frauen in den 1970er Jahren bei den Bildungsabschlüssen aufschließen konnten, wirkte sich nicht zu ihren Gunsten aus. In denjenigen Industriezweigen, in denen Frauen (je nach Fabrik) mit einem Anteil von 51 bis 68 % der Gesamtbelegschaft stark vertreten waren, wie etwa in der Baumwollindustrie, lag ihr Anteil an Führungspositionen nur bei 9 bis ca. 21 %; die Regel waren 10 bis 15 %. Lediglich in der von Frauen dominierten Strickwarenindustrie bekleideten diese mit 35 % mehr als ein Drittel der Führungspositionen, und dennoch waren auch dort die höchsten Ränge von Männern besetzt: So gab es in ganz Polen 21 Direktoren, aber keine einzige Direktorin in diesem Industriezweig, und bei den Vizedirektor:innen lag das Verhältnis bei 89 zu fünf.²⁵³ Diese Benachteiligung kritisierte Siemieńska bereits 1985 in einer Studie. Sie konstatiert für die gesamte Führungsriege innerhalb des industriellen Sektors einen Frauenanteil von 4–10 %.²⁵⁴ Entgegen den Versprechungen der volksrepublikanischen Verfassung existierte eine ›gläserne Decke‹ für Frauen – oder, um es (frei) mit George Orwell zu sagen: »Alle [...] sind gleich, aber manche sind gleicher.« Meine Interviewpartnerin Karolina Przybylska, die Anfang der 1980er Jahre ihr juristisches Studium beendet und im Bereich Arbeits- und Sozialrecht zu arbeiten begonnen hatte, äußerte mir gegenüber ähnliche Beobachtungen: »Der Mann war der Chef, der stellvertretende Chef. [...] Das heißt, auf der Ebene des Direktors gibt es eine Frau, aber sie ist die Sekretärin des Herrn Direktors.«²⁵⁵ Gleiches betonte mir gegenüber auch Zdzisława Janowska bezüglich der Leichtindustrie in Łódź, wo es kaum Direktorinnen gegeben habe.²⁵⁶

Theoretisch konnten Frauen in den meisten Sektoren arbeiten, taten dies aber faktisch und ab den 1970er Jahren zunehmend in ›klassischen Frauenberufen‹. Diese waren schlechter bezahlt, was in Kombination mit der oftmals auch innerhalb der gleichen Berufe gegebenen Lohndiskriminierung zu einem durchschnittlichen Verdienstunter-

251 Vgl. Kochanowski, Jerzy: *Jenseits der Planwirtschaft. Der Schwarzmarkt in Polen 1944–1989*. Göttingen 2013.

252 Kraft, Claudia: *Paradoxien der Emanzipation*, S. 389.

253 Polska Zjednoczona Partia Robotnicza. Komitet Centralny w Warszawie. Wydział Organizacji Społecznych, Sportu i Turystyki: *Działalność wojewódzkich Rad Kobiet dotycząca aktywności zawodowej i społeczno-politycznej kobiet*. Uchwała, referat, apel, notaki, oceny, zalecenia, informacje, wnioski, wycinki prasowe 1977–1978, 1980, AAN: Sig. 2/1354/0/2.4.1/XL43, hier: *Ocena Realizacji postanowień egzekutywy KC PZPR*, Tabela nr 4.

254 Siemieńska: 1980 *Crisis*, S. 335.

255 Przybylska: *Transkript*, S. 9. »Mężczyzna był szefem, wiceszefem. [...] Że jak, jak już jest poziom dyrekcji, to kobieta jest, ale jest sekretarką pana dyrektora.«

256 Janowska: *Transkript*, S. 7. Janowska war zu diesem Zeitpunkt an der Universität Łódź angestellt, wo sie 1972 in Wirtschaftswissenschaften promovierte und 1986 habilitiert wurde.

schied von 30 % führte.²⁵⁷ Diese Tatsache war allerdings ein politisches Tabu und spiegelt sich deshalb kaum in den Akten wider. Einzige Ausnahme war Kritik vonseiten der *Liga Kobiet*, wie sie beispielsweise Ende 1981 im Zuge der Krise möglich war.²⁵⁸

Ein letzter Punkt, der ebenfalls eine Geschlechterdimension sowie Auswirkungen auf den polnischen Arbeitsmarkt hatte, ist die Emigration aus der Volksrepublik. Fast 1,25 Millionen Menschen emigrierten zwischen 1980 und 1989 aus der Volksrepublik in den Westen, vor allem in die Bundesrepublik;²⁵⁹ diese Personen waren überdurchschnittlich gebildet und meist im erwerbsfähigen Alter.²⁶⁰ Zahlen des GUS, die sich ausschließlich auf die formale²⁶¹ Migration beziehen, zeigen, dass in der gesamten staatssozialistischen Periode mehr Frauen als Männer emigrierten.²⁶² In den 1980er Jahren war das Verhältnis insgesamt ausgeglichen; Frauen stellten den deutlich größeren Teil der legalen Migration, die vor allem über Heirat erfolgte, während Männer mehrheitlich »illegal« migrierten und oft »Vorreiter« waren, die später ihre Ehefrauen und Familien nachholten.²⁶³ Ab 1987 entwickelte sich darüber hinaus eine »Heiratsmigration« (primär in die Bundesrepublik) unter durchaus fragwürdigen Umständen, zumal die emigrierenden Frauen in den ersten vier Ehejahren im Falle einer Scheidung abgeschoben worden wären, was nicht selten massive Abhängigkeiten nach sich zog.²⁶⁴ Die Migration konnte aber auch eine Flucht aus Ehe oder Familie sein. So floh meine Interviewpartnerin Paulina Kowalczyk²⁶⁵ in den 1980er Jahren (»illegal«) aus Polen in die Bundesrepublik (nach Westberlin). Sie betont, aus Gdańsk weggegangen zu sei, da damals in Polen ein respektloser Umgang mit Frauen und Kindern geherrscht habe, der sich beispielsweise in körperlicher und psychischer Gewalt in ihrer Ursprungsfamilie niedergeschlagen habe. Sie habe erstmals in (West)Berlin verstanden, dass sie als Frau auch Rechte habe, als eine Mitarbeiterin vom Sozialamt ihr blaues Auge (aufgrund physischer Gewalt durch ihren mit ihr migrierten Exmann) bemerkt und ihr gesagt habe, sie bräuchte ein eigenes Konto.²⁶⁶ Aus ihrer Sicht habe damals einer der Unter-

257 Reading: Polish Women, S. 40f.

258 KC: Liga Kobiet 1981, hier: Uchwała Programowa.

259 Stola, Dariusz: Das kommunistische Polen als Auswanderungsland, in: *Zeithistorische Forschungen/ Studies in Contemporary History* Vol. 2 (3/2005), S. 345–365, hier: S. 364.

260 Ebd., S. 360.

261 Genehmigte Ausreise; »nicht formal« bedeutet hingegen, dass die Personen nicht zurückgekommen sind.

262 Główny Urząd Statystyczny: Mały Rocznik Statystyczny 1992. Warszawa 1992, S. 52.

263 Stola: Polen als Auswanderungsland, S. 356.

264 Miera, Frauke: Migration aus Polen. Zwischen nationaler Migrationspolitik und transnationalen sozialen Lebensräumen, in: Hartmut Häußermann/Ingrid Oswald (Hg.): *Zuwanderung und Stadtentwicklung*. Wiesbaden 1997, S. 232–254, hier: S. 238f.

265 Pseudonym.

266 Interview mit Paulina Kowalczyk. Frankfurt (Oder) (7.12.2023), S. 2f.

schiede zwischen Polen und Deutschland bzw. (West)Berlin²⁶⁷ darin bestanden, dass in Ersterem von ihr erwartet worden war, dass sie einen ›Versorger‹ habe.²⁶⁸

Ein weiterer wichtiger Aspekt war die Beschäftigung von Pol:innen in der DDR. So erreichte die Zahl der Pendler:innen aus der Volksrepublik in die DDR in den 1980er Jahren einen Höchststand. In den westlichen Wojewodschaften Polens waren insbesondere Frauen von Arbeitslosigkeit betroffen, weshalb viele von ihnen zu täglichen Grenzgängerinnen wurden.²⁶⁹ Darüber hinaus bot die Erwerbstätigkeit in der DDR vielen die Möglichkeit zu sozialem Aufstieg, Anerkennung sowie im Zuge der Wirtschaftsprobleme der 1980er Jahre in der Volksrepublik zu erweiterten Konsummöglichkeiten.²⁷⁰

Diese Migrations- und Pendelbewegungen zeigen zunächst, dass in der Volksrepublik häufig ein Arbeitskräfteüberschuss bestand, in der DDR hingegen ein Mangel an selbiger. Eine Geschlechterdimension ist vor allem bei den Pendler:innen in den Grenzregionen zu verzeichnen, die überwiegend (junge) Frauen waren und in der Volksrepublik keine Arbeit fanden. Nicht zuletzt daran wird deutlich, dass sich die Konstruktion der Frau als zweitrangiger Arbeiterin auch sozial niederschlug.

Die PZPR hatte sich ab Mitte der 1970er Jahre zunehmend patriarchaler Geschlechternarrative bedient, die eine Segregation anhand ›natürlicher‹ Geschlechterrollen verlangten. Im Arbeitsbereich führte dies zu einer verstärkten Essentialisierung bestimmter Berufsgruppen und einem generellen Rückgang der Erwerbstätigkeit von Frauen zugunsten einer Fokussierung auf Care-Arbeit. Zwar war Geschlecht bereits vor den 1980er Jahren einer der ›Platzanweiser‹ in der volksrepublikanischen Gesellschaft gewesen, doch verstärkte sich dies nun zuungunsten der Wahlfreiheit von Polinnen in Bezug auf die von ihnen einzunehmende(n) gesellschaftliche(n) Rolle(n).

3.5 Der »Frühling der Opposition« als Beginn eines geschlechterspezifischen Transformationsprozesses. 1980/81 im Vergleich zu den Umbrüchen von 1956, 1970 und 1976

Die ›Polnischen Monate‹ (*Polskie Miesiące*)²⁷¹ waren nicht nur Wendepunkte der polnischen Nachkriegsgeschichte an sich, sondern vor allem auch aus einer geschlechtergeschichtlichen Perspektive. In ihrem Zuge veränderte sich der Status sowie die staatlicherseits propagierte Rolle von Frauen und damit umgekehrt auch die von Männern. Dies schlug sich wiederum in der Geschlechterpolitik der Volksrepublik nieder.²⁷²

267 Meines Erachtens ist die Betonung von (West)Berlin in diesem Kontext wichtig, zumal die Situation in ländlichen Teilen (man denke beispielsweise an Oberbayern) sicherlich völlig anders aussah. Was ›die Züchtigung‹ von Kindern angeht, ist diese heute in Polen und Deutschland verboten, in anderen europäischen Staaten wie Frankreich oder Tschechien allerdings weiterhin erlaubt.

268 Kowalczyk: Transkript, S. 5.

269 Jajeński-Quast: Großbetriebe, S. 271f.

270 Ebd., S. 289f.

271 Mit den *Polskie Miesiące* sind die politischen und sozioökonomischen Krisen in der Geschichte der Volksrepublik im Juni und Oktober 1956, im März und August 1968, im Dezember 1970, im Juni 1976, im August 1980 sowie im Dezember 1981 gemeint.

272 Siemieńska: 1980 Crisis, S. 334.

Mit den 1980er Jahren beginnt ein geschlechterspezifischer Transformationsprozess. Die staatssozialistische Geschlechterpolitik, die im Vergleich mit den Staaten des sogenannten Westens deutlich progressiver war und Frauen eine selbstbestimmte Erwerbsbiografie ermöglichte, wurde nun zunehmend zur Modernisierungsblockade. Entwickelten sich die sogenannten westlichen Staaten – wobei insbesondere die skandinavischen hervorzuheben sind – im Bereich der Arbeit allmählich in Richtung einer stärkeren Gleichberechtigung der Geschlechter, so vollzog sich in der Volksrepublik das Gegenteil. Zwar blieb das Land im Hinblick auf die Erwerbsquote von Frauen sowie die staatliche Kinderbetreuung bis 1989/90 im Vergleich mit ›dem Westen‹ führend, doch war der Trend eindeutig, sodass sich fast von einer geschlechterspezifischen ›Verbürgerlichung‹ der Volksrepublik sprechen lässt.

Der Unterschied zwischen der politisch-ökonomischen Krise zu Beginn der 1980er Jahre und allen vorangegangenen Krisen lag in der Kumulation und Zuspitzung verschiedener Entwicklungen und deren geschlechterpolitischen Dimension. So war seit der Krise Mitte der 1970er Jahre die Familie als primäre Erfüllung der Frau propagiert worden, worauf bereits Renata Siemińska in ihren Untersuchungen zu Beginn der 1980er Jahre hinwies.²⁷³ Aber erst der sich Ende der 1970er Jahre zuspitzende Krisendiskurs erzeugte ein Momentum zuungunsten erwerbstätiger Frauen.²⁷⁴

Die katholische Kirche erreichte eine bis dahin in sozialistischen Staaten unbekannte Machtfülle und unterstützte in Zusammenarbeit mit weiten Teilen der *Solidarność* eine Abkehr von ›unnatürlichen‹ Frauenrollen. Diese Forderungen trafen auf ein Regime, das patriarchale Geschlechterrollen zutiefst verinnerlicht hatte und zugleich versuchte, mithilfe einer essentialistisch begründeten und konservativen Geschlechterpolitik sein Ansehen zu erhöhen und im selben Atemzug seine ökonomischen Probleme zu lösen. Dies war nicht zuletzt nötig geworden, da der ungeschriebene soziale Kontrakt der Volksrepublik, der seinen Bürger:innen dauerhafte materielle Verbesserungen als Gegenleistung für politische Akzeptanz der Herrschaft der PZPR versprochen hatte, in der Krise brüchig geworden war.²⁷⁵ Die Vorstellung von einer Aufteilung von Arbeit in einen privaten Bereich für Frauen (Care-Arbeit) und einen öffentlichen für Männer (Erwerbsarbeit) stellte den kleinsten gemeinsamen Nenner zwischen den drei politischen Akteuren dar. Insgesamt ließ sich das Regime unter Jaruzelski zunehmend auf den kulturellen Deutungsrahmen der Opposition ein, wodurch sozialistische Überzeugungen wie die von der ›Emanzipation der Frau‹ (durch Partizipation an Erwerbsarbeit) auf der Strecke blieben bzw. umgedeutet wurden.²⁷⁶ Das Resultat war eine Fokussierung von Sozialleistungen auf Mütter, die Forcierung einer strikten Rollenverteilung innerhalb der Gesellschaft und eine zunehmende Segregation des Arbeitsmarktes anhand von Geschlechtergrenzen durch den polnischen Staat mit dem Ziel, die Herrschaft der PZPR zu sichern.²⁷⁷ Diese Situation wirkte sich insbesondere im Zuge der Krise von 1980/81 entschieden zuungunsten einer gleichberechtigten Erwerbsbeteiligung von Frauen aus.

273 Ebd.

274 Stegmann: Aufwertung, S. 536.

275 Zok: Gendered social policies, S. 45.

276 Kenney: Resistance, S. 408.

277 Perkowski: Welfare, S. 480.

In der Folge wurde das Versprechen gleicher Rechte für Frauen und Männer im Bereich der Erwerbsarbeit nicht mehr als wesentlich wahrgenommen, was dazu führte, dass der Frauenanteil in Führungspositionen von Politik und Wirtschaft in der Volksrepublik erstmals sank.²⁷⁸ So hatte beispielsweise der Frauenanteil im Sejm 1978 mit 23 % einen vorläufigen Höhepunkt erreicht und war ab 1980/81 wieder im Sinken begriffen.²⁷⁹ Diese Politik konnte durchgesetzt werden, da sich Partei und Opposition in ihren Rollenbildern weitgehend einig waren.²⁸⁰ Entschieden gegen diese neue Ausrichtung der Politik wandte sich die ›Frauenkommission‹ der PZPR, die Diskriminierungen von Frauen anprangerte und das Zentralkomitee immer wieder daran erinnerte, dass die Emanzipation der Frau Teil der sozialistischen Idee sei. Allerdings gerieten diese Frauen – wie Michael Zok betont – mit ihren Forderungen zunehmend unter Druck des konservativen Geschlechterdiskurses.²⁸¹ Viele der Frauen hatten zu den treuesten Unterstützerinnen der Volksrepublik gezählt und nicht wenige wandten sich nun enttäuscht ab. Nichtsdestoweniger trugen sie ihren Teil dazu bei, dass die Volksrepublik weiterhin zumindest nach außen am Ideal der Gleichberechtigung der Geschlechter festhielt. Praktisch bedeutete dies, dass staatliche Kinderbetreuung nach wie vor angeboten wurde, wenn auch in geringerem Ausmaß. Nicht zuletzt deshalb blieben grundlegende Errungenschaften bezüglich der Gleichberechtigung von Frauen erhalten. Sie waren oft bestens ausgebildet und konnten an weiten Teilen des Arbeitsmarktes partizipieren. Diese Leistungen und die zumindest postulierte Gleichberechtigung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt verhinderten bis 1989 große Rückschritte im Hinblick auf die Erwerbstätigkeit von Frauen. Den in der volksrepublikanischen Verfassung festgehaltenen Anspruch einer Gleichberechtigung der Geschlechter auf allen Gebieten des staatlichen, politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Lebens sowie von gleichen Löhnen für gleiche Arbeit konnte und wollte der realsozialistische Staat hingegen nie einlösen.²⁸² Im letzten Jahrzehnt der Volksrepublik gab er allerdings auch den Anspruch auf, es zumindest zu versuchen. Mit der sich zuspitzenden Krise zu Beginn der 1980er Jahre setzte in der Volksrepublik ein geschlechterspezifischer Transformationsprozess ein, der sie von einer Vorreiterin bei der Einbeziehung von Frauen in Erwerbsmärkte ganz allmählich zur Nachzüglerin werden ließ.

Exkurs: Emanzipierte der Sozialismus Frauen in Polen und Ost(mittel)europa?

»Analysis of data on women's participation in economic activity in the USSR and the socialist countries of Europe shows that men and women in these countries enjoy equal rights in all areas of economic, political and social life. The exercise of these rights is

278 Siemieńska: 1980 Crisis, S. 345.

279 Ebd., S. 335. Erst 2011 wurde dieser Frauenanteil mit 23,9 % wieder erreicht.

280 Stegmann: Aufwertung, S. 544.

281 Zok: Gendered social policies, S. 46.

282 Dz.U. 1976 nr 7 poz. 36: Konstytucja Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej uchwalona przez Sejm Ustawodawczy w dniu 10 lutego 1976 r.

guaranteed by granting women equal opportunities with men in access to education and vocational training and in work.«²⁸³

Zu diesem Fazit kommen die ILO und das INSTRAW (International Research and Training Institute for the Advancement of Women)²⁸⁵ nach einer vergleichenden Analyse globaler Statistiken zur Erwerbsbeteiligung von Frauen. Dass diese Schlussfolgerungen ein sehr euphemistisches Bild der Situation von Frauen im Staatssozialismus zeichnen, wurde im vorherigen Kapitel ausführlich erörtert. Insbesondere die Behauptung gleicher Chancen im Bereich der Arbeit ist so nicht haltbar und entspricht mehr der Außendarstellung der betreffenden Staaten als der Realität. Indes verweist der Bericht durchaus zu Recht auf die enormen Leistungen staatssozialistischer Staaten wie der DDR oder der Volksrepublik bei der Einbeziehung von Frauen in Erwerbsmärkte – gerade auch im Vergleich mit den Ländern der sogenannten Ersten Welt.

Insofern lohnt ein erneuter kritischer Blick auf die Frage, inwiefern der Staatssozialismus in den Ländern des Warschauer Pakts dazu beitrug, Frauen zu emanzipieren, gerade in Anbetracht der Tatsache, dass sie in den vergangenen Jahren verstärkt in der Forschung diskutiert wurde. Insbesondere bei der geschlechtergeschichtlichen Aufarbeitung der DDR fand eine ausgewogene und kritische Auseinandersetzung mit den Vorzügen des staatssozialistischen Systems bezüglich der Stellung von Frauen statt.²⁸⁴ Diese Debatte ging nach 2017 in eine neue Runde, als Kristen Ghodsee erst in der *New York Times* einen Artikel mit dem Titel »Why Women Had Better Sex Under Socialism«²⁸⁵ veröffentlichte, bevor sie anschließend ein Buch mit demselben Titel verfasste, in welchem es zu Beginn der Einleitung heißt:

»Unregulierter Kapitalismus ist schlecht für Frauen, und wenn wir einige sozialistische Ideen aufgreifen, haben Frauen ein besseres Leben. Richtig umgesetzt führt Sozialismus zu wirtschaftlicher Unabhängigkeit, besseren Arbeitsbedingungen, einer ausgewogenen Balance zwischen Arbeit und Familie und, genau, sogar zu besserem Sex.«²⁸⁶

Hierbei ist wichtig zu betonen, dass Ghodsee aus einer US-amerikanischen Perspektive schreibt und mit ihrem Werben für einen demokratischen Sozialismus eher den skandinavischen Sozialstaat vor Augen hat als den real existierenden Sozialismus des Warschauer Pakts. In ihrer wissenschaftlichen Arbeit (beispielsweise in ihrer Dissertation)²⁸⁷ nimmt sie allerdings vor allem letztere Staaten in den Blick. In einem 2012 erschienenen Aufsatz diskutiert sie die Errungenschaften der sozialistischen Staaten bei der Emanzipation von Frauen, wobei sie die Handlungsfähigkeit staatssozialistischer Frauenorganisationen hervorhebt: »[They] may have truly attempted to create a better

283 ILO: *Women*, S. 147.

284 Vgl. dazu: Neumaier: *Frauen*. Sehr lesenswert ist dazu auch die mikrohistorisch angelegte Studie zu Sexismus in DDR-Betrieben von Henrike Voigtländer: *Sexismus*.

285 Ghodsee, Kristen: *Warum Frauen im Sozialismus besseren Sex haben. Und andere Argumente für ökonomische Unabhängigkeit von Frauen*. Berlin³ 2021, S. 31.

286 Ebd.

287 Dies.: *The Red Riviera Gender. Tourism, and Postsocialism on the Black Sea*. Durham 2005.

world for women«. ²⁸⁸ Bei aller gebührender Anerkennung für Ghodsees Verdienst, die Erfolge des Staatssozialismus im Hinblick auf die Gleichstellung von Frauen einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht zu haben, beinhaltet gerade ihr wohl bekanntestes Buch einige problematische Vereinfachungen und reproduziert einen neokolonialen Blick. So konstruiert sie einerseits die sozialistischen Staaten als einen übergreifenden Raum ›Osteuropa‹, ohne im Detail auf die jeweils enormen Unterschiede einzugehen, und betreibt ein *Othering* mittelosteuropäischer Staaten. Andererseits spricht sie den von ihr befragten Frauen z. T. deren eigene Erfahrung ab; so kritisierte eine schweizerisch-slowakische Frau in einem Brief an Ghodsee ihren Artikel in der *New York Times* auf der Grundlage ihrer persönlichen Erfahrungen im Staatssozialismus. Die Forscherin reagierte darauf mit den Worten:

›aber ich glaube, dass dieser Frau [...] nicht bewusst war, wie privilegiert sie in der staatssozialistischen Tschechoslowakei im Vergleich zu berufstätigen Müttern heute war. [...] ich vermute, sie weiß nicht, wie sehr sich dieser Tagesablauf für Frauen (selbst für Europäerinnen), die heutzutage Arbeit und Familie unter einen Hut zu kriegen versuchen, nach reinstem Luxus anhört.« ²⁸⁹

Einen Kontext zur politischen und sozialen Situation dieser Frau oder in der Tschechoslowakei generell bleibt Ghodsee ihren Leser:innen allerdings schuldig. Ich diskutiere dieses Buch so ausführlich, weil es sich dabei um die reichweitenstärkste Darstellung der Situation von Frauen im Staatssozialismus der vergangenen Jahre handelt – zumindest in der westeuropäischen Öffentlichkeit. Zugleich stellt es ein Manifest für eine (sicherlich notwendige) Veränderung der gesellschaftlich-politischen Situation in den USA dar – was in diesem Fall leider zur Folge hatte, dass die Forschung teilweise dieser Agenda untergeordnet wurde.

Auch Agnieszka Mrozik diskutiert aus einer linken und feministischen Perspektive die Erfolge und insbesondere die Rolle sozialistischer Frauenorganisationen. Für deren Analyse ist der Literaturwissenschaftlerin zufolge zunächst eine undogmatische Beschäftigung mit dem Staatssozialismus an sich und insbesondere der Volksrepublik Polen nötig. Heutzutage würden allerdings der allgegenwärtige Antikommunismus sowie die Identifikation mit dem Transformationsprojekt in Polen eine unvoreingenommene Auseinandersetzung mit sozialistischen Frauenorganisationen wie der *Liga Kobiet (Polskich)* verhindern, die aus Mroziks Sicht durchaus als feministische Bewegungen betrachtet werden können. ²⁹⁰ Zudem kritisiert die Forscherin ›der liberale feministische Diskurs funktioniert [...] als hegemonialer Diskurs, der für sich beansprucht, die Interessen der Polinnen zu repräsentieren.« ²⁹¹ Dieser Interpretation kann ich mich

288 Dies.: Rethinking State Socialist Mass Women's Organizations: The Committee of the Bulgarian Women's Movement and the United Nations Decade for Women, 1975–1985, in: *Journal of Women's History* Vol. 24 (4/2012), S. 49–73, hier: S. 68.

289 Ghodsee: *Frauen im Sozialismus*, S. 109f.

290 Vgl. Mrozik, Agnieszka: *Gender Studies in Polen. Ein unvollendetes Projekt*, in: Anna Artwińska/Janine Schulze-Fellmann (Hg.): *Gender Studies im Dialog. Transnationale und transdisziplinäre Perspektiven*. Bielefeld 2022, S. 83–99.

291 Dies.: *Akuszkerki transformacji. Kobiety, literatura i władza w Polsce 1989 roku*. Łódź 2012, S. 393.

nach Abschluss der vorliegenden Arbeit durchaus anschließen. In eine sehr ähnliche Richtung geht auch Magdalena Grabowska, die Forscher:innen kritisiert, die Frauen im Staatssozialismus jegliche individuelle und/oder kollektive Handlungsfähigkeit absprechen.²⁹²

Diese Forschungsrichtung leistet einen wertvollen Beitrag zur Dekonstruktion des lange dominanten Narrativs, das sozialistischen Aktivist:innen jedwede *Agency* aberkannte und sozialistische Frauenpolitik generell als illegitim darstellte. Zu Recht verweisen die genannten Forscher:innen auf die Errungenschaften der staatssozialistischen Länder sowie auf die Tatsache, dass auch Sozialistinnen, die sich für Frauen einsetzten, nicht alle nur staatlichen Vorgaben ›hörig‹ waren, sondern eigenen Gestaltungsspielraum besaßen. So versuchten einige von ihnen – teilweise auch erfolgreich, – eine Gleichberechtigung der Geschlechter nach sozialistischem Vorbild zu verwirklichen. Bei ihrer ›Aufwertung‹ staatssozialistischer Aktivist:innen scheint es einigen Forscher:innen (vor allem Ghodsee) indes mehr um eine (durchaus legitime) Kritik am aus ihrer Sicht (importierten) neoliberalen Feminismus der 1990er Jahre zu gehen als um eine genuine, unvoreingenommene Auseinandersetzung mit der Periode vor 1989. Gerade in Bezug auf die Volksrepublik Polen wird deutlich, dass die konservative Wende, die ich als geschlechterspezifischen Transformationsprozess verstehe, ihre Wurzeln bereits in den 1970er und vor allem 1980er Jahren hatte und nicht etwa aus dem Systemwechsel resultierte. Was für die wissenschaftliche Beschäftigung mit den Staaten östlich der Bundesrepublik generell und für deren staatssozialistische Phase im Besonderen gilt, trifft nicht weniger auf eine geschlechtergeschichtliche Betrachtungsweise dieser Staaten zu. Weder existiert ›Osteuropa‹ als einheitlicher Raum noch findet sich ein überzeugendes Narrativ, dass alle Nuancen sozialistischer Geschlechterdiskurse und Politiken fassen könnte.

Eine andere Forschungsrichtung vertritt Éva Fodor, die in ihrer Analyse der Situation im staatssozialistischen Ungarn betont, dass Frauen im Kommunismus weiterhin als Bürgerinnen zweiter Klasse galten. Das ideale kommunistische Subjekt sei mit männlichen Attributen und als allzeit bereit, sich vollends der kommunistischen Sache hinzugeben, beschrieben worden. Frauen hätten diese Rolle nie ganz erfüllen können, da ihre reproduktive Funktion – so die Argumentation – eine völlige Hingabe an das System verhindere; zudem wurden sie als politisch naiv und rückständig sowie offen für Religion beschrieben. Fodor zufolge würden Frauen als eigene Gruppe konstruiert, die zum Ziel positiver Diskriminierung werden sollte, indem sie als Gesellschaftsteil mit spezifischen und homogenen Interessen betrachtet wurden und nur als Teil dessen – nicht aber als Individuen – am Arbeitsmarkt und der Gesellschaft partizipierten. Die Forscherin kommt deshalb zu dem Schluss, dass der Kommunismus ebenso patriarchal geprägt gewesen sei wie kapitalistische Gesellschaften.²⁹³ Diese Position teilt in ähnlicher Weise auch Isabel

292 Grabowska, Magdalena: Bringing the Second World In: Conservative Revolution(s), Socialist Legacies, and Transnational Silences in the Trajectories of Polish Feminism, in: *Signs: Journal of Women in Culture & Society* Vol. 37 (2/2012), S. 385–411.

293 Fodor, Éva: Smiling Women and Fighting Men: The Gender of the Communist Subject in State Socialist Hungary, in: *Gender and Society* Vol. 16 (2/2002), S. 240–263.

Marcus.²⁹⁴ Noch etwas weiter geht Mihaela Miroiu, die kommunistischen Feminismus als Widerspruch in sich sieht. Ihr zufolge hätten staatssozialistische Regime ein Staatspatriarchat geschaffen, und der Kommunismus habe lediglich neue Geschlechterhierarchien bzw. -privilegien mit sich gebracht.²⁹⁵ Nanette Funk wiederum betont, dass der Staatssozialismus vor der zweiten Welle des Feminismus ›im Westen‹ für Frauen in mancher Hinsicht besser gewesen sei – allerdings nur für Frauen ohne abweichende Meinung und um den Preis beruflicher Zwänge und in Teilen Zwangsarbeit. Ferner argumentiert sie, dass Gleichheit nur solange gefördert wurde, wie sie dem Staat diene.²⁹⁶ Aus ihrer Sicht ist der Staatssozialismus geradezu exemplarisch für ›Biopolitik‹ im Foucaultschen Sinne.²⁹⁷ Diesen Ansätzen ist die Auffassung gemein, dass Frauen im Staatssozialismus wenn überhaupt, dann nur über eine sehr eingeschränkte *Agency* verfügten.²⁹⁸ Teilweise werden hier die 1990er Jahre als »Wiedergeburt des ›Feminismus‹ in Polen« betrachtet.²⁹⁹ Zudem beklagten (liberale) polnische Feministinnen in den 1990er Jahren das mangelnde feministische Bewusstsein polnischer Frauen und machten dafür vor allem den Staatssozialismus verantwortlich. Einige gehen sogar so weit, dass sie Polinnen für rückständig erklären und ihre schwierige Situation für selbstverschuldet halten.³⁰⁰ Interessanterweise ist diese Argumentation derjenigen von der »politischen Rückständigkeit von Frauen« vonseiten der PZPR zu Beginn der Volksrepublik nicht unähnlich.

Auch diese Forschungsrichtung hat gute Argumente, verweist sie doch zu Recht auf die patriarchalen und autoritären Aspekte des Sozialismus in den Staaten Ostmitteleuropas. Jedoch vernachlässigt sie dabei oft die realen, auch von Sozialistinnen errungenen Erfolge hinsichtlich der Gleichberechtigung von Frauen. Zudem besaßen Individuen – zumindest nach dem Ende der stalinistischen Periode – durchaus ein gewisses Maß an Handlungsfähigkeit; so war selbst unter Berücksichtigung aller staatlichen Gewaltmaßnahmen beispielweise die Volksrepublik spätestens ab 1956 kein totalitärer Staat mehr. Vielmehr scheint bei einigen dieser Forscher:innen eine dezidiert antikommunistische Haltung und Abgrenzung von jeglichen sozialistischen Überbleibseln durch, die eine nuancierte Betrachtung verhindern. Gerade die Kritik vieler dieser Forscher:innen an einer ›Emanzipation von oben‹ im Staatssozialismus scheint etwas wohlfeil: Einerseits, da viele Aktivist:innen dies ganz anders wahrnahmen, und andererseits, da auch im sogenannten Westen vielen emanzipatorischen Maßnahmen erst ›von oben‹ zum Durchbruch verholfen wurde, etwa aus arbeitsmarktpolitischen Gründen. Hinzu kommt, dass mit diesen Überzeugungen oft eine ›Depolitisierung‹ einherging – d. h. Feminismus als

294 Marcus: *Wife Beating*.

295 Miroiu, Mihaela: *Communism was a State Patriarchy, not State Feminism*, in: *Aspasia* Vol. 1 (2007), S. 197–201.

296 Funk, Nanette: *A very tangled knot: Official state socialist women's organisations, women's agency and feminism in Eastern Europe state socialism*, in: *European Journal of Women's Studies* Vol. 21 (4/2014), S. 344–360.

297 Ebd., S. 356.

298 Vgl. dazu auch: Watson, Peggy: *Eastern Europe's Silent Revolution: Gender*, in: *Sociology* Vol. 27 (3/1993), S. 471–487, sowie Susan Gal/Gail Kligman (Ed.): *Reproducing Gender: Politics, Publics, and Everyday Life After Socialism*. Princeton 2000.

299 Seiler: *Weiblichkeit*, S. 67.

300 Kowalski: *Feminismus*, S. 325f.

dezidiert unpolitisch verstanden wurde –, die Nina Seiler als »eigentliches Problem des polnischen Feminismus« bezeichnet.³⁰¹ Daraus folgte, dass diese Forschungsrichtung etwa soziale Faktoren vernachlässigte bzw. den »liberalen Feminismus« der 1990er Jahre als einzig legitimen ansahen und dessen Probleme oft aussparte.

Am überzeugendsten sind meines Erachtens Ansätze, wie sie beispielsweise von Claudia Kraft³⁰² oder Małgorzata Fidelis vertreten werden, die die Rolle von Geschlecht in beiden Systemen recht nüchtern betrachten (und kritisieren), ohne dabei in Simplifizierungen zu verfallen. Vor allem Małgorzata Fidelis³⁰³ gelingt es, die staatssozialistische Geschlechterpolitik kritisch zu analysieren und zugleich die Macht von Frauen als Individuen – in der *Liga Kobiet* oder als organisierte Arbeiterinnen – zu betonen. Überdies zeigt sie die Ambivalenzen dieser Geschlechterpolitik sowie der Positionierungen innerhalb des Machtapparates der PZPR auf und verweist auf die immer wiederkehrende Neuaushandlung dessen, was »Geschlecht« bedeutet.

Bezüglich der Lebensrealität von Frauen ist aus meiner Sicht letztlich Jill Massino und Shana Penn zuzustimmen, wenn sie zu dem Schluss kommen:

»We believe there is no simple, coherent narrative of gender and women's lives under socialism, but rather multiple, competing, and often contradictory ones, none of which should be privileged.«³⁰⁴

Die staatssozialistische Geschlechterpolitik ist ebenso ambivalent zu bewerten. Insbesondere in den 1950er und 1960er Jahren waren die sozialistischen Staaten Vorreiter bei der Einbeziehung von Frauen in Erwerbsmärkte, im Eherecht und (tendenziell) beim Selbstbestimmungsrecht über den eigenen Körper.³⁰⁵ Hier spielten ökonomische Überlegungen ebenso eine Rolle wie der Versuch, Frauen zu instrumentalisieren. An dieser Geschlechterpolitik waren aber auch zahlreiche Personen – nicht zuletzt viele Sozialistinnen – beteiligt, die an die Befreiung der Frau durch den Sozialismus glaubten. Im Fokus stand dabei stets die Vorstellung einer Emanzipation durch Erwerbsarbeit. Umgekehrt wurde beispielsweise von Männern nie ein Umdenken im Hinblick auf ihre Rolle in der Gesellschaft oder gar auf Männlichkeitskonzepte verlangt. Die Persistenz von Geschlechterklischees zeigt sich beispielsweise auch daran, dass in der DDR das Aussehen von Arbeiterinnen und diesbezügliche »Ratschläge« ständig präsenten Thema vonseiten des Staates wie auch ihrer Kollegen war (umgekehrt selbstverständlich nicht).³⁰⁶

Letztlich dürfen die sozialistischen Staaten diesbezüglich nicht generalisiert werden, gab es doch große Unterschiede zwischen der im Bereich der Kinderbetreuung oder des körperlichen Selbstbestimmungsrechts von Frauen vergleichsweise progressiven DDR und etwa Rumänien, wo 1966 unter Nicolae Ceaușescu mithilfe des Dekrets 770 Schwangerschaftsabbrüche und Verhütung weitgehend verbannt sowie Menschen

301 Seiler: Weiblichkeit, S. 269.

302 Vgl. beispielsweise: Kraft: Geschlecht.

303 Vgl. Fidelis: Women.

304 Penn/Massino: Gender politics, S. 6.

305 Mrozik: Gender Studies, S. 86.

306 Voigtländer: Sexismus, S. 85f.

im ›gebärfähigen Alter‹ auf Schärfste überwacht wurden.³⁰⁷ Anders gesprochen – so wie Osteuropa ein Konstrukt ist, ist es auch der sozialistische Ostblock.

Gemein ist allerdings allen Staaten, dass die Geschlechterpolitik der jeweiligen Regierungen nicht primär von emanzipatorischen Überlegungen im Sinne einer völligen Gleichberechtigung der Geschlechter getrieben war. Nichtsdestoweniger erzielten diese Länder im betreffenden Bereich auch viele Erfolge – nicht zuletzt im Arbeitsmarkt –, die gerade im Vergleich mit ›westlichen‹ Staaten wie der Bundesrepublik deutlich werden, wo erst 1977 im Zuge der Reform des Ehe- und Familienrechts der Passus abgeschafft wurde, demzufolge Frauen die Lohnarbeit nur gestattet war, wenn diese ihren Pflichten in Ehe und Familie nicht im Wege stehe. Auch waren Frauen in der Bundesrepublik bis zu diesem Zeitpunkt per Gesetz für alle Belange des Haushalts verantwortlich.³⁰⁸

Aufschlussreich an diesen Debatten über die Frage, ob der Sozialismus Frauen emanzipiert habe, ist, dass eine kritischere Haltung zum ›liberalen Feminismus‹ der Transformationszeit häufig mit einer mildereren Bewertung des Staatssozialismus einhergeht und umgekehrt. Was also immer mitverhandelt wird, ist die Deutung des geschlechterspezifischen Transformationsprozesses und seiner Protagonist:innen nach 1989/90. Im Folgenden werde ich genau diesen Transformationsprozess im Hinblick auf seine Geschlechterdimension analysieren. Zu diesem Zweck werden zunächst die politischen Entscheidungen der Jahre 1989–91 zu untersuchen sein, die im Systemwechsel von der Volksrepublik Polen hin zu einem demokratischen und marktwirtschaftlichen Staat mündeten.

307 Rumänien unter Ceaușescu gilt als eines der repressivsten Regime in Bezug auf den Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen. Schätzungen zufolge kamen mehr als 10.000 Frauen bei illegalen Schwangerschaftsabbrüchen ums Leben. Hinzu kam eine eugenische Politik gegenüber Rom:nia und behinderten Kindern. Vgl. dazu: Gal/Kligman: *Reproducing Gender*.

308 Allmendinger, Jutta/Leuze, Kathrin/Blanck, Jonna M.: 50 Jahre Geschlechtergerechtigkeit und Arbeitsmarkt, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)* Vol. 58 (24,25/2008), S. 18–25, hier: S. 19.